Nr. 129. 29. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 6. Juni 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Staatsstreich in Ungarn.

Wien, 5. Juni. (Privattelegramm des „Vorwärts".)

Man hat den Herrn Grafen Stephan Tisza zum Präsidenten des ungarischen Abgeordnetenhauses erwählt, auf daß er die Obstruktion gegen die Wehrvorlage breche und so hat man sich von ihm der mannigfachsten Geschäftsordnungsbrüche versehen. Aber der Häuptling der Junker hat alles, was man von ihm gehofft und befürchtet hatte, weit hinter sich gelassen: er hat gestern und heute den kompletten Staatsstreich im Parlament verübt. Er hat alle Regeln der Geschäftsordnung selbstherrlich außer Kraft gesetzt, sämtliche Wehrgesetze ohne Debatte zur Abstimmung gebracht und als die Oppositionellen dagegen, wie natürlich, mit wildem Lärm protestierten, hat er 120 Polizisten in den Saal der Volksvertretung einmarschieren und die oppositionellen Abgeordneten aus dem Saale schleifen lassen. Mann für Mann wurden sie aus dem Saale gezerrt. Gestern nachmittag, heute vormittag, heute nachmittag: ununterbrochen marschiert der Polizeiinspektor Pawlik mit seinen Wachleuten auf, schleppt die Abgeordneten aus dem Saale aus und wirft sie aus dem Parlamentsgebäude hinaus. So ist in Budapest die Wehrreform beschlossen. Und das ist nun der ungarische Reichstag: auf dem Präsidentenstuhl der Diktator als toller Hund, dessen präsidiale Hilfsmittel die Polizisten sind.

Der Schurkenstreich — man wird wohl nicht verlangen, daß man einen anderen Namen sucht — war natürlich bis in die letzten Einzelheiten vorbedacht, mit der Regierung und der Regierungspartei ausgehandelt. Schon am Morgen waren 120 mit Revolvern bewaffnete Polizisten ins Haus beordert und überall versteckt worden. Auf die Galerie hatte man nur Detektivs hinaufgelassen. Der Plan ging nun dahin, die Opposition mit Verletzungen der Geschäftsordnung zu Empörungen zu reizen und den hierbei entstehenden Lärm zur Durchführung des Gewaltstreichs auszunutzen. Den Rednern, die sich meldeten, wurde das Wort zur Geschäftsordnung verweigert. Es wurde nun eine geschlossene Sitzung begehrt. Tisza verweigert sie und beginnt eine seiner unausstehlichen schwülstigen Reden. Der Lärm nimmt zu. Und in diesem Lärm erklärt Tisza — daß er es wirklich gesprochen hat, ist eigentlich nicht wahr, er hat erst nachträglich seine Rede dem Stenographen diktiert —, er lasse keine weitere Zeitverschwendung zu, stelle einfach die „Frage", wer den Gesetzentwurf über die Wehrkraft im allgemeinen in den Details und in dritter Lesung annimmt. Darauf erhoben sich die Mameluken der Regierungsmehrheit und Tisza erklärte, der Gesetzentwurf sei „endgültig angenommen". So war die Wehrvorlage in fünf Minuten beschlossen und dies soll nun ein rechtsgültiger Beschluß sein! Eigentlich ist es nicht überraschend, daß die Opposition angesichts der Größe der Gewalttat, angesichts dieser absoluten Schamlosigkeit, angesichts dieser brutalen Niedertrampelung aller Bestimmungen der Geschäftsordnung — aller, nicht bloß derer, die zur Obstruktion verwendet wurden — den Kopf verlor und ihrer grenzenlosen Wut in wilden Rufen Ausdruck gab. Das war nur die Vormittagssitzung. Aber am Nachmittag, in der „beschlossenen" Parallelsitzung, steigerte der Gewalttäter seine Lumpereien.

Mittlerweile hatte sich die Opposition wiedergefunden und beschloß, was ja ganz selbstverständlich war, die weitere Sitzung durch Lärm zu hindern. Und nun geschah das Erbärmlichste: Der Präsident ließ 120 Polizisten in den Saal einmarschieren, zweimal einmarschieren und die demonstrierenden Abgeordneten aus dem Saale schleifen. Das alles geschah mit der denkbar größten Roheit. Der Saalkommissar zeigte den kommandierenden Polizisten, welche Abgeordneten hinauszuwerfen seien, und sie wurden nicht bloß aus dem Sitzungssaal geschleift, sondern geradeaus auf die Straße hinausgeworfen — das gräßlichste Schauspiel, das an Roheit noch die Szene aus der Badeni-Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses übertraf, wiederholt zu zwei Malen! Nachdem 37 Abgeordnete hinausgeworfen waren, verließ der Rest der Abgeordneten den Kampfplatz freiwillig. Als damit die Opposition abgeschafft und die feile Majorität unter sich war, wurde ein zweites Wehrgesetz erledigt und dann, nach dem Trauerspiel das Satyrspiel, Herrn Tisza vom Majoritätspakt das Vertrauen ausgesprochen. Vertrauen ist für das Freudengeheul, für die Begeisterung, die der Schurkenstreich auslöste, kein Wort. Solche Attentate gegen die Volksvertretung wagte einstmals nur der Absolutismus, der sandte seine Schergen aus, um die Freiheit der Abgeordneten zu erdrosseln, um das parlamentarische Recht mit der Gewalt der Bajonette zu Boden zu schlagen. Und in Budapest war der Junker der gewählte Präsident und die parlamentarische Mehrheit klatschte ihm Beifall! Die abgrundtiefe Verkommenheit des oligarchischen Parlaments, die grenzenlose Korruption der ungarischen Politik wird durch diesen Gewaltstag wohl jedermann zum Bewußtsein gebracht.

Nicht anders war es heute. In der Vormittagssitzung marschierten die Polizisten ein, in der Nachmittagssitzung ebenso und warfen die Abgeordneten hinaus. Dann wurde natürlich alles glatt erledigt und angenommen. Die Stadt selbst ist seit gestern unter einen wahren Belagerungszustand gesetzt: alle Gewehre geladen, um den leisesten Widerstand in einem Blutbad zu ersticken. Insgesamt wurden heute mobilisiert 47 Kompagnien Infanterie, 8 Eskadronen Husaren, 1680 Polizisten und 900 Gendarmen. Aber was bekümmert es Habsburg, daß in Budapest mit der Gewalt der Bajonette das parlamentarische Recht zertreten wird? Die Großmacht hat ihre Soldaten und alles andere ist ihr gleichgültig. Die Zerstampfung des Gesetzes, die Brutalisierung des Parlaments, der Einmarsch der Polizisten ins Parlament sind nun das herrliche Ende der Politik, die das Volk zu Verbündeten wider die Junker machen wollte! Das allgemeine Wahlrecht hat Habsburg verlassen und mit seinem Willen geschieht es, daß nun die freche Gewalt in Ungarn schrankenlos herrscht!

Der heutige Tag.

Budapest, 5. Juni. (Privattelegramm.)

Budapest gleicht heute ebenso wie gestern einer belagerten Stadt. Militär ist überall aufgestellt, Gendarmerie und Polizisten durchkreuzen die Straßen und verhindern jede Ansammlung von mehr als zwei Personen. In dem Reichstag wiederholte sich dasselbe Spiel wie gestern; die **oppositionellen Abgeordneten wurden wieder von 150 Polizisten entfernt**, und als die Regierungspartei allein blieb, wurde im Handumdrehen das Gesetz über die Honved und über die Militärstrafprozeßordnung abgewickelt. Die Sitzung wurde dann um 1 Uhr geschlossen. Die oppositionellen Abgeordneten begaben sich in geschlossenem Zuge, begleitet von einer riesigen Menge, durch die Straßen. An der nächsten Ecke stand eine Kompagnie Infanterie und ein Detachement Polizisten. Der Polizeirat, der die Truppe befehligte, wollte den Abgeordneten den Weg versperren. Die Abgeordneten, an der Spitze Julius Justh, wollten nicht weichen; darauf befahl der Polizeirat dem dienstführenden Hauptmann, einzuschreiten. Der Hauptmann kommandierte: „Bajonett auf!" und **mit gefällten Bajonetten gingen die Soldaten gegen die Abgeordneten vor.** Dieselben wichen jedoch nicht zurück, sondern entblößten ihre Brust, und der Führer Justh sprach: „Stecht nur zu!" Der Hauptmann, der die Gefahr erkannte, kommandierte sofort den Soldaten: „Nicht stechen, Gewehr bei Fuß!" und wandte sich dann an den Polizeirat, mit dem er verhandelte. Darauf gelang es nach harter, schwerer Arbeit, die Abgeordneten in Güte und Ruhe auf einen anderen Weg zu verweisen.

Die Aufregung ist groß. Alles wartet auf das Vorgehen der Arbeitermassen, und die Fabrikanten und Geschäftsleute rechnen jeden Augenblick mit einem **allgemeinen Streik. Die Parteileitung hat sofort ihre Sitzungen für permanent erklärt, und auch die gesamte Arbeiterschaft steht mit Gewehr bei Fuß auf dem Beobachtungsposten.** Wir wissen, daß im Auslande die bürgerliche Presse sich bemüht, die ungarische Arbeiterschaft zu verdächtigen; aber die Parteileitung geht kaltblütig und vorsichtig zu Werke. Die aktive Teilnahme der Arbeiterschaft kam während der Parteileitungssitzung auch zur Sprache; jedoch wer Budapest gestern und heute gesehen, wer die Heeresmacht von über 30 000 Mann mit Bajonetten und Karabinern, mit Revolvern und sogar Maschinengewehren an den bedeutendsten Punkten der Stadt, besonders jedoch in den Arbeitervierteln, sieht, der muß unbedingt bei dem geringsten Anstoß ein fürchterliches Blutbad erwarten. Dazu noch die Proklamation der Polizei an allen Straßenecken, wonach die Türen der Häuser in der inneren Stadt abends 8 Uhr, in den Arbeitervierteln um 7 Uhr abends geschlossen werden müssen; in den Wirtshäusern darf nicht ausgeschenkt werden. Trotzdem der Belagerungszustand nicht erklärt ist, besteht er in der Tat.

Die heutige Nummer des Parteiblattes, der „Nepszava", wurde konfisziert, und zwar deshalb, weil darin der Standpunkt der Partei gekennzeichnet wurde. An der Spitze des Blattes wurde ein Aufruf an die Arbeiterschaft erlassen, der folgendermaßen lautet:

> **„Dieses Gesetz (d. h. das Wehrgesetz), welches auf ungesetzliche Weise zustande gekommen ist, hat für die Arbeiterschaft keine Gültigkeit und Gesetzeskraft. Die Arbeiter werden aufgefordert, diesem Gesetz keine Folge zu leisten."**

Diese Kundgebung hat die Regierung derart wütend gemacht, daß sie einerseits das Blatt konfiszierte, andererseits aber auch der Arbeiterschaft Konzessionen machen wollte, und zwar ließ sich der Ministerpräsident Lukacz von einem seiner Leute über das Wahlrecht im Abgeordnetenhause interpellieren und antwortete sofort, daß ein liberales Wahlrecht schon zu Beginn des Herbstes dem Reichstag vorliegen wird.

Darauf antwortete die ungarische Parteileitung heute in einer Extraausgabe der „Nepszava", indem sie bemerkte: daß sie sich von einem Minister, der noch vor drei Tagen gegen das Wahlrecht war, nicht ködern lasse, und daß sie den Versprechungen dieses Gewaltmenschen nicht Glauben schenken könne. Weiter gibt sie der Hoffnung Ausdruck, daß der Ministerpräsident Lukacz im Herbste ganz bestimmt nicht mehr Minister sein wird.

Die Einzelheiten der Vergewaltigung.

Budapest, 5. Juni. Abgeordnetenhaus. Die Zugänge zum Parlament sind heute von Gendarmerieabteilungen und Schutzleuten besetzt. Als Präsident Graf Tisza im Sitzungssaal erschien, brachen neuerdings Sturmszenen aus. Er wurde mit einer Flut von Beschimpfungen und Verwünschungen empfangen. „Rufen Sie die Polizei herbei!" wurde ihm entgegengerufen. Dabei herrschte entsetzliches Lärmen, Toben, Stampfen und Zischen. Die verschiedensten Lärminstrumente wurden angewendet. Tisza ließ sich mit eiserner Ruhe auf dem Präsidentenstuhl nieder, machte einige Aufzeichnungen und suspendierte unter großem Lärm die Sitzung. Die Abgeordneten sowohl der Regierungspartei als auch die Opposition blieben auch während der Pause im Sitzungssaal, wobei sich ein leidenschaftlicher Wortwechsel entspann.

Gegen Schluß der Pause entfernten sich die Abgeordneten der Regierungspartei aus dem Sitzungssaal, die **Polizeibeamten betraten den Saal und entfernten dreißig oppositionelle Abgeordnete aus dem Hause.** Der Quästor verlas die Liste der Abgeordneten, deren Ausweisung der Präsident wegen systematischer Ruhestörung angeordnet hatte. Die Polizeimannschaften forderten die Abgeordneten auf, sich zu entfernen, die nach langem Sträuben und nach lebhaften Auseinandersetzungen bis an die Eingangspforte des Abgeordnetenhauses geleitet wurden. Nachdem die Ausschließung vollzogen war, erschien Graf Tisza neuerdings auf der Präsidentenestrade, wo er abermals mit ungeheurem Lärm empfangen wurde. Sämtliche Oppositionelle verließen hierauf den Saal. Zwei Oppositionelle, die beim Hinausgehen mit Pfeifen einen Höllenlärm verursachten, wurden wegen renitenten Benehmens an den Ausschuß verwiesen. Präsident Graf Tisza verlas hierauf das Urteil des Immunitätsausschusses, durch welches der Abgeordnete Julius von Justh wegen der gestern verübten Widersetzlichkeit gegen den Präsidenten und wegen Störung der Beratung, die er im Rückfalle begangen hatte, zur Ausschließung von 15 Sitzungen verurteilt wird. Die Abgeordneten Bikady, Polonyi, Eitner und Lovaszy werden von zehn Sitzungen ausgeschlossen, die übrigen 31 Abgeordneten zur Abbitte verurteilt. Darauf ging das Haus zur Beratung der Militärstrafprozeßordnung über.

Am Eintritt gehindert.

Budapest, 5. Juni. Ungefähr 60 Abgeordnete der Opposition begaben sich unter Führung der Abgeordneten Graf Apponyi und von Justh korporativ in die Nachmittagssitzung des Abgeordnetenhauses. Die Schutzleute wollten jedoch denjenigen Abgeordneten, die gestern oder heute aus dem Sitzungssaal weggeführt worden waren, den Eintritt in das Abgeordnetenhaus verwehren. Die Abgeordneten drängten jedoch die Schutzleute hinweg und begaben sich in den Sitzungssaal, wo sie vor Eröffnung der Sitzung ihre Plätze einnahmen. Als dies dem Präsidenten Tisza gemeldet wurde, ließ er wie am Vormittag **die Abgeordneten aus dem Sitzungssaal entfernen**, worauf auch die übrigen Oppositionellen das Abgeordnetenhaus verließen. Bei Eröffnung der Sitzung berichtete Präsident Tisza über diesen Vorfall und sagte, es sei die Pflicht des Präsidenten, nicht bloß für die Aufrechterhaltung der Ruhe zu sorgen, sondern auch einer Wiederholung der Lärmszenen vorzubeugen. Nachdem eine Anzahl von Abgeordneten skandalöse und kindische Szenen wiederholt heraufbeschworen hätten, habe er diese Abgeordneten nicht bloß aus dem Abgeordnetenhaus entfernen lassen, sondern auch angeordnet, daß ihnen der Eintritt in das Abgeordnetenhaus solange verwehrt werde, bis das Haus über dieses ungebürliche Vorgehen das Urteil gesprochen habe. Hierauf wurde die Beratung über die Militärstrafprozeßordnung fortgesetzt und die Vorlage angenommen. Auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung wurde die Gesetzvorlage über die Errichtung von Universitäten in Preßburg und Debreczin gesetzt.

Die oppositionellen Abgeordneten richteten an das Präsidium des Abgeordnetenhauses eine Eingabe, in der sie die Verletzung der Immunität durch den Grafen Tisza anzeigen, der sie unter Anwendung von Gewalt aus dem Sitzungssaale entfernen ließ, wodurch das Immunitätsrecht gröblich verletzt worden sei.

Ausschließung der Opposition.

Budapest, 5. Juni. Wegen der in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses verübten Lärmszenen wurden auf Grund der Beweise des Immunitätsausschusses Julius von Justh zur **Ausschließung von weiteren 30 Sitzungen**, im ganzen also von 45 Sitzungen verurteilt, Polonyi, Levassy und Eitner wurden von weiteren 15, im ganzen also von 25 Sitzungen ausgeschlossen. 29 andere Mitglieder der Justh-, der Kossuth- und der Volkspartei wurden von 15 Sitzungen ausgeschlossen und vier Abgeordnete, Szalay, Lehel Hedervary, Herenn Horvath und Graf Michael Esterhazy, sind, da sie zum erstenmal wegen Lärmens zur Verantwortung gezogen wurden, verpflichtet worden, dem Hause Abbitte zu leisten.

Das Magnatenhaus verschiebt die Beratung.

Wien, 5. Juni. Wie die „Neue Freie Presse" aus Budapest meldet, hat das Magnatenhaus die Beratung der

Wehrreform bis zu deren Erledigung durch das österreichische Parlament verschoben. Die Beratung des Rekrutengesetzes für Ungarn ist ebenfalls zurückgestellt worden.

Die „Germania" gegen die „Kölnische Volkszeitung".

Die „Germania" veröffentlicht heute eine ausführliche Darstellung des Gewerkschaftsstreits. Da ist es zunächst interessant, wie der „Arbeiter", das Organ des Verbandes katholischer Arbeitervereine, die päpstliche Stellungnahme auf Grund der, wie er ausdrücklich feststellt, offiziell gewechselten Telegramme kommentiert. Er sagt:

„Auf Grund dieses Depeschenwechsels ist folgendes festzustellen: 1. Der Heilige Vater hat das Bekenntnis kindlicher Unterwerfung und vollkommenen Gehorsams des Verbandes mit großer Herzensfreude entgegengenommen. 2. Er beglückwünscht diesen Verband auf das lebhafteste. 3. Der Grund dieser Beglückwünschung ist der, daß der Verband seine gesamte Tätigkeit, auch diejenige, die sich auf das vergängliche und irdische Leben erstreckt, nach den Gesetzen der christlichen Weisheit auf das letzte übernatürliche Ziel hinordnet. Pius X. billigt also die folgende im Huldigungstelegramm gekennzeichnete dreifache Richtlinie der Tätigkeit des Verbandes: a) Er will, wie das ganze irdische Leben, so auch die wirtschaftlichen Bestrebungen dem letzten Ziele und der übernatürlichen Ordnung unterstellen. b) Er befolgt in allen seinen Bestrebungen die Grundsätze, welche Leo XIII. und Pius X. über die Rechte und Pflichten der Arbeiter, über das Eigentum und über die gesellschaftliche Ordnung verkündet haben. Dabei erstrebt er vor allem, daß zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern friedliche Beziehungen obwalten. So erweist er sich als eminent staatserhaltende Macht. c) Ganz auf der Religion aufgebaut, ist er unermüdlich bestrebt, ihre Lehren im Leben zu verwirklichen. . . . 4. Pius X. wünscht gerade deshalb dem Verbande weiteste Billigung und Empfehlung, weil dieser offen unter katholischer Flagge kämpft. 5. Der Heilige Vater bestärkt sowohl die geistlichen Präsides als auch die Mitglieder des Verbandes darin, daß sich diese unter der Führung der berufenen Hirten mit aller Macht fortzufahren bestreben, zum Schutze des Wohles der Lohnarbeiter und zur Pflege des Friedens unter den Berufsständen der menschlichen Gesellschaft zu wirken. So haben die vom Verbande auf Grund der Enzyklika Rerum novarum und der Kundgebungen des gegenwärtig glorreich regierenden Heiligen Vaters vertretenen Grundsätze und die danach gestaltete katholisch-soziale Arbeit die uneingeschränkte Anerkennung und Billigung des Oberhauptes der katholischen Kirche erfahren."

Gegen diese Auslegung des „Arbeiter" haben nun die „Köln. Volksztg." und die Leitung der christlichen Gewerkschaften geltend gemacht, daß die Berliner Richtung die Kölner in Rom verleumdet und den Papst irregeführt haben. Der Papst habe auf Grund ganz falscher Informationen sein Urteil gefällt. Dagegen nimmt nun die „Germania" in folgender Aufsehen erregenden Weise Stellung:

„Eine sehr wichtige Frage drängt sich uns hier vor allem auf: Sind diese beiden sehr deutlichen Telegramme des Heiligen Stuhles, und auf sie allein kommt es schließlich an, wirklich das Ergebnis einer Irreführung des Heiligen Vaters und seiner verantwortlichen Ratgeber? Sind sie lediglich das Ergebnis der Romreise der beiden Herren vom Berliner Verband? Diese Frage stellen, heißt sie beantworten. Wir halten es für vollständig ausgeschlossen, daß der Hl. Stuhl über eine so außerordentlich wichtige Frage sich erst von gestern auf heute orientiert habe und von den beiden Herren Baron v. Savigny und Pfarrer Beyer zu einer Kundgebung von so umfassender, weittragender Bedeutung gleichsam sich habe drängen lassen. Das wird kein Mensch behaupten wollen, der noch vor dem Hl. Stuhl die gebührende Ehrfurcht hat.

Die „Germania" steht der ganzen Angelegenheit durchaus objektiv gegenüber. Es handelt sich bei dem Gewerkschaftsstreit um eine schwierige theologische (!) Frage, die noch nicht mit einer allseitig befriedigenden Tiefe und Gründlichkeit behandelt worden ist. Daher die große Meinungsverschiedenheit, die schon zu so vielen bitteren Auseinandersetzungen geführt hat. Unsere Bischöfe sind zur Erledigung der Angelegenheit gewiß nicht untätig gewesen; wir erinnern nur daran, daß die Fuldaer Bischofskonferenz 1910 eine Reihe von Leitsätzen zur Gewerkschaftsfrage aufgestellt hat; ferner haben im Vorjahr drei von der Konferenz beauftragte Bischöfe ein theologisches Gutachten aufgesetzt, das sicher in Rom nicht unbeachtet geblieben ist."

Die „Germania" weist also die Behauptung der Kölner, daß die Stellungnahme des Papstes auf einer Irreführung beruhe, als eine die Ehrfurcht vor dem Papst verletzende zurück. Damit aber ist den Kölnern die bisherige Verteidigungswaffe aus der Hand geschlagen. Das führende Zentrumsblatt selbst verzichtet auf jede Opposition und überläßt demütig alles weitere der Entscheidung der Bischöfe. Die christlichen Arbeiter haben in ihren eigensten Angelegenheiten nichts zu sagen. Ueber die Selbständigkeit ihrer Organisation entscheiden nicht sie, sondern der Papst.

Während so die Kölner von der „Germania" im Stich gelassen werden, kommt ihnen von anderer Seite Hilfe. Mit einem Eifer, der das tiefste Interesse bekundet, tritt die alte Kulturkampfpaukerin, die „Rhein.-Westf. Ztg.", dieses verrufenste Sprachrohr der Scharfmacher, als Beschützer der christlichen Gewerkschaften in die Schranken. Ganz energisch rüffelt das Blatt den Papst wegen seiner anmaßenden und unfreundlichen Stellungnahme zu den M.-Gladbachern. Natürlich sagt es nicht, daß die den Scharfmachern geleistete Wahlhilfe der „unabhängigen" Zentrumsgewerkvereinler oder gar ihr schandbarer Massenstreikbruch im Ruhrrevier die Sorgenursache der Großkapitalisten um den Bestand der christlichen Gewerkschaften ist. Man versteckt sich hinter der nationalen Phrase. Das genannte Blatt weist Rom also in die Schranken:

„Und damit greift der Papst mit rauher Hand hinein in das Leben des ganzen Volkes. Es ist zu diesen Zeiten schon schlimm genug in manchen katholischen Bezirken, und die geistige und kulturelle Entwickelung des katholischen Volkes wird schon jetzt durch die Kirche unterdrückt. Wir wollen nicht behaupten, daß die Kirche sie unterdrücken will. Aber indem die Geistlichkeit für ihre Ziele und Zwecke, welche sie mit göttlichen Zielen und Zwecken zusammenwirft, alles aufbraucht, was an Arbeitskraft, Kapital, Kultur in der Bevölkerung vorhanden ist, so legt sie sich schwer auf die katholischen Volksgenossen und lähmt sie auf anderen Gebieten. Um nur eins zu sagen: wir kennen zahlreiche Gemeinden, in denen eine glänzende Kirche umgeben ist — von den ärmsten Häusern oder Bauerngehöften. Das eine bedingt das andere. . . . Wir haben im Deutschen Reiche 25 Millionen Katholiken, im deutschen Volke Mitteleuropas 35 Millionen Katholiken . . . sie preisgeben ist der langsame **Ruin des deutschen Volkes.** Daher ist der Kampf gegen Osterdienstags-Leute eine Kulturfrage, die uns alle angeht. Entwickelt sich der Katholizismus so, dann gibt es kein Biegen mehr, nur einen Bruch. . . . Ob die Kölner Richtung es ehrlich meint? Wir wollen hier noch nicht abschließend urteilen. Man hat entgegengehalten, daß das ganze nur Verstellung sei. Eigentümlich berührt jener Brief Stegerwalds, in dem er von der „opportunistischen Taktik" spricht; stutzig macht auch das Kämpfen des Zentrums für die Jesuiten, denn die Jesuiten sind nichts anderes als die Fleischwerdung des Gedankens der Osterdienstags-Leute. Wo die Jesuiten hinkommen und siegen, ist die sogenannte Kölner Richtung fertig; aber wir dürfen vorläufig noch annehmen, daß es der Zentrumsmehrheit ernst ist mit ihrem Bestreben, nicht alles in den Gummimagen der Hierarchie fallen zu lassen und sich die Möglichkeit zu retten, noch überhaupt mit den Liberalen und Protestanten ein deutsches Wort zu reden. Darum bleibt es vorläufig eine nationale Pflicht, gegen die trierisch-jesuitische Richtung sich zu wehren."

Die „Rh.-Westf. Ztg." als Anwalt des Deutschtums und des Antikatholizismus für die interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften! Ist das nicht reizend? Hoffentlich verursacht den Giesberts und Genossen die heiße Freundschaft der Scharfmacher und Hakatisten keine Beschwerden!

Und noch weiter geht die „Post"

„Es drängt sich die Frage auf, ob es nicht an der Zeit ist, daß die Regierung versucht, hier irgendwie an der Lösung dieses schweren Zentrumskonflikts mitzuarbeiten. Das würde nun sicherlich am zweckmäßigsten nur in einer allen Interessen am besten dienenden Weise geschehen, wenn die Regierung sich zu diesem Zwecke direkt mit dem Vatikan in Verbindung setzen würde. Die Kurie hat sich bisher stets als außerordentlich einsichtig gegenüber den realen Machtverhältnissen gezeigt und so glauben wir, daß sie auch jetzt volles Verständnis dafür besitzen würde, wenn die Regierung in der gebotenen Form durch ihren diplomatischen Vertreter beim Heiligen Stuhle darauf hinweisen lassen würde, eine wie ernste Gefahr aus diesem Streite dem deutschen Katholizismus droht, wie ferner sie selber und die Mehrheit des Volkes über die in Rede stehenden Fragen denkt und schließlich auch, daß sie es als eine außerordentliche Erschwerung ihrer Politik ansehen würde, wenn sich der Vatikan zu einer unfreundlichen Haltung nicht nur gegenüber den christlichen Gewerkschaften, sondern auch der gegenwärtigen Mehrheit des Zentrums drängen lassen würde. Wir sind überzeugt, daß eine derartige freundschaftliche Aussprache zwischen dem deutschen Gesandten und dem Kardinalstaatssekretär viel zu einer Klärung und Lösung der Frage beitragen würde, wie sie im Interesse des ganzen Volkes erwartet und angestrebt werden muß."

Man darf ohne weiteres annehmen, daß dieser Scharfmacherwunsch schon post festum kommt, denn die von der Zentrumspresse Kölner Richtung zum hundertstenmal für notwendig erklärte „bessere Information" des Papstes wird schon veranlaßt sein, und daß sich dabei die in der Hintertreppenpolitik wohlbewanderten Zentrumsstrategen auch der Leute aus der Wilhelmstraße in Berlin bedienen, liegt auf der Hand.

Für die Arbeiterschaft ist es sehr interessant, daß dieselben Scharfmacherblätter, die dutzendemal die christlichen Gewerkschaften für „verkappte Sozialdemokraten", für „schlimmer als die Sozialdemokraten" erklärten, nun alles aufbieten, um diesen Gewerkschaften das Leben zu retten.

Würden die Scharfmacher das tun, wenn sie nicht überzeugt wären, daß die christlichen Gewerkschaften unaufhaltsam dem Ziel zumarschieren, eine zuverlässige Unternehmerschutztruppe zu werden?

Die Ereignisse in Belgien.

Brüssel, 5. Juni. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Der Parteivorstand hat soeben beschlossen, für den 30. Juni einen außerordentlichen Kongreß einzuberufen mit der Tagesordnung: Beratung der Mittel zur Herbeiführung einer Verfassungsrevision. Am 9. Juli, dem Tage der Kammereröffnung, soll der Kammer dann durch die sozialistische Fraktion ein Revisionsprojekt vorgelegt werden. Der Vorstand beschloß ferner die Herausgabe eines Manifestes, in dem er sein Bedauern über das Massaker in Lüttich ausspricht und den Wunsch äußert, daß die bereits begonnenen Massenstreiks suspendiert werden, die Wahlrechtsbewegung jedoch nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern für die entscheidende Stunde zu stärken sei. Der Kongreß findet deshalb erst am 30. Juni statt, um den Organisationen Zeit zur Beratung zu lassen und weil an zwei Sonntagen in belgischen Provinzen Wahlen stattfinden. Der Vorstand wird dann die Delegierten durch das ganze Land schicken, um der Bevölkerung ihren Standpunkt zu unterbreiten.

Das Wahlergebnis.

Brüssel, 5. Juni. Das offizielle Ergebnis der Kammerwahlen ist heute veröffentlicht worden. Danach wurden gewählt: 101 Katholiken, 44 Liberale, 39 Sozialdemokraten und 2 christliche Demokraten. Die Katholiken verlieren einen Sitz und gewinnen 16, die Liberalen gewinnen 5 und verlieren 5 Sitze, die Sozialdemokraten gewinnen 4 und verlieren einen Sitz. Bekanntlich wurde die Anzahl der Kammersitze von 166 auf 186 erhöht, woraus sich die hohe Ziffer der Gewinne erklärt.

Nach dem amtlichen Ergebnis der Senatswahlen sind bisher 54 Katholiken, 26 Liberale und 13 Sozialisten gewählt worden. 27 Senatoren sind noch durch die Provinzialstände zu wählen.

Die Demonstrationen.

Brüssel, 5. Juni. In Brüssel zertrümmerten gestern abend Teilnehmer an einer regierungsfeindlichen Kundgebung einen Straßenbahnwagen und die Fenster einer Kirche in der Hauptstraße Rue de neuve. — In Lüttich sprach der Sozialistenführer Vandervelde und forderte die Arbeiter zur Ruhe auf. Er erklärte, er werde sich beim Bürgermeister dafür verwenden, daß die Truppen zurückgezogen werden. — In Verviers ist einer der gestern von den Schüssen der Gendarmie verletzten Arbeiter im Spital gestorben.

Ein Aufruf der Liberalen.

Brüssel, 5. Juni. Liberale Senatoren und Deputierte fordern in einer Resolution die Bevölkerung zur Ruhe auf und protestieren gegen den bei den Wahlen ausgeübten Druck und das dabei zutage getretene Korruptionssystem. Außerdem wird Widerspruch erhoben gegen die Geistlichkeit, die die Wahlen beeinflußt habe. In Jemappes empfingen die Manifestanten die Gendarmen mit Steinwürfen. Man befürchtet Exzesse der Streikenden.

Der Krieg.

Ein Kampf im Roten Meer.

Massauah, 5. Juni. (Meldung der „Agenzia Stefani.") Das italienische Kriegsschiff „Piemonte" unternahm in den letzten Tagen im Roten Meer an der arabischen Südküste eine Kreuzfahrt. In der Nähe von Mokka wurde eine bewaffnete Barke abgesandt, die ein arabisches Segelschiff durchsuchen sollte. Die Barke wurde von Gewehrfeuer empfangen, das durch die am Lande befindlichen türkischen regulären Truppen verstärkt wurde. Ein Matrose wurde leicht verletzt. Der „Piemonte" eröffnete darauf auf das türkische Lager ein heftiges Feuer und richtete große Beschädigungen an. Das arabische Segelschiff ging in Flammen auf. Eine am Lande befindliche Moschee wurde von dem italienischen Geschützfeuer verschont.

Zwei Hinrichtungen in Derna.

Konstantinopel, 5. Juni. Nach hier eingetroffenen Meldungen sind am 31. Mai in Derna zwei Leute hingerichtet worden, ein Einwohner, weil er ohne Erlaubnis in die Stadt zurückgekehrt war, und ein Neger, den die Italiener in ihre militärischen Abteilungen, die sie dort formieren, einreihen wollten, der aber die ihm angezogene Uniform vom Leibe riß und erklärte, er wolle lieber sterben, als gegen seine Glaubensgenossen kämpfen. Diese beiden Hinrichtungen haben sowohl in der Türkei als auch in Aegypten große Aufregung verursacht.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Juni 1912.

Preußische Wahlreform, wenn es keine Sozialdemokraten mehr gibt!

Das Juniheft der „Konservativen Monatsschrift" sagt zu der Ablehnung der Wahlrechtsanträge im preußischen Abgeordnetenhause:

„Es steht fest, daß die Konservativen zu gegebener Zeit an einer verständigen Reform des preußischen Wahlrechts mitarbeiten werden. Es steht aber ebenso fest, daß inmitten der allgemeinen Demokratisierung im Reich mit ihren bedenklichen Begleiterscheinungen der Staat Preußen Experimente an seiner Verfassung in demokratischer Richtung nicht unternehmen darf, weniger seinetwegen, als in Rücksicht auf das Reich. Eine Zeit, in der 4¼ Millionen Deutscher der Partei ihre Stimme leihen, die durch die Herren Scheidemann und Ledebour Preußen in der rüdesten Weise beschimpfen ließ, die die Aufführung Borchardts und seiner Freunde im Abgeordnetenhause guthieß, eine Zeit, in der die Sozialdemokraten selbst zugeben, daß der bestehende Staat Preußen ihr gefährlichster und unüberwindlicher Gegner ist, — eine solche Zeit ist nicht dazu angetan, in den Mauern der preußischen Feste Bresche zu legen, damit Demokraten und Sozialisten ihren Einzug in das alte feste Haus halten, um von innen her zu zerstören, was sie von außen her nicht zu demolieren vermochten. Wie die Zeit beschaffen ist, ist das vielgeschmähte preußische Wahlrecht der letzte sichere Schutz, den es im Deutschen Reich gegen die Sozialdemokratie gibt. Auf eine Schutzwehr verzichtet man verständigerweise erst, wenn die Gefahr behoben ist. Und das ist gegenwärtig nicht der Fall."

Die Konservativen werden bald erleben, daß auch das preußische Wahlrecht keinen sicheren Schutz mehr vor der Sozialdemokratie bietet. Man kann im Notfall verhindern, daß sozialdemokratische Abgeordnete in größerer Zahl in den Landtag einziehen, man kann aber nicht verhindern, daß trotz dieses Wahlrechts und insbesondere auch wegen dieses Wahlrechts hunderttausende neue Sozialdemokraten im Volke erstehen, vor deren Uebermacht diese letzte Schutzwehr zusammenbrechen wird, ob es die Konservativen wollen oder nicht.

Ostpreußische Beamtenmaßregelung.

In dem ostpreußischen Städtchen Ragnit ist der Katasterkontrolleur Hübner plötzlich „im Interesse des Dienstes" als Katastersekretär an die Regierung zu Köslin versetzt worden. Natürlich gegen seinen Wunsch. Sein Amt ist von den technischen Vorgesetzten als eines der bestgeführten im Bezirk noch kürzlich erklärt worden. Also amtliche Gründe lagen nicht vor. Aber nach dem Rücktritt des Seminardirektors Turowski, der dazu von seiner Behörde gezwungen wurde, übernahm Hübner den Vorsitz des Nationalliberalen Vereins Ragnit. Das ist sein Verbrechen. Auch gegenüber Einwirkungen hoher politischer Beamter blieb er fest. Das konnte man nicht verzeihen. Also mußte er um jeden Preis fortgebracht werden.

Auch diese Maßregelung wird die Nationalliberalen im preußischen Junkerparlament nicht hindern, den Konservativen weiterhin Schleppenträgerdienste zu verrichten.

Die Aeußerungen Wilhelms II.

Die ersten Nachrichten über die Straßburger Scherbenrede kamen bekanntlich aus Paris. Bald laut, bald leise wurde der Präsident der Zweiten elsaß-lothringischen Kammer, Dr. Ricklin beschuldigt, dem „Matin" über die Kaiserrede berichtet zu haben.

Jetzt hat der Sohn des reichsländischen Staatssekretärs Zorn von Bulach einem bayerischen Industriellen mitgeteilt, daß diese Behauptung Ricklins richtig sei.

Wahlsieg in Gotha.

Die Landtagswahlen in Gotha, die am Dienstag vor sich gingen, brachten der Sozialdemokratie zu den sieben bisherigen zwei neue Mandate. 19 Sitze waren zu besetzen. Davon erlangte die Sozialdemokratie 9, die rechtsstehenden Parteien (Agrarier, Antisemiten usw.) 6, und die vereinigten Liberalen vier Sitze. Die zwei von der Sozialdemokratie eroberten Mandate gingen den Liberalen verloren. So weit sich bei dem indirekten Wahlsystem bisher übersehen läßt, hat die Sozialdemokratie starken Stimmenzuwachs aufzuweisen.

Die Wahl in Koburg.

Bei den Wahlmännerwahlen zum koburgischen Landtag siegte in allen Bezirken die Liste der bürgerlichen Kandidaten mit Ausnahme des Wahlkreises 3 (Koburg Stadt), wo eine Nachwahl stattfindet, an der ein Sozialdemokrat beteiligt ist.

Von den Schwarzburg-Rudolstädter Landtagswahlen.

Als am 10. November v. J. die Landtagswahlen unseren Genossen in Schwarzburg-Rudolstadt eine Majorität brachten, sah man in allen politischen Kreisen mit Spannung den kommenden Dingen entgegen. Die bürgerliche Presse prophezeite ein völliges Fiasko mit einem solchen Landtage. Unsere Genossen aber haben im Laufe der wenigen Sitzungen, die stattfanden, bewiesen, daß sie gewillt waren, positiv mitzuarbeiten, sofern die Regierung den von uns gestellten zeitgemäßen Forderungen entgegenzukommen bereit war. Die bürger-

lichen Abgeordneten des Landtages und die Regierung zeigten jedoch, daß ihnen an einem Zusammenarbeiten mit unserer Partei nichts gelegen war, und so mußte denn, wollte die Sozialdemokratie nicht alle ihre Grundsätze und Forderungen verleugnen, die Landtagsauflösung kommen.

Am kommenden Freitag, den 7. Juni, muß das Schwarzburger Volk nun abermals zur Wahlurne schreiten, um die Antwort auf das Vorgehen der Regierung und ihrer bürgerlichen Trabanten zu geben. Eine Wahlbewegung, die an Heftigkeit alles bis jetzt in Schwarzburg-Rudolstadt Dagewesene übertrifft, hat eingesetzt. Die bürgerliche Presse öffnet alle Schleusen, um in Reichsverbandsmanier unsere Sache in den Schmutz zu treten. Da ist kein alter Ladenhüter des Reichsverbandes, der in diesen Tagen nicht wieder zur Geltung käme. Aus Furcht und Angst vor einer nochmaligen roten Landtagsmajorität haben die Bürgerlichen sich zu einem „Vaterländischen Wahlverein" zusammengeschlossen, in dem der „Liberale" mit seinem agrarischen Bundesgenossen Arm in Arm gegen unsere Partei loszieht. In allen Wahlkreisen haben sich die Bürgerlichen auf gemeinsame Kandidaturen geeinigt. Aber trotz dieses Zusammenschlusses aller reaktionären Elemente ist es mit den Aussichten für die bürgerlichen Parteien durchaus nicht so glänzend bestellt, und vor wenigen Tagen noch appellierte das Regierungsorgan angesichts der Mutlosigkeit der bürgerlichen Kreise an die letzteren, sich an der Kampfbegeisterung und der Opferfreudigkeit der Sozialdemokraten ein Beispiel zu nehmen. Im Wahlkreise Frankenhausen-Land, wo wir das letzte Mal mit 47 Stimmen in der Minorität blieben, und wo der bisherige Vertreter nicht wieder kandidieren will, haben die Bürgerlichen trotz allen Zusammenschlusses bis heute noch keinen passenden Kandidaten gefunden, so daß für uns die Aussicht besteht, diesen Kreis neu zu holen.

Die sozialdemokratische Partei hat angesichts der Sachlage und der Erkenntnis, daß es jetzt in Schwarzburg-Rudolstadt ums Ganze geht, eine zielbewußte und energische Agitation eingeleitet. Eine in vielen tausend Exemplaren verbreitete Broschüre hat die Wähler noch einmal über die Situation aufgeklärt. In allen Orten, wo der Terrorismus der Gegner uns nicht die Säle abtrieb, haben Volksversammlungen stattgefunden. In dieser Wahlarbeit werden die Genossen noch von den Abg. Baudert, Bock, Hofmann, Leber, Dr. Quarck und Knauer unterstützt. Die Partei hat alles getan, was möglich war.

An den Landtagswählern von Schwarzburg-Rudolstadt liegt es nun, zu entscheiden, ob sie eine fortschrittliche oder reaktionäre Politik in ihrem Lande haben wollen.

Der klerikale Bruderstreit.

Das „Katholische Deutschland", „Organ zur Vertretung katholischer Grundsätze auf allen (!) Gebieten des öffentlichen Lebens", bringt mehrere Artikel, die wiederum zeigen, wie unüberbrückbar die Kluft zwischen der Oppersdorff-Roeren- und der Bachem-Rieger-Gruppe ist. Daß sich das Blatt von Herzen über die beiden so grundverschiedenen Telegramme an die beiden Richtungen der katholischen Arbeitervereine freut, ist ihm nachzufühlen. Es schreibt: „Petrus hat gesprochen! Die Würfel sind gefallen!"

Von Professor Martin Spahn sagt das „Kathol. Deutschl.": „Martin Spahn, der stets die Vorpostengefechte der „Kölner" führt und als eventuell zu verleugnender Prügeljunge vorausmarschiert . . ." — Den römischen Korrespondenten der „Kölnischen Volkszeitung" nennt es deren „Agenten"; er habe in einem Briefe aus Rom an die „Kölnische Volkszeitung" geschrieben, die römische Kurie sei „von einer Manie befallen, die man austoben lassen" müsse; also — so umschreibt das „Kathol. Deutschl.": „Die Regierung der Kirche sei verrückt geworden"!

Den von den Bachemiten geführten Kampf gegen die „klaren Katholiken" nennt das „Kathol. Deutschl." „rücksichtslos" und „wütend". Wer sich im Sinne der Oppersdorff, Roeren, Dr. Fleischer, Bitter usw. betätige, „den sucht man mit der „christlichen" Waffe der Verleumdung im öffentlichen Leben unmöglich zu machen, zu dessen Vernichtung ist diesen „Kölnern", ihrer ganzen Preßmeute mit ihren „hervorragenden Theologen" jedes noch so schlechte Mittel gut genug". — „Die Blätter in Italien, die in diesem Sinne wirken und dafür zu wiederholten Malen vom Hl. Vater belobigt wurden, sind trotzdem oder gerade deshalb „freche Blätter", „Verleumdungsblätter", „internationale Lügenblätter"; die Männer, die . . . durch Wort und Schrift für die energische Betonung der katholischen Grundsätze eintreten, sind „Katilinarier", „Herostraten", „Fanatiker", „verbohrte Köpfe", „Wegelagerer", „patentkatholische Pfadfinder", es sind mit einem Worte „Hyperkatholiken"."

Und weiter: „Wer so tyrannisch jede freie Meinungsäußerung unterdrückt, wie derzeitige Köln-Gladbacher Machthaber, wer jeden niederknüttelt und Andersdenkende mit Füßen tritt, der hat das Recht verloren, sich über ihre Rücksichtslosigkeit zu beklagen."

Das klingt vielverheißend.

Nach preußischem Muster.

Im Gemeinderat der Stadt Gera, Haupt- und Residenzstadt des Großstaates Reuß j. L., haben unsere Parteigenossen die Mehrheit. Damit waren sie in der Lage, auch in den Stadtrat Parteigenossen zu wählen. Die Stadträte bedürfen aber der Bestätigung durch die Regierung, und diese Bestätigung wurde den sozialdemokratischen Stadträten versagt. Dieses Verhalten der Regierung machten unsere Genossen zum Gegenstand einer Interpellation im Landtag. Der Vertreter der Ministerialabteilung des Innern, Geh. Staatsrat Ruckdeschel, ein früherer Staatsanwalt, erklärte, die Regierung würde pflichtwidrig handeln, wenn sie es nicht verhindern würde, daß Sozialdemokraten in unmittelbare oder auch nur mittelbare Staatsämter einrücken. Sie werde auch künftig dafür sorgen, daß solch ungesunde Zustände nicht eintreten.

Vereitelte Wahlrechtsänderung in Reuß.

Die Regierungsvorlage, nach der eine Stellvertretung für den Fürsten zu Köstritz im Landtage geschaffen werden soll, gelangte Mittwoch nochmals zu namentlicher Abstimmung. Die Sozialdemokraten waren nicht in der Sitzung erschienen, so daß das Haus beschlußunfähig war. Nach einer Geschäftsordnungsdebatte, in der einige bürgerliche Redner die Regierung scharfzumachen versuchten, wurde der Landtag vertagt. Staatsminister v. Hinüber gab bekannt, daß er den Köstritzer Fürsten schon für die nächste Session einladen würde, obwohl er nach der Verfassung noch nicht berechtigt ist, im Landtage zu erscheinen.

Von der Essener Polizei.

Die Enthüllungen über die Essener Polizeikorruption jagen sich. Soeben wird eine neue Geschichte bekannt, die die Essener Polizeizustände prächtig illustriert. Als man seinerzeit im Bureau des Transportarbeiterverbandes jene Haussuchung abhielt, die zur Beschlagnahme der Mitgliederlisten führte, gab die Polizei vor, die Haussuchung geschehe auf Veranlassung der Duisburger Gerichtsbehörden und habe den Zweck, nach den Urhebern einer angeblich beleidigenden illustrierten Postkarte zu suchen.

Nunmehr hat der Verteidiger ermittelt, daß von den Duisburger Gerichtsbehörden eine Beschlagnahme beim Transportarbeiterverband nicht verfügt worden ist. Vielmehr haben die Beamten der Essener Polizei beim dortigen Amtsgericht die Beschlagnahme aller Geschäftsbücher beim Transportarbeiterverband beantragt und durchgesetzt, ohne daß sie Auftrag oder Ermächtigung von den Duisburger Behörden hatten. Angeordnet war nur eine Beschlagnahme von Geschäftsbüchern der Essener „Arbeiterzeitung". Aus alledem ist klar ersichtlich, daß die Beamten der politischen Polizei es gar nicht auf die Ermittelung des Urhebers der Postkarte, sondern auf die Erlangung von Mitgliederlisten abgesehen hatten, und die Berechtigung zur Vornahme einer Haussuchung unter falschem Vorwand erschlichen war. Tatsächlich ist dann von der politischen Polizei mit dem so erlangten Material der von vornherein beabsichtigte schwere Amtsmißbrauch getrieben worden.

Die Taten der Essener politischen Polizei werden übrigens noch jahrelang die Oeffentlichkeit beschäftigen. Zurzeit schwebt ein Rattenkönig von Beschwerden bei Verwaltungs- und Gerichtsbehörden, Strafanzeigen und Schadenersatzklagen usw., wovon ein Ende noch gar nicht abzusehen ist und schwerwiegende Enthüllungen über das Zusammenarbeiten von Polizei und Großkapital noch zu erwarten sind.

Deutschland, England und die Türkei.

Die Freie Studentenschaft Berlin veranstaltete am Dienstagabend eine sehr stark besuchte Versammlung im städtischen Realgymnasium in der Dorotheenstraße. Der Kolonialschriftsteller Dr. Jaeckh, ein guter Kenner der asiatischen Türkei, hielt einen durch zahlreiche belehrende Lichtbilder illustrierten Vortrag über die Bagdadbahn. Es sei ein großes und höchst bedeutungsvolles Werk, das zwar nur zu 40 Proz. von deutschem Kapital, aber ganz unter deutscher Leitung und von deutschen Ingenieuren erbaut wird. Die Rentabilitätsgarantie für das Riesenunternehmen — selbst wenn sie eingehalten werden müßte — wird sich für die Türkei reichlich bezahlt machen durch die Erschließung jener unendlichen Gebiete Vorderasiens, die aus ödester Wüstenei zur geschichtlichen Fruchtbarkeit wieder erweckt werden sollen; vor allem aber stärkt die Bagdadbahn die Türkei militärisch in außerordentlicher Weise, denn sie wird ihr ermöglichen, Truppen von Konstantinopel, also auch aus Rumelien und Anatolien nach Syrien, Arabien und Mesopotamien, an die Grenzen Aegyptens, Russisch-Armeniens und Persiens zu bringen, ohne sie den Gefahren und Beschränkungen des Seetransports auszusetzen. Die deutschen Imperialisten, z. B. Herr Dr. Rohrbach, der dann auch sprach, sehen natürlich hierin den Hauptwert der Bagdadbahn, daß sie einem deutsch-feindlichen England rasch eine mit Deutschland verbündete türkische Armee nach Aegypten in die Flanke werfen kann.

Aus den reichen Einzelheiten des Jaeckhschen Referats, das auch die jungtürkische Revolution würdigte, ja sogar mit einer vielleicht allzu großen Begeisterung feierte, muß eine hübsche Episode hervorgehoben werden, mögen darüber auch etwelche Zöpfe ins Wackeln geraten. Als Dr. Jaeckh nach der Vorführung einiger grimmigen Karikaturen auf die Minister des Abdul-Hamid erwähnte, daß die neue jungtürkische Presse geschrieben hat, mit einem Staat, der das preußische Dreiklassenwahlrecht dulde, dürfe die junge Türkei nicht kooperieren — da erscholl als Zeichen jugendlich-stürmischer Zustimmung donnerndes Trampeln. Und ein neues Getrampel begrüßte das Bild des Kriegsministers Mahmud-Schefket-Pascha, der mit der für die Freiheit begeisterten Armee den ollen ehrlichen Abdul-Hamid mit einer erfrischenden Unbekümmertheit um papierne Rechte expedierte. Das war freilich hinten weit in der Türkei. In gesitteteren Ländern gilt gleiche Unbekümmertheit nur den Zwirnsfäden der Abgeordnetenimmunität.

Dr. Jaeckh nannte seinen Vortrag „Deutschland und England im Kampf um die Türkei" und er spitzte ihn denn auch darauf zu, daß die Bagdadbahn mit ihrer Möglichkeit des Truppentransports, mit ihrer Zukunft der Baumwollversorgung Mitteleuropas aus Mesopotamien statt aus Aegypten und des Bundes Deutschland-Oesterreich-Türkei die von England angestrebte Umwandlung des Indischen Ozeans in ein englisches Binnenmeer verhindern werde, um daß deshalb England alles getan hätte, um die Türkei nicht stark werden zu lassen und Deutschland den Bagdadbahnbau zu verstümmeln. Man darf bezweifeln, ob eine solche Zweckbestimmung der Bagdadbahn das Wohlwollen Englands dafür erhöhen wird; jedenfalls fehlten dem Vortrag so ziemlich alle Beweise für die gegen England erhobenen Vorwürfe.

Das hob Reichstagsabgeordneter Genosse Eduard Bernstein denn auch kräftig hervor. Er wies darauf hin, daß sich der Vortrag ganz in den Gedankengängen von der diplomatischen Intrigen- und Hintertreppenpolitik bewegt, mit der er die Staaten identifiziert, ohne von den Widerständen starker und immer stärkerer Volksmassen, ja der Volksmehrheiten, gegen alle kriegerische und Abenteurerpolitik Notiz zu nehmen. Was wird uns, fragte er, der neu zu erweckende Getreidebau und die Viehzucht zwischen Euphrat und Tigris nützen, wenn die agrarischen Beherrscher Deutschlands kein Korn und kein Stück Vieh hereinlassen. Bernstein betonte, daß das scharfe Mißtrauen Englands gegen Deutschland genährt wird durch die Hetzereien, die bei uns gegen England in immer größerem Maß betrieben werden und durch jene sattsam und erfolglos bekämpfte sprunghafte Launenpolitik. Trotzdem gebe es nichts zwischen Deutschland und England, was nicht friedlich auszugleichen sei. Und was habe der deutsch-englische Gegensatz sonst gewirkt, als immer neue Rüstungskosten und die neue Präponderanz Rußlands, das nun Persien massakriert?

Uebrigens ist es mit der Kooperation Türkei-Oesterreich-Deutschland auch eine eigenartige Sache. Ein jungtürkischer Diskussionsredner erklärte, die Freundschaft der Jungtürken gehe zum Teufel, wenn Deutschland seine Freundschaft nicht durch Taten beweise. Er dachte da natürlich an das von Deutschland unterlassene Veto gegen den Tripolisraubzug des Alliierten aus den Abbruzzen.

Bedenkt man, daß Oesterreich wirtschaftliche Vorteile in der Türkei infolge der Konkurrenz der deutschen Industrie kaum erwerben kann, so wird man auch von dieser Seite her an der Kooperation einigermaßen zweifeln dürfen. Und die Annexion Bosniens war wohl auch nicht gerade ein beispielgebender Akt dafür, wie man für die Integrität der Türkei eintrat.

Nachdem noch Dr. Rohrbach die unverfälschte Imperialistenweise gesungen und ein Mal ums andere gegenüber Bernstein England als den Feind erklärt hatte, meinte Dr. Jaeckh im Schlußwort, der deutsch-englische Gegensatz könne nur dann friedlich beigelegt werden, wenn andere Gegensätze, namentlich der gegen Amerika, England in Anspruch nehme und wenn Deutschland als Feind zu fürchten, als Bundesgenosse hoch zu schätzen sein werde.

Ein starker Teil der Studenten schloß sich dieser Meinung, ein kaum geringerer den Friedensworten Bernsteins an. Der Abend zeigte eine erfreuliche Denkarbeit und eine löbliche Toleranz der freien Studenten.

Der Streik im Londoner Hafen.

London, 4. Juni. (Eig. Ber.) Die kapitalistische Presse Londons macht augenblicklich einen verzweifelten Versuch, den Streik der Hafenarbeiter totzulügen. Nach ihren Meldungen drängten sich gestern die Streikenden zu Tausenden zur Arbeit. In Wirklichkeit vermehrte sich die Armee der streikenden Arbeiter. Allerdings ist es den Arbeitgebern gelungen, einen Haufen arbeitsscheues Gesindel anzuwerben, dessen „Arbeit" ihnen jedoch teuer zu stehen kommen wird. Man verspricht diesen Leuten einen Minimallohn von 40 Schilling die Woche und freie Verpflegung. Welche Arbeit diese Streikbrecher verrichten sollen, ist nicht recht klar. Denn ohne die Lichterschiffer können die Schiffe weder laden noch löschen. Der weitaus größte Teil des Güterverkehrs im Londoner Hafen wird durch die Lichterschiffer vermittelt; gerade dieses System hat London zu dem größten und vielleicht dem billigsten Hafen der Welt gemacht. So lange die Lichterschiffer aushalten — und es ist noch nicht das geringste Anzeichen vorhanden, daß sie streikmüde sind — ist das Gerede der Kapitalistenblätter unsinnig. Das bißchen Arbeit, das von Beamten und Streikbrechern verrichtet wird, beschreibt die Streikleitung heute im „Daily Herald" wie folgt: „Wenn der Schiffverkehr Londons in dem Tempo gehandhabt würde, wie er jetzt von Streikbrechern, Aufsehern, Geschäftsführern, Schreibern, Polizisten, Schiffsoffizieren und anderen besorgt wird, würde es zwölf Monate dauern, um die Arbeit zu verrichten, die der gewöhnliche Dockarbeiter unter normalen Verhältnissen in weniger als einer Woche leistet."

Erklärung des Nationalstreiks der Transportarbeiter.

London, 5. Juni. Der nationale Transportarbeiterverband hat heute abend beschlossen, den nationalen Streik zu erklären, falls nicht das gemeinsame Schiedsamt errichtet werde.

Die angenommene Resolution enthält folgende Forderungen: Der Verband muß von den Arbeitgebern als Vertreter der Arbeiter anerkannt werden, und alle Arbeiter sollen wieder eingestellt werden wie vor dem Streik. Falls auf dieser Grundlage nicht eine Einigung erfolgt, soll der nationale Streik erklärt werden.

Die Bedingungen der Arbeitgeber.

London, 4. Juni. Die Arbeitgeber der Londoner Hafenbetriebe nahmen in ihrer heutigen Sitzung eine Resolution an, in der der Plan der Regierung betreffend die Bildung eines Arbeitgeberverbandes unter den gegenwärtigen Umständen für unzweckmäßig erklärt wird. Ferner wird darin betont, daß die Arbeitgeber bereit seien, allen etwaigen Vorschlägen der Regierung näher zu treten, eine Annahme solcher Vorschläge aber nur erfolgen könne, wenn die Arbeit im ganzen Londoner Hafen vorher wieder aufgenommen worden sei.

Die Regierung über den Hafenarbeiterstreik.

London, 5. Juni. Unterhaus. In Beantwortung einiger Fragen machte Lloyd George heute längere Mitteilungen über den Streik. Er erklärte, daß, obwohl noch viele schwierige Fragen offen blieben, eine Verlängerung des Streiks doch nicht wahrscheinlich sei. Die Bedingung für die Wiederaufnahme der Arbeit, daß nur organisierte Arbeiter eingestellt werden dürften, werde anscheinend von den Leuten selbst nicht aufrecht erhalten. Bei einiger Mäßigung auf beiden Seiten würden nur geringe Schwierigkeiten bestehen, um einen Weg für eine Beilegung im guten zu finden. Man müsse jedoch bestrebt sein, dauernde Ruhe im Hafen herzustellen, und das letzte Ziel müsse die Bildung einer aus Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeiter bestehenden Kommission sein, die das Recht besitzen müsse, alle strittigen Fragen zu erledigen.

Italien.

Das Ministerium der Kolonien.

Rom, 3. Juni. (Eig. Ber.) Das königliche Dekret, durch das das Ministerium ermächtigt wird, der Kammer einen Gesetzentwurf für die Einrichtung eines neuen Ministeriums für das Kolonialwesen vorzulegen, ist den politischen Kreisen ziemlich überraschend gekommen. Man wußte seit längerer Zeit, daß eine Vermehrung der Ministerien geplant war, aber die Einrichtung eines Kolonialministeriums erscheint heute, wo die in erster Linie in Frage kommende Kolonie nur in einem kleinen Küstenstrich in italienischen Händen ist, den meisten sehr verfrüht. Die beiden älteren italienischen Kolonien, Erythräa und Benadir, sind bisher durch einen Gouverneur verwaltet worden, was offenbar wesentlich billiger ist als die jetzt geplante zentralisierte Verwaltung von Rom aus. Der Voranschlag für das laufende Jahr beläuft sich für das neue Ministerium auf 200 000 Lire. Die Geringfügigkeit dieser Zahl erklärt die „Tribuna" damit, daß es sich nicht um Annahme neuer Beamten handelt, sondern um ihre Uebernahme von anderen Verwaltungsgebieten.

Man nimmt an, daß der Entwurf noch vor den Sommerferien von der Kammer und vom Senat erledigt werden wird. Natürlich gibt die Vermehrung der zu verteilenden Portefeuilles dem Ministerium die Möglichkeit, seine politische Basis noch mehr zu erweitern. In dieser Hinsicht sind die Voraussagen interessant, die man über die Ernennung des neuen Kolonialministers macht. Man spricht nämlich von dem Konservativen Bertolini, der in Sachen der Wahlreform Giolitti alles zu Liebe getan hat, dann von dem früheren Gouverneur von Erythräa, Martini, der zur liberalen Opposition gehört, und schließlich von dem Ministeriellen und wilden Sozialisten Enrico Ferri.

Entgegen den ersten Informationen bleibt das Auswanderungswesen nach wie vor vom Minister des Auswärtigen abhängig. Ein Teil der Presse mißt dem Entwurf insofern politische Bedeutung bei, als er in ihm eine neue Betonung des Annexionsdekrets und der vollen Souveränität über Lybien sieht. Leider ist es aber da mit guten Worten und Dekreten nicht getan. Man wird eben doch von der Kolonie Besitz ergreifen müssen, um sie verwalten zu können.

Marokko.

Der Sultan verläßt Fez.

Fez, 5. Juni. Der Sultan und der Gesandte Regnault werden morgen früh abreisen. Die militärische Eskorte wird aus zwei Bataillonen und einer Eskadron bestehen. Die Ankunft des Sultans in Rabat ist für den 11. Juni in Aussicht genommen. Regnault wird den Sultan in Sidi Geddar verlassen und sich nach Larrasch begeben.

Eine neue Harka vor Fez.

Paris, 5. Juni. Dem „Matin" wird berichtet, daß eine neue Harka etwa 20 Kilometer südöstlich von Fez sich gebildet hat, die zumeist aus Djebala-Leuten und den Ueberresten der in die Flucht geschlagenen Harka besteht. Mehrere Stämme, die an dem Kampf vom 1. Juni teilgenommen hatten, sandten ihre Kaids ab, um Pardon zu erbitten.

Gewerkschaftliches.

Arbeitswillige Revolverhelden!

In Görlitz, wo über tausend Arbeiter der dortigen Waggonfabrik seit acht Wochen wegen Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Streik stehen, beunruhigen Berliner Kaltmarck-Gardisten seit einigen Wochen die gesamte Bevölkerung der Stadt in der schwersten Weise, ohne daß ihnen von den Streikenden oder von der Bürgerschaft die geringste Ursache dazu gegeben worden ist. Bekannt ist es sogar der Polizei, daß diese Streikbrecher mit Dolchmessern und Revolvern bewaffnet sind, und alle Warnungen in dieser Hinsicht haben nicht veranlaßt, daß man dieser gefährlichen Sorte von Menschen die Waffen abnahm, obwohl sie schon mehrfach davon Gebrauch gemacht haben. Nur in einem einzigen Falle wurden einmal zwei Streikbrechern die Revolver von der Polizei fortgenommen. In der Nacht von Sonntag zu Montag gerieten die Arbeitswilligen, nachdem sie vorher friedlich des Weges gehende Bürger in rohester Weise mit Fäusten bearbeitet, auf die Straße geworfen und mit Füßen brutal gemißhandelt hatten, zur Abwechselung einmal unter sich selbst in Streit, wobei der Revolver und andere Mordwaffen eine Rolle spielten. Ein Arbeitswilliger, der von seinen eigenen Genossen schwer mißhandelt wurde, feuerte sechs Revolverschüsse ab, wobei drei Arbeitswillige zum Teil so schwer verletzt wurden, daß sie mittels Krankenwagen in das Krankenhaus geschafft werden mußten. Die Polizei machte schließlich der Revolverschießerei ein Ende. In der Bürgerschaft greift die Empörung gegen die Arbeitswilligen immer weiter um sich, trotzdem aber weigern sich die freisinnigen Direktoren, den Streikenden die geringfügigen Lohnaufbesserungen zu bewilligen. Lieber bringen sie das Ansehen einer ganzen Stadt in Verruf. Obendrein zahlen sie noch den Streikbrechern einen bedeutend höheren Lohn bei vollständig freier Verpflegung, als jemals von den Streikenden vorher verdient wurde. Hoffentlich sieht sich jetzt endlich einmal die Görlitzer Polizei ihre Schützlinge an und nimmt ihnen wenigstens die Mordwaffen ab. Beweise dafür, daß sie im Besitze solcher sind, sind genug vorhanden und an Warnungen hat es nicht gefehlt. Diese arbeitswilligen Revolverhelden nimmt die Scharfmacherpresse noch besonders unter ihre schützenden Fittige, indem sie die gemeinsten Verleumdungen über die Streikenden kolportiert.

Berlin und Umgegend.

Im Vergoldergewerbe

haben in letzter Zeit zwecks allgemeiner Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse Verhandlungen mit den Arbeitgebern stattgefunden. Das Ergebnis ist die Vorlage eines Arbeitsvertrages, der zwischen der Freien Vereinigung der Holzindustriellen zu Berlin für die ihr angeschlossene Vereinigung der Goldleistenfabrikanten und der Zahlstelle Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes für die Branche der Vergolder, Goldleistenarbeiter und Arbeiterinnen abgeschlossen werden soll. Mit diesem Arbeitsvertrag, der gedruckt vorliegt, beschäftigte sich eine zahlreich besuchte Branchenversammlung der Vergolder, die am Dienstag im „Gewerkschaftshaus" stattfand. Der Branchenobmann Westphal berichtete über den Verlauf der Verhandlungen und erläuterte die einzelnen Bestimmungen der Vorlage. Die erste Bestimmung — der die Arbeitnehmervertreter jedoch nicht zugestimmt haben — lautet: „Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 51 Stunden." Die Arbeitnehmer verlangten, daß als Maximalarbeitszeit 50 Stunden festgesetzt werden sollten, und das mit um so mehr Recht, als in ungefähr einem Drittel der Fabriken schon eine regelmäßige Arbeitszeit von 50 Stunden und darunter, bis zu 47 Stunden, besteht. Aber der Obermeister Rahardt machte als Vertreter der Holzindustriellen seinen Einfluß dahin geltend, daß diese Forderung nicht anerkannt wurde. Man kam dann überein, die Frage vorläufig als strittig zu betrachten und den Hauptvorständen beider Parteien zu überweisen. Kommt auf diesem Wege keine Einigung zustande, so soll das Einigungsamt entscheiden. — An den Vorabenden der drei hohen Feste wird mittags um 1 Uhr Feierabend gemacht, bei voller Lohnzahlung; auf diese Bestimmung hat man sich geeinigt, nachdem die Arbeitnehmer erst den 12 Uhr-, die Arbeitgeber den 2 Uhr-Arbeitsschluß vorgeschlagen hatten. Für die Regelung der Lohnverhältnisse sind die folgenden Bestimmungen besonders wichtig, und sie bilden, wie der Redner sagte, eigentlich das Rückgrat des ganzen Vertrages.

§ 2. Lohn- und Akkordverhältnis. Die vertragschließenden Parteien erkennen sowohl die Lohn- wie Akkordarbeit nebeneinander als ortsüblich an. Bei Arbeiten, welche bisher ständig in Lohn ausgeführt wurden, bleibt die Lohnarbeit bestehen, wenn eine gütliche Einigung auf Akkord nicht zu erzielen ist. In Streitfällen entscheidet die Schlichtungskommission. Wird ein Arbeiter von Akkord- auf Lohnarbeit gestellt, so ist als Lohn der in den letzten drei Monaten erzielte Akkorddurchschnittsverdienst zu zahlen.

§ 3. Akkord-Abschlagszahlung. Die wöchentliche Akkord-Abschlagszahlung beträgt für die in den jeweiligen Betrieben mehr als 6 Wochen beschäftigten Arbeiter bei voller Arbeitszeit mindestens 2,— M. unter dem Durchschnittsverdienst der letzten 6 Wochen. Bei neuen Arbeitern wird wie in bisheriger Weise eine abschätzungsweise Abschlagszahlung geleistet, bis sich auch bei ihnen der Durchschnittsverdienst von 6 Wochen feststellen läßt. — Bei den durch Alter, Unfall, Invalidität minderleistungsfähigen Arbeitern, sowie bei den neuausgelernten im ersten Gesellenjahre, sofern sie noch bei ihrem Lehrmeister beschäftigt sind, wird die Abschlagszahlung abschätzungsweise der geleisteten Arbeit gezahlt.

Der erste Satz des Paragraphen 3 — der, wie später die Diskussion zeigte, nicht gleich richtig verstanden wurde — besagt, daß aus dem Akkordverdienst von 6 Wochen mit voller Beschäftigung der wöchentliche Durchschnittsverdienst herausgerechnet, davon 2 M. abgezogen werden, und der übrigbleibende Betrag als das Mindeste gelten soll, was dem Akkordarbeiter als Abschlagslohn zu zahlen ist. Die Akkordlöhne selbst sind durch besondere Akkordtarife festgelegt, in die neueingeführte Arbeiten nach Vereinbarung des Preises mit dem Werkstattausschuß nachzutragen sind. Die Vorlage enthält im übrigen noch eine Reihe anderer Bestimmungen zu weiterer Regelung der Akkord- und Lohnverhältnisse. Von der Festsetzung eines bestimmten Minimallohnes hat man jedoch Abstand genommen. Kann der Akkordarbeiter wegen Mangel an Material usw. nicht weiterarbeiten, so ist die Wartezeit in Lohn zu bezahlen. Ebenso hat der Arbeitnehmer Anspruch auf Lohnvergütung, wenn er Sonnabends länger als eine halbe Stunde auf seinen verdienten Lohn warten muß. In allen Betrieben sind Lohnbücher einzuführen, die dem Arbeiter zwecks Nachprüfung in der Regel vor der Lohnzahlung ausgehändigt werden müssen. Das Koalitionsrecht ist selbstverständlich anerkannt, und in dieser Hinsicht bestimmt die Vorlage, daß Maßregelungen wegen Zugehörigkeit zur Organisation oder wegen Vertretung der Interessen einer der beiden Vertragsparteien nicht zulässig sind. Für die Arbeitsbedingungen ist auch noch die Bestimmung von Wichtigkeit, daß gewisse Werkzeuge vom Arbeitgeber geliefert werden müssen. Wo günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen bestehen, als im Vertrage festgesetzt sind, bleiben sie in Geltung, und ferner verpflichten beide Parteien sich, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß ungünstigere Bedingungen beseitigt werden, der Vertrag also überall im Vertragsgebiete zur Geltung kommt. Heimarbeit muß nach dem in der Fabrik geltenden Akkordtarif bezahlt werden, und die Betriebsarbeiter dürfen durch Heimarbeiter nicht geschädigt werden. Werden Werkzeuge oder Kleidungsstücke des Arbeiters durch Feuer im Betriebe vernichtet, so sind sie der Feuerversicherung entsprechend zu ersetzen. Der Arbeitsnachweis wird gemäß dem § 16 des allgemeinen Vertrages für die Holzindustrie geregelt, also paritätisch gestaltet, jedoch soll er vorläufig im „Gewerkschaftshaus" bleiben, bis das neue Gebäude des Arbeitsnachweises in der Rückerstraße fertig ist. Die Schlichtungskommission, für die im übrigen die Bestimmungen des allgemeinen Vertrages gelten, wird aus je 4 Vertretern und 4 Stellvertretern der beiden Parteien zusammengesetzt. Strittig ist noch die Frage der Dauer des Vertrages. Während das Bestreben der Unternehmer in der Holzindustrie bekanntlich darauf gerichtet ist, möglichst für alle Tarifverträge ein und denselben Ablaufstermin festzusetzen, haben die Vergolder kein Interesse daran, auf diese Weise für die Zukunft in die allgemeine Tarifbewegung hineingezogen zu werden, weil sie befürchten, daß sie dabei gleichsam als Kompensationsobjekt dienen müssen und als kleine Branche nicht zur Geltung kommen werden. Da eine Einigung nicht möglich war, sollen nun auch der Ablaufstermin und die Vertragsdauer zum Gegenstand von Verhandlungen zwischen den Zentralvorständen gemacht werden. — Der Redner empfahl der Versammlung, die Vorlage sowie die vorgeschlagene Behandlung der strittigen Punkte gutzuheißen, weil damit doch gewissermaßen eine annehmbare Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen werde. Es folgte eine sehr rege Diskussion, die sich bis nach Mitternacht hinzog. Mehrere Redner waren der Meinung, daß man lieber auf den ganzen Vertrag verzichten sollte, wenn nichts besseres zu erreichen sei, und namentlich, wenn die Fabrikanten nicht auf die Festlegung einer 50stündigen Maximalarbeitszeit eingehen wollten. Es wurde schließlich folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung der Vergolder Berlins ist bereit, einen Tarifvertrag mit den Goldleistenfabrikanten einzugehen, wenn der Vertrag eine 50stündige Arbeitszeit festsetzt und der Ablaufstermin nicht mit dem des allgemeinen Vertrages zusammenfällt. Die Versammlung beauftragt darum die Verhandlungskommission, in diesem Sinne zu wirken."

Deutsches Reich.

Der Buchdruckerverband im Jahre 1911.

Ein bewegtes Jahr hat die finanziell bestgestellte deutsche Gewerkschaft hinter sich; fiel doch in dieses die nach fünf Jahren fällige Tarifrevision, die diesmal sich etwas schwieriger gestaltete. Von außen erwachsen der Tarifgemeinschaft im Buchdruckgewerbe manche Feinde. In Wort und Schrift wird sie von Vertretern der Arbeitgeberverbände befehdet und auch im Lager der Buchdruckereibesitzer tauchen Strömungen auf, die dahin drängen, bei künftigen Tarifrevisionen weitere Zugeständnisse an die Gehilfen nicht mehr zu machen. Der Gutenbergbund, eine Gehilfenorganisation, die im Gewerbe völlig einflußlos ist, bemüht sich, als Tarifkontrahent zugelassen zu werden; er setzt seine organisatorische Ohnmacht in denunziatorische Bekämpfung des Verbandes um und sucht diesem in der Tarifgemeinschaft Schwierigkeiten zu bereiten. Neben diesen Einflüssen von außen war es die starke Einführung der Setzmaschine und die Vervollkommnung der Druckmaschine, die den Prinzipalen Veranlassung gaben, Abänderungen des Tarifes einschneidender Art zu beantragen. Dagegen mußten die Gehilfenvertreter unter dem Druck einer abnormen Teuerung aller Lebensbedürfnisse auf wesentliche Zugeständnisse in der Entlohnung dringen. Trotz dieser komplizierten Situation gelang es, in fast vierzehntägigen Verhandlungen zu einer friedlichen Verständigung zu kommen. Nach dem Abschluß der Tarifrevision machte sich unter den Verbandsmitgliedern verschiedentlich eine Opposition bemerkbar, die in Berlin zu einem kurzen Konflikt in einigen Zeitungsdruckereien führte, weil die Maschinensetzer einige Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen bei der Tarifrevision mit in Kauf nehmen sollten. Doch auch dieser Streit wurde durch die Tarifinstanzen beigelegt.

Die Durchführung des Tarifs machte weiter tüchtige Fortschritte. Mitte des Jahres 1911 war der Tarif bei 7559 Firmen mit 64 031 Gehilfen in 2158 Orten eingeführt. Wenn man berücksichtigt, daß im Jahre 1897 — dem Jahre nach der Einführung der Tarifgemeinschaft — der Tarif bei 1631 Firmen mit 18 340 Gehilfen an 469 Orten eingeführt war, so erkennt man daran die starke Einbürgerung des Tarifgedankens im Buchdruckergewerbe.

Die Entwickelung des Verbandes war eine befriedigende. Die Mitgliederzahl stieg von 61 924 auf 64 703. Der Buchdruckerverband dürfte in ein Stadium gelangt sein, wo der Zufluß an Mitgliedern nur noch von Ausgelernten zu erwarten ist, da alle anderen Organisationsfähigen des Gewerbes sich ihm angeschlossen haben.

Der Vermögensbestand hat die 9 Millionen Mark nahezu erreicht. Doch hat der Verband aus dieser effektiv gewiß sehr hohen Summe große Verbindlichkeiten den Mitgliedern gegenüber einzulösen. Die Invalidenunterstützung stellt hohe Anforderungen an die Zentralkasse, die Zahl der unterstützungsberechtigten Invaliden beträgt annähernd 900, und die letzte Generalversammlung beschloß, für diesen Unterstützungszweig allein 5 Millionen zu reservieren. Die Zahl der Invaliden steigt von Jahr zu Jahr, und 334 518 M. mußte an sie jährlich an Unterstützung gezahlt werden. Die größte Anzahl der Invaliden, nämlich 156, befand sich im Alter über 70 Jahre, 123 waren 65 bis 70 Jahre alt, 112 zählten 60 bis 65 Jahre, 108 befanden sich im Alter von 55 bis 60 Jahre und so abwärts bis zu 22 Invaliden, die bis zu 30 Jahren zählten. Die Verbandskasse nahm an Beiträgen 3 368 738 M. ein, aus Zinsen aus angelegtem Kapital allein 369 016 M. Verausgabt wurden neben der hohen Summe für Invalidenunterstützung 977 420 M. an Krankenunterstützung, 920 612 M. für Arbeitslosenunterstützung. Die Einnahmen beziffern sich auf 3 704 623 M., die Ausgaben auf 2 913 526 M., so daß die Vermögenszunahme 791 097 M. betrug.

Streik beim Bau des Mittellandkanals.

Bei der Firma Held u. Francke, Berlin, die zurzeit in Minden an der Weser Arbeiten am Mittellandkanal ausführt, haben, wie wir schon gestern telegraphisch kurz meldeten, am 4. Juni sämtliche Arbeiter (Erdarbeiter, Maschinisten, Heizer und Werkstellenarbeiter) die Arbeit eingestellt. In Betracht kommen insgesamt 420 Mann, darunter zirka 100 Ausländer. — Ursache des Streiks ist das ablehnende Verhalten der Firma gegenüber den Forderungen der Arbeiter. Gefordert wurde zehnstündige Arbeitszeit und eine geringe Lohnerhöhung von durchschnittlich 3 bis 4 Pf. pro Stunde. Zuzug ist fernzuhalten.

Polizei und christliche Gewerkschaften.

Bekanntlich hat auf dem in Frankfurt a. M. stattgefundenen katholischen Arbeitervereinskongreß der katholische Arbeitersekretär Königbauer-München ausgeführt:

„In München werden die Namen aller Zugereisten den christlichen Gewerkschaften von der Polizei täglich mitgeteilt, so daß die Vorstände gleich eine Hausagitation veranlassen können."

Die „Münchener Post" ist in der Lage, hierzu eine ihr zugegangene Zuschrift eines Geistlichen zu veröffentlichen. In dieser Zuschrift heißt es:

„Wie die christlichen Gewerkschaften die Adressen der Zugezogenen erfahren? Der Bezirksverband der katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine (Bestalozzistr. 4) besorgt das. Durch Vermittelung des Ordinariates hat der Bezirkspräses Landgraf das Recht, seinen Sekretär Reitz jeden Tag auf eine Stunde in der Polizei die Zugewanderten herausschreiben zu lassen. Bezirkspräses Landgraf schickt die auf diesem Wege erhaltenen Listen nicht nur an die Pfarreien — unter diesem Titel gab die Polizei die Erlaubnis —, sondern auch an die christlichen Gewerkschaften und die katholischen Vereine. Das Austragen besorgt die Bezirksorganisation unter Führung des Landgraf, des Reitz und des Jesuiten Meyer, genannt Präses Meyer (Kottmannstr. 1)."

Hierzu bemerkt das Münchener Parteiorgan:

„Wenn diese Angaben richtig sind, werden also die für die Pfarrämter ausgeschriebenen Listen ultramontanen Parteiorganisationen ausgeliefert. Die Polizeidirektion wird wohl öffentliche Aufklärung geben, ob sie gewillt ist, diesen ungeheuerlichen Mißbrauch des amtlichen Aktenmaterials zugunsten einer politischen Partei noch weiter zu unterstützen."

Es ist nichts Neues, daß auch anderwärts die Polizeibehörde die Christen durch ähnliche Manipulationen unterstützt.

Ausland.

Eisendreher, Achtung! Die Skodawerke in Pilsen sind für Dreher strengstens geschlossen!

Der Streik in Spanien.

Die Arbeiter von 54 asturischen Gruben haben beschlossen, den Generalstreik zu verkünden. Zahlreiche Truppen und Gendarmen sind in das Streikgebiet abgegangen. Wie aus Oviedo gemeldet wird, empfing die erregte Menge das Militär mit Steinwürfen, worauf von letzterem mehrere Salven auf die Demonstranten abgegeben wurden. Hierbei wurde ein Arbeiter getötet, vier schwer verletzt.

Streiks in Japan.

Tokio, im Mai 1912. (Eig. Ber.)

Endlich beginnen auch in Japan die Arbeiter sich ihrer Macht bewußt zu werden und das beste Mittel, das ihnen zur Verfügung steht, zu benutzen. Leider fehlt ihnen die nötige Energie und vor allen Dingen fehlt der großen Masse das Gefühl der Zusammengehörigkeit und das nötige Vertrauen, kurz gesagt, es fehlt ihnen Parteidisziplin und — Ausdauer. Begann dieses Jahr mit einem Streik der Straßenbahnangestellten, die durch Lahmlegung des Verkehrs an den dazu geeigneten Tagen ihre Forderungen durchzusetzen verstanden, wenngleich einige Führer ins Gefängnis wanderten, so brach Anfang April im Marinearsenal in Kure ein Streik aus, der leider resultatlos verlief, weil den Streikenden die Ausdauer fehlte. Die Angestellten dieses Arsenals sind schon lange unzufrieden mit der Behandlung, die ihnen seitens der Vorgesetzten, Offiziere usw. zuteil wird, und wollten die Absetzung dieser erzwingen. Wenn auch der Japaner im allgemeinen Brutalitäten und Schimpfworte, Grobheiten usw. nicht kennt, darüber die Angestellten also nicht zu klagen haben, weil der Japaner immen höflich bleibt, so ist es dennoch erklärlich, daß „höfliche Schikanererei, Mißachtung und dergleichen mehr verletzt und tiefer trifft, als ein in der Erregung ausgestoßenes Schimpfwort. Und das versteht der höhere Japaner ausgezeichnet, durch Nadelstiche bei ausgesuchtester Höflichkeit bis aufs Blut zu peinigen und den Sanftmütigsten zur Raserei zu treiben. Uns Europäern zuckt oft genug die Hand, wenn wir dieses ewig stereotype, geistlose, lächelnde Gesicht der sogenannten „gebildeten" oder „höheren" Stände anschauen müssen. So werden in den Arsenalen und anderen staatlichen Werkstätten die Arbeiter geradezu malträtiert. Sie wollten nun von ihren Peinigern erlöst werden und traten etwa 2500 Mann in den Ausstand. Die anderen Arsenale sollten folgen, falls in Kure die mißliebigen Vorgesetzten nicht entlassen würden. Es wurde aber niemand entlassen, in den anderen Arsenalen wurde ruhig fortgearbeitet und so kehrten nach und nach die streikenden Arbeiter wieder auf ihre Posten zurück. Die Regierung erklärte, sie könne keinen der Vorgesetzten entlassen, sie wolle aber dafür sorgen, daß Ungerechtigkeiten und schlechte Behandlung nicht vorkommen sollen. Damit gaben sich die Arbeiter zufrieden und damit war nach dreitägiger Dauer dieser Streik beendet. Aber das dicke Ende kam nach; wie beim Straßenbahnerstreik, so wurden auch in Kure 48 Personen, die am Streik beteiligt waren und als Redner auftraten, verhaftet auf Grund des berüchtigten Paragraphen des Polizeigesetzes wegen Vergehen gegen die öffentliche Ordnung und Ruhe, obgleich die Streikenden sich tadellos benommen haben, und auch nicht die geringste Ruhestörung vorgekommen ist. Die anderen Arbeiter sahen dem ruhig zu und arbeiteten wieder weiter, ihre Führer so im Stiche lassend. Echt japanisch. Es gehört unter solchen Umständen schon viel Ueberzeugung und Idealismus dazu, sich hier zum Führer der noch undisziplinierten Massen aufzuwerfen. So lange diese keine Disziplin lernen, wird hier wohl jeder Streik eine Farce bleiben, bei der die Führer die Zeche bezahlen.

Letzte Nachrichten.

Gegen die preußische Gewaltpolitik.

Kiel, 5. Juni. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Eine Riesenversammlung, die den größten Saal Kiels bis auf den letzten Platz füllte, es waren wohl 5000 Personen anwesend, fand heute abend hier statt. Der Landtagsabgeordnete Leinert referierte über die letzten skandalösen Vorgänge im preußischen Abgeordnetenhaus und die Gewaltpolitik der preußischen Junker. Die Versammlung zollte dem Redner immer wiederholten Beifall. Die Versammlung war ein **wuchtiger Protest gegen die preußische Gewaltpolitik und eine gewaltige Demonstration für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht.**

Blutiger Zusammenstoß in Brüssel.

Brüssel, 5. Juni. (W. T. B.) Heute abend erfolgte auf dem Boulevard ein Zusammenstoß zwischen Manifestanten und Gendarmerie, die mit Steinen beworfen wurde und deshalb Salven abgab. **Mehrere Personen wurden verwundet.**

Eine Schlappe der Spanier.

Paris, 5. Juni. Nach einer Meldung der „Action" aus Algier hat der Kundschafterdienst des Obersten Girardot in Gercif am linken Muluja-Ufer die Nachricht erhalten, daß die Rifleute etwa 20 Kilometer von Taurirt einen spanischen Posten überrumpelt, zum Teil niedergemacht und zum Teil gefangen genommen haben. 12 Offiziere und 80 Mann sollen getötet sein oder vermißt werden.

Türkische Siegesmeldung.

Konstantinopel, 5. Juni. (W. T. B.) Einer Depesche des Oberkommandanten von Tripolis zufolge fand bei Buchamez ein Kampf mit fünf italienischen Bataillonen Infanterie, einer Batterie Artillerie und einer Maschinengewehrabteilung statt. Die Italiener versuchten von zwei Seiten anzugreifen, um die Türken und Araber zu umzingeln. Sie wurden jedoch zurückgeschlagen. Die türkischen und die arabischen Truppen hatten 5 Tote und 23 Verwundete. Bei Homs fand am 30. Mai ein Scharmützel statt, bei dem fünf Italiener getötet und drei verwundet wurden.

Mexikanisches.

Mexiko-City, 5. Juni. (W. C.) Ein sehr bezeichnendes Licht auf die Zustände in der mexikanischen Armee wirft folgender Zwischenfall: Als der Oberst Vella, der Kommandant der Miliztruppen der Armee des Generals Huerta, ohne den Befehl seines Vorgesetzten sich erlaubte, gegen den Feind auszurücken, geriet Huerta in eine solche Wut, daß er seine Kanonen gegen Vella richtete und dessen Truppen umzingeln und entwaffnen ließ. Sie werden von den Huertaschen Truppen jetzt scharf überwacht. Oberst Vella, dem der Degen abgenommen wurde, wurde verhaftet und wird vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Verantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Kindereien gegen die Kinderlosigkeit.

Man schreibt uns aus Paris: Die soeben veröffentlichte Statistik über die Bevölkerungsbewegung im Jahre 1911 hat in der bürgerlichen Presse ein lärmendes Konzert in moralisch-patriotischem Predigtton hervorgerufen, worin sich Kassandrarufe mit wichtigtuerisch ausgeschrienen Rezepten sozialhygienischer Quacksalberei mischen. In der Tat ist es ein peinlicher Zufall, der die Aufdeckung der unvermeidlichen Folgen der Expansionspolitik — die Notwendigkeit eines großen, in jedem Fall schwere Menschenopfer fordernden Kolonialkriegs — mit der Feststellung zusammenfallen läßt, daß die Zahl der Geburten im letzten Jahr um 35 000 hinter der der Todesfälle zurückgeblieben ist. Daß ein Land, das seine Entvölkerung nur durch den Zustrom der Einwanderer aufhalten kann, keinen Grund hat, die zum Wettrüsten zwingende Politik des Imperialismus mitzumachen und vielmehr ein nationales Interesse, die dahintreibenden Einflüsse des Finanzkapitals durch den Sturz der kapitalistischen Herrschaft zu überwinden, können diejenigen, die es als Mandatare des Kapitals beherrschen, natürlich nicht zugeben und so müssen alle aus ihrem Kreise auftauchenden Vorschläge, den Bevölkerungsrückgang zu hemmen, die völlige Verkennung des ökonomischen Grundcharakters des Problems gemeinsam haben.

Bezeichnend für die darin wurzelnde Unzulänglichkeit selbst der am radikalsten scheinenden Projekte ist der Gedankengang, der dem von Herrn Messimy, dem früheren radikalsozialistischen Kriegsminister, ausgearbeiteten Gesetzesvorschlag zugrunde liegt. Herr Messimy will jeder Mutter vom vierten Kind an eine „Geburtsprämie" bewilligen, von der ihr eine Hälfte gleich nach der Geburt bezahlt und die andere in der Altersversorgungskasse deponiert werden soll. Der Betrag der den Müttern nach den für die Altersversicherung geltenden Vorschriften zu zahlenden Rente soll nach der Zahl der Kinder wechseln. Eine Frau z. B., die zwischen 20 und 30 Jahren acht Kinder geboren hätte, würde im Alter von 60 Jahren 518 Fr. jährlich beziehen. Zur Deckung der durch das Gesetz nötigen Ausgaben sollen besonders die Junggesellen und die Väter ohne oder mit nur einem Kind herangezogen werden.

Aus diesen Vorschlägen geht vor allem hervor, daß das Kindergebären auch weiterhin nur den besitzlosen Frauen zugemutet werden soll. Denn daß ein Ehepaar der besitzenden Klassen durch eine Prämie von 500 Frank und durch die Aussicht auf eine minimale Rente sowie durch die Möglichkeit einer Steuerersparnis zum Verzicht auf die Empfängnisverhütung bewogen werden könnte, ist sicher nicht anzunehmen. Auch wenn man von der Bourgeoisie absieht, die das Kindergebären aus Bequemlichkeit und Genußsucht vermeiden will, so ist in den Mittelklassen und im Kleinbürgertum gerade die Kinderarmut ein Mittel, sich ein Kapital zu ersparen, das einen weit angenehmeren Lebensabend gewährleistet als eine staatliche Rente von ein paar hundert Frank. Aber wer möchte im Ernst glauben, daß die Lasten, die einer Arbeiterfamilie aus der Notwendigkeit, ein Kind aufzuziehen, durch die 500 Frank ersetzt werden könnten! Und wie viele Frauen gibt es wohl im Proletariat, die in elf Jahren acht Kinder gebären könnten und dies nicht mit einer frühzeitigen Erschöpfung und Arbeitsunfähigkeit bezahlen müßten! Herr Messimy scheint gar nicht in Betracht zu ziehen, daß die wirtschaftliche Existenz der meisten Proletarierfamilien in Frankreich in hohem Maße auf die berufliche Arbeit der Frau gegründet ist, die bei einer größeren Kinderzahl wegfallen müßte, da das in den Städten verbreitete System, Kinder bis zu einem gewissen Alter aufs Land in Pflege zu geben, zu kostspielig wäre.

Sicher ist das so komplizierte Bevölkerungsproblem nicht einfach durch eine Erhöhung der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen zu lösen. Aber ebenso sicher ist es auch, daß es ohne sie nicht zu lösen ist und deshalb alle Reformen, die nicht darauf hin abzielen, aussichtslos sind. Wenn die Herren Parlamentarier die Hindernisse der Volksvermehrung kennen wollen, mögen sie die Bände der offiziellen Enquete über die Heimarbeit nachlesen, das Wohnungselend studieren, sich über den skandalösen Zustand der Werkstätten, den niedrigen Stand besonders der Frauenlöhne, die Ausbeutung namentlich in den Saisongewerben informieren. Am Donnerstag erst hat die Kammermehrheit das Zehnstundengesetz total zugrunde gerichtet, indem es — trotz des Einspruchs des Arbeitsministers — die Zahl der Ausnahmstage in der Großindustrie — für die kleine ist es so wie so schon außer Geltung gesetzt — auf neunzig erhöhte. Brutale Niederwerfung der Koalitionsbestrebungen der Arbeiterschaft, Verweigerung des zur Kräftigung der Rasse nötigen gesetzlichen Schutzes — was können da die Mittelchen zur Erhöhung der Geburtenzahl anderes sein als Ohnmacht, Illusion und Heuchelei?

Der amerikanische Parteitag.

New York, 22. Mai. (Eig. Ber.) In Indianapolis, wo vor zwanzig Jahren der erste sozialistische Parteitag der Vereinigten Staaten stattfand, tagte auch der elfte. Beschickt war der Parteitag von 260 Delegierten, welche 150 000 Mitglieder der Parteiorganisation vertraten, während die Partei zurzeit des ersten, in Indianapolis abgehaltenen Parteitages kaum 6 000 Mitglieder zählte.

Bei der Wahl des Präsidentschaftskandidaten fielen auf Eugene Victor Debs 165, auf Emil Seidel 56 und auf Charles Edward Russell 54 Stimmen; bei der Wahl des Vizepräsidentschaftskandidaten stimmten 159 Delegierte für Emil Seidel, 73 für Dan Hogan und 24 für John W. Slayton. Aufgestellt sind somit die Genossen Debs und Seidel, deren Namen und Wirken ja auch den europäischen Genossen bekannt sind.

Debs war schon 1900, 1904 und 1908 als sozialistischer Präsidentschaftskandidat aufgestellt. Während er vor zwölf Jahren 87 814 Stimmen auf sich vereinigte, lauteten 1908 schon 420 283 Zettel auf seinen Namen. 1892, wo sich die sozialistische Partei zum ersten Male an den Nationalwahlen beteiligte, stimmten nur 21 161 Wähler für den inzwischen verstorbenen Genossen Simon Wing, der als Präsidentschaftskandidat „lief".

Die rapid wachsende Teuerung, die in den letzten 14 Monaten für notwendige Gegenstände des alltäglichen Gebrauchs nahezu 20 Prozent ausmacht, das Stagnieren oder doch nur unverhältnismäßig langsame Steigen der Löhne, die fortgesetzten Enthüllungen über die Wucherorgien der Trusts und die Korruption der republikanischen wie demokratischen Machthaber, das Anschwellen der sozialistischen Stimmenzahlen auf rund 600 000 bei den vor zwei Jahren abgehaltenen Kongreßwahlen und die kürzlichen Erfolge bei den Kommunalwahlen, die auf die sozialistische Agitation zurückzuführende Durchdringung der bürgerlichen Parteien mit radikalen Elementen, welche nur noch durch die süße Gewohnheit an ihre alte Partei gekettet sind, lassen eine starke Zunahme des sozialistischen Votums bei den kommenden Novemberwahlen erwarten.

Die Leitung der Wahlagitation wurde vom Parteitag einem besonderen Ausschuß übertragen, dem der frühere Nationalsekretär Mahlon Barnes als Sekretär zugeteilt ist. Der National- (geschäftsführende) Sekretär der Partei ist von seinen übrigen Obliegenheiten derartig in Anspruch genommen, daß die Agitation zu kurz kommen müßte, wenn nicht eine besondere Instanz für sie geschaffen worden wäre.

Den breitesten Raum in den Verhandlungen nahm die Debatte über die Haltung der Partei zu der Gewerkschaftsbewegung ein. Nach der Stellungnahme des letzten außerordentlichen Parteitages hätte man die ganze Frage wenigstens vorläufig für erledigt ansehen sollen. Ohne sich mit dem sozialistischen Grundsatze in Widerspruch zu setzen, erklärte der Parteitag von Chicago 1910 in taktisch recht geschickter Weise, daß die Partei weder das Recht noch den Wunsch hat, sich in die innerhalb der Gewerkschaftsbewegung bezüglich der Organisationsform bestehenden Zwistigkeiten einzumischen, und daß es Pflicht der Partei ist, den Gewerkschaften in ihren Verteidigungs- und Angriffskämpfen gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung moralische und finanzielle Unterstützung angedeihen zu lassen.

Jede Abweichung von dieser Richtlinie wäre geradezu eine Herausforderung der American Federation of Labor (amerikanischer Gewerkschaftsbund) und müßte den Erfolg der sozialistischen Propaganda aufs Schwerste beeinträchtigen. Nun ist die über anderthalb Millionen Mitglieder zählende American Federation of Labor in ihrer weitaus überwiegenden Mehrheit konservativ, und die Führer sind im allgemeinen noch reaktionärer als die Masse. Mit dieser Tatsache müssen wir uns angesichts der bestehenden Verhältnisse eben so gut wie möglich abfinden. Während auf dem europäischen Kontinent Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie im großen und ganzen ziemlich gleichmäßig erstarkten, hatten wir in den Vereinigten Staaten festgefügte und numerisch starke Gewerkschaften, ehe die sozialistische Partei in Frage kam.

Und die beiden sozialistischen Versuche, einen neuen mächtigen Gewerkschaftsverband ins Leben zu rufen und damit der Partei die Masse der Industriearbeiter zuzuführen, scheiterten kläglich und erweckten in den Mitgliedern der American Federation of Labor, welche in den Vätern und Förderern der Konkurrenzverbände ihre erbittertsten Gegner erblickten, Abneigung gegen die sozialistische Bewegung und Partei. Die von De Leon, dem gegenwärtigen Führer der Socialist Labor Party, gegründete Socialist Trade and Labor Alliance besteht nicht mehr. Die Industrial Workers of the World (Industriearbeiter der Welt) entwickelten noch niemals eine nennenswerte Stärke und sind seit dem Ausscheiden der Western Federation of Miners (Bergarbeiterverband des Westens) trotz einiger unverkennbaren Erfolge, wie bei dem jüngsten Textilarbeiterstreik in Lawrence, im Niedergang begriffen.

Trotz alledem wurde in Versammlungen und in Einsendungen an die Parteipresse seit Monaten mehr oder minder offen Partei für die Industrial Workers genommen. Syndikalistische Strömungen, die bis zu einem gewissen Grade mit der direkten Aktion (gewaltsames Vorgehen) liebäugelten, machten sich bemerkbar. Genosse William D. Haywood, früher Sekretär der Western Federation of Miners und einer der Leiter der Industrial Workers, wurde als Führer der syndikalistischen Richtung Gegenstand scharfer Angriffe. Daher hatte der Parteitag die Verpflichtung, seine Stellung abermals zu präzisieren. Er tat es durch die einstimmige Annahme nachstehender Resolution:

„Die Partei hat weder das Recht noch den Wunsch, sich in die in der Gewerkschaftsbewegung bestehenden Differenzen über die Form der Organisation oder in die technischen Fragen des Vorgehens bei Kämpfen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu mengen. Sie überläßt die Lösung dieser Aufgaben den Gewerkschaften.

Die Sozialistische Partei ist allezeit bereit, den Gewerkschaften in ihrem Bestreben, die nichtorganisierten Arbeiter zu organisieren, beizustehen. Sie betont die Notwendigkeit des klassenbewußten Zusammengehens der Arbeiter auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete und erklärt es als Pflicht der Partei, den Gewerkschaften ohne Rücksicht auf deren Verbandsangehörigkeit in den Kämpfen gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch das Kapital und für die Befreiung der Arbeiterschaft jederzeit energisch zu helfen."

Zum Schluß wird es als Pflicht der Parteimitglieder bezeichnet, den Gewerkschaften ihres Berufes beizutreten.

Carver-Missouri, Gaylord-Wisconsin, Goebel-New Jersey, Hayes-Ohio, Berlyn-Illinois, Cassidy-New York, Dobbs-Kentucky, Oneal-Indiana, Harriman-Kalifornien, Berger-Wisconsin und Hillquit-New York sprachen für, Merrick-Pennsylvanien, Sadler-Washington, Hogen-Arkansas, Bentail-Illinois und Provey-Ohio gegen die Resolution. Aber auch die Gegner des Antrags wendeten sich nicht gegen dessen Inhalt; sie machten vielmehr geltend, die Partei habe ihre Stellung vor zwei Jahren in Chicago klar umschrieben und solle daher von einer abermaligen Kundgebung absehen, die um so überflüssiger sei, als die Partei je noch niemals die Anwendung von Gewalt befürwortet habe.

Ihnen hielt Hillquit-New York mit vollem Rechte entgegen: „Seien wir offen! Gäbe es keine Sozialisten, welche sich für den Syndikalismus mit seinen Begleiterscheinungen aussprachen, so hätten wir heute nicht diese Debatte. . . Der Kapitalismus kann unseren Vormarsch nicht aufhalten. Nur die Parteimitglieder mit mangelhafter Erkenntnis vermögen unsere Bewegung zu erwürgen." Ganz so schlimm, wie Hillquit sie in dem letzten Satze erscheinen lassen möchte, ist die Gefahr denn doch nicht.

Berger-Milwaukee sekundierte Hillquit: „Wir müssen in dieser Frage durchaus ehrlich sein. Den zwischen Sozialismus und Anarchie klaffenden Spalt überspannt keine verbindende Brücke, heute so wenig wie in den Tagen, wo Marx den Kampf gegen

Kleines Feuilleton.

Eine Hetze gegen Rodin. Aus Paris wird uns geschrieben: Die reaktionäre Strömung, die in neuester Zeit die französische Bourgeoisie beherrscht und sich besonders auch in Moralheuchelei auf erotischem Gebiet kundgibt, hat dieser Tage in einem Theaterskandal bei der Generalprobe der Pantomime „Der Nachmittag eines Faun" einen brutalen Ausdruck gefunden. Ob die Idee, das Mallarmésche Gedicht unter Begleitung des Tongemäldes Debussys szenisch nachzubilden, künstlerisch gerechtfertigt ist und im pantomimischen Entwurf und in der darstellerischen Schöpfung Nischinskis eine glückliche Ausführung gefunden hat, mag strittig sein. Unanständig aber ist die Art, wie ein enthusiastischer Artikel, den Rodin im „Matin" dem Werk widmete, zum Vorwand einer wüsten Hetze gegen diesen Künstler genommen wurde. Vor allem hat sich Herr Calmette, der Direktor des „Figaro", hervorgetan, der im Namen der guten Sitte forderte, daß August Rodin aus dem ihm vom Staat überlassenen „Hotel Biron" ausziehen solle, weil er dort in der ehemaligen Kapelle des Sacré Coeur obszöne Zeichnungen ausstelle. Der „Intransigeant" stieß in dasselbe Horn und begründete die Forderung mit buchhalterischen Argumenten, indem er ausrechnete, daß das Hotel Biron einen Kaufpreis von 5 Millionen, somit einen Jahreszins von 250 000 Fr. repräsentiere, wogegen Rodin nur einen ganz unbeträchtlichen Anerkennungszins zahle. Er habe zwar dafür dem Staat die Gesamtheit seiner künstlerischen Schöpfungen als Erbschaft zugesichert, aber es sei praktischer, nach dem Tode des Meisters eine Million für den Ankauf seiner Werke aufzuwenden.

In Wirklichkeit steht die Sache so, daß Rodin dafür, daß man ihm im Hotel Biron — und zwar nur im Hauptpavillon — eine ruhige Arbeitsstätte und passende Räume für die Aufstellung seiner Werke belästigt, dem Staat das Erbe nicht nur an seinen Bildwerken und Zeichnungen, sondern auch an seiner sehr wertvollen Antikensammlung zugesichert hat, so daß die Vereinbarung nicht einmal, rein geschäftlich betrachtet, für den Staat ungünstig ist. Die Kapelle aber gehört gar nicht zu den von Rodin benutzten Räumen und Herr Calmette hat einfach leichtfertig verleumdet. Die ganze Geschichte beweist, daß die herrschende Klasse auch in Frankreich in ihren sozialen Aengsten die Interessen der Kunst preisgibt.

Victor Hugo in der Verbannung. Als Victor Hugo nach dem Staatsstreich vom 2. Dezember 1851 proskribiert wurde, zog er sich erst nach der Insel Jersey, später nach Guernsey zurück. Einige Zeit weilte er auch in Brüssel, das damals viele Verbannte aus Paris aufnahm. Unterwegs arbeiteten sie, um ihr Brot zu verdienen, abends traf man sich in den kleinen Restaurants, die bald pariserischen Charakter annahmen. Camille Lemonnier, der zurzeit in der Hamburger „Zeitschrift" Erinnerungen veröffentlicht, sah damals auch Victor Hugo. Dieser allerdings war nie in den Tavernen zu finden. Die Zeit des Mittagsmahles im „Adler" ausgenommen, verließ der Gott niemals seinen Olymp; er wich allen Besuchen aus und spielte den Toten, sobald jemand an seine Tür pochte. Er bewohnte zwei kleine Stuben in der ersten Etage eines der alten Häuser auf der „Grand' Place". Der damalige Bürgermeister Charles de Brouckere, ein fortschrittlich gesinnter Mann, hatte ihm, von der Kärglichkeit seines Mobiliars gerührt, ein Kanapee bringen lassen; um dieses standen die drei einzigen Stühle des Zimmers im Halbkreis herum. Uebrigens schrieb Hugo niemals sitzend: auf dem Fußboden platt auf dem Bauche liegend, ließ er seine gewaltigen Schriftzeichen über das Papier hinfließen. Jeden Morgen brachte ihm die Bürgerin Sébert, Krankenwärterin und Zigarrenhändlerin in einer Person — „die Proskribiertenmutter", wie sie die Dankbarkeit der Verbannten nannte —, eine Schale Kaffee und zwei Brötchen hinauf.

Belgien, ohne jedwede eigene Literatur und von Natur aus gleichgültig gegen alle Wissenschaften, schenkte auch den fremden Poeten nicht die mindeste Beachtung. Für Zeitungen und Publikum war Hugo nichts anderes als einer von den Verbannten. Klein, von untersetzter Gestalt, mit ungepflegtem Bart, einen weichen Filzhut auf dem Kopfe und in einen fadenscheinigen Ueberrock gehüllt, sah er auf der Straße aus wie ein Handwerker. Zuhause angelangt, schloß er sich ein; die Bürgerin Sébert hielt in Filzpantoffeln im Treppenhause Wache. Eines Tages kam ein kleines Männchen daher. Sie wehrte ihm den Zutritt: der kleine Herr schrie aus vollem Halse und gebärdete sich wie rasend. Oben wurde eine Türe geöffnet: es war Hugo, der die Stimme erkannt hatte.

„So kommen Sie doch herauf, Herr Lacroix."

Das kleine Männchen, Chef der Firma Lacroix, Verboeckhoven u. Co., überbrachte ihm die vertragsgemäßen dreihunderttausend Franken für den Roman „Die Elenden". Aber die dreihunderttausend Franken waren nicht danach angetan, der Mutter Sébert zu imponieren. Sie, deren kleine Einnahmen alle wieder für die Proskribierten dahingingen, sie konnte nie begreifen, daß er diese Summe für sich behielt. Sie schlug mit der Faust auf den Tisch und nannte ihn einen Knicker.

Theater.

Charlottenburger Schiller-Theater: „Die Lokalbahn" und „Die Medaille" von Ludwig Thoma. Thomas vor einem Jahrzehnt erschienene „Lokalbahn" — diese lustige Satire auf angstmeierndes Philistertum fand — in lebendiger Darstellung, die freilich die Lokalfarbe bayerischer Mundart großenteils schuldig blieb, ein äußerst dankbares und interessiertes Publikum. Das Motiv ist höchst ergötzlich. Die guten Bürger Dornsteins sind tief entrüstet, daß der Minister den Bahnhof für die bewilligte Lokalbahn zugunsten eines Großindustriellen abseits vom Städtchen bauen lassen will. Der Männerstolz vor Königsthronen erwacht in ihrer Brust, und ihr verehrter Bürgermeister, den sie abgesandt, um bei der verblendeten Regierung Einsprache zu erheben, bringt durch seine Schilderung, wie er dem Herrn Minister gründlich die Wahrheit gesagt habe, den oppositionellen Zorn zum Sieden. Der Wackere, der vor der Exzellenz kein Sterbenswörtchen riskierte, malt seine Heldenhaftigkeit in Falstaffphantasien aus: So lag ich und so führt' ich meine Klinge. Mit Sang und Klang den unerschrockenen Vorkämpfer freien Bürgertums zu ehren, rückt Dornsteins Liedertafel an. Indessen, die Begeisterung ist keine Heringsware, die sich einpökeln läßt. Am nächsten Tage, nachdem der Redakteur des Stadtblättchens den Bürgermeister noch als Brutus gefeiert hat, ist alle Welt erschrocken. Die Regierung könnte die Sache übelnehmen und auf Schikanen sinnen. Man will sich rückwärts konzentrieren, und der feudale Herr Assessor kündigt sogar auf der Stelle seine Verlobung mit der Bürgermeistertochter. Aber die schönen Seelen finden sich wiederum in Harmonie zusammen, als der vermeintliche Uebeltäter zu guter Letzt das Löwenfell von seinen Schultern abstreift und verrät, daß er bei der Audienz als treuer Untertan der Vorsicht vor der Tapferkeit den Vorzug gegeben. Der Sturm hat ausgerast und die Liedertafel, von neuem aufmarschierend, stimmt zur Verherrlichung des Friedens das schöne Lied „Still ruht der See" an.

Hans Gerhard hatte die Komödie in geschickter Weise inszeniert. Paul Bildt brachte das Gegenspiel von bürgermeisterlicher Aengstlichkeit und Heldenpose, Paeschke den trockenen Assessorenstreber mit treffendem Humor zum Ausdruck. Ein amüsantes Konterfei bot Eberhardt in der Nebenrolle des handschüttelnden, biedermännisch gerührten Schreinermeisters Kiermayer.

Als Abschluß des Abends folgte Thomas vielgespielte Medaille, deren Bühnenwirkung, wie die der „Lokalbahn" durch Kürzungen noch gewinnen könnte. Im Mittelpunkt stand Pateggs Metzgermeister Lampl, gleich echt in der behäbigen Würde wie in augenzwinkender Verschmitztheit. Paul Bildt gab dem kleinen Beamtenjubilar, Fanny Wolf seiner resoluten Ehehälfte charakteristische Prägung. dt.

Notizen.

— Theaterchronik. Im Deutschen Theater ist die Erstaufführung von Wedekinds Komödie „Daha" auf die nächste Woche verschoben worden. Donnerstag wird „Hidalla" wiederholt, für Freitag und Sonnabend ist Musik angesetzt.

— Reicke und die Sezession. Wie aus Stadtverordnetenkreisen mitgeteilt wird, ist Bürgermeister Reicke gar nicht Vorsitzender der von der Sezession bis auf weiteres gebohkotteten städtischen Kunstdeputation. Die Sezession kann also ruhig Bilder an die Stadt verkaufen.

— Strindberg und Gorki. Einer Enquete, die „Dagens Nyheter" veranstaltete, entnehmen wir die folgenden Aeußerungen Gorkis über den verstorbenen Dichter: „August Strindberg war der Schriftsteller, der mir innerhalb der europäischen Literatur am nächsten gestanden, und der meine Gedanken und Gefühle am stärksten in Bewegung gesetzt hat. Für mich verschmilzt Strindberg unwillkürlich mit dem Bilde des Helden einer Legende, die ich in meiner Jugend an der Donau hörte, nämlich mit dem Dichter Danko: Um den Menschen zu leuchten, die um ihn herum im Dunkel der Widersprüche des Lebens irrten, und um ihnen den Weg zur Freiheit und zum Lichte zu zeigen, riß er sein Herz aus der Brust, zündete es an und schritt so den Menschen voraus!"

— Englands Bevölkerung 1911. Ueber die Bevölkerungsbewegung in England gibt eine soeben veröffentlichte amtliche Statistik genauere Aufschlüsse. Danach betrug die Bevölkerung in der Mitte des Jahres 1911 insgesamt 36 163 833 Seelen. Die Bevölkerung von London wird auf 4 521 301 Seelen angegeben.

Bakunin führte. Wir haben gegenwärtig in der Sozialistischen Partei Mitglieder, welche nichts von der politischen Betätigung halten; aber wir müssen uns für den einen oder den anderen Standpunkt entscheiden."

Zu einem nicht geringen Teile ist die einstimmige Annahme der Resolution auf die eindringliche Rede zurückzuführen, welche der deutsche Genosse Legien auf dem Parteitage hielt. Legien warnte vor einer direkten Verquickung der gewerkschaftlichen und der politischen Bewegung. Seine Ausführungen fielen um so mehr ins Gewicht, als er nicht nur Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ist, sondern auch der Reichstagsfraktion angehört.

Auch Haywood drückte sich über die Annahme und die Fassung der Resolution mit der höchsten Befriedigung aus: „Mit dieser Resolution kann ich vor die Gewerkschafter hintreten und sie zum Anschluß an die Partei auffordern." Die Gewerkschaften müssen von innen heraus erobert werden, indem die Sozialisten sich als eifrige und zuverlässige Gewerkschafter erweisen und durch ihre Tätigkeit die unter dem konservativen Teile der organisierten Arbeiterschaft gegen uns bestehenden Vorurteile beseitigen. Das Uebrige besorgt schon die wirtschaftliche Entwicklung im Verein mit der sozialistischen Agitation.

Verwarf der Parteitag den Syndikalismus und die Sabotage, so legte er andererseits auch gegen die Anwendung von Gewalt durch das Unternehmertum und die ihm hörigen Behörden, gegen das Eingreifen von Polizei und Miliz in die Kämpfe zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern wie gegen die im Dienste des Kapitals geübte Klassenjustiz nachdrücklich Verwahrung ein.

13. Verbandstag des Zentralverbandes der Schmiede.

Düsseldorf, 4. Juni.

Zweiter Verhandlungstag.

Am heutigen Morgen wurde die Debatte über die Vorstandsberichte zu Ende geführt und nach den Schlußworten der Referenten dem Vorstand und Ausschuß einstimmig Decharge erteilt. Dann gab Redakteur Wiechmann den Bericht über das **Fachorgan.** Es sind in der Berichtszeit keinerlei Beschwerden gegen die Fachzeitung eingegangen, wohl ein Beweis, daß die Verbandsangehörigen im allgemeinen mit der Haltung des Organs einverstanden sind. Das kam denn auch in der Diskussion zum Ausdruck, und auch dieser Punkt der Tagesordnung wurde mit der Betonung für erledigt erklärt, daß die Generalversammlung mit der Tätigkeit des Redakteurs zufrieden ist.

Dann erstattete Verbandsvorsitzender Lange den Bericht über den wichtigsten Punkt der Tagesordnung:

Die Verhandlungen mit dem Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes über die Verschmelzung.

Der Schmiedeverband hat mit wenigen Ausnahmen sich schon auf allen Generalversammlungen mit der Verschmelzungsfrage beschäftigt, entscheidend vor allem vor zwei Jahren in München. Dort lagen der Generalversammlung eine Reihe von Anträgen aus den verschiedensten Filialen vor, die eine Verschmelzung der Schmiede mit dem Deutschen Metallarbeiterverband zum Ziele hatten. Ebenfalls lagen die im Jahre 1909 vom Deutschen Metallarbeiterverband gestellten Uebertrittsbedingungen vor. Die Anträge wurden zwar mit 20 gegen 14 Stimmen abgelehnt, aber die Generalversammlung nahm doch fast einstimmig eine Resolution an, in der sie sich zum erstenmal seit Bestehen des Verbandes im Prinzip mit der Verschmelzung einverstanden erklärte. Sie beauftragte aber den Vorstand und den Vorsitzenden des Ausschusses, mit dem Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes in neue Verhandlungen einzutreten, um bessere Uebertrittsbedingungen als die bis dahin zugestandenen zu erreichen. Die Verhandlungen haben stattgefunden und die hauptsächlichste Konzession, die der Schmiedevorstand für seinen Verband beanspruchte, war die Bildung einer Berufsgruppe auf lokaler und zentraler Grundlage. Die Vorschläge fanden jedoch bei den Metallarbeitern keine Gegenliebe. Was der Vorstand der Metallarbeiter und auch die später folgende Mannheimer Generalversammlung dieses Verbandes auf Grund seines Statuts zugestand, ist folgendes:

1. Sicherung des Rechts, rein berufliche Fragen in Versammlungen der betreffenden Berufsgenossen zu behandeln. Sicherung der Vertretung des Berufs in Vertreterversammlungen, wo solche durch Ortsstatut vorgesehen sind. Durch Befürwortung der Wahl von Vertretern des Schmiedeberufs in die Ortsverwaltung an den Orten, wo die Zahl der dem Schmiedeberuf angehörenden Personen es gerechtfertigt erscheinen läßt.

2. Auf zentraler Grundlage durch nach Bedarf abzuhaltende Berufskonferenzen und eventuell Uebernahme eines von den Mitgliedern des Schmiedevorstandes aus seinen Beamten zu ernennenden Vertrauensmannes in die Verwaltung des Verbandes und Hinzuziehung dieses Vertrauensmanne zu Beratungen von speziell den Schmiedeberuf berührenden Fragen.

3. Verwendung etwa zu übernehmenden Beamten in den Bezirksleitungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes, soweit dies nach den Verhältnissen möglich ist.

Auf dieser Grundlage aufgebaute ins einzelne gehende Vorschläge liegen jetzt der Generalversammlung schriftlich vor. Lange legte dar, wie der Vorstand vergeblich versucht habe, mehr herauszuholen, und kam nach einer eingehenden Würdigung der ganzen Situation zu der Empfehlung an die Generalversammlung, die Vorschläge anzunehmen.

Die Diskussion setzte lebhaft ein, wurde jedoch heute noch nicht zu Ende geführt. Fast ein Redner nach dem andern trat auf und erklärte, daß man von der Notwendigkeit der Verschmelzung durchdrungen sei. Meinungsverschiedenheiten bestanden nur darüber, ob die endgültige Entscheidung durch eine Urabstimmung oder durch die gegenwärtige Generalversammlung getroffen werden solle.

Sechster Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

München, 4. Juni 1912.

An den Geschäftsbericht knüpft sich eine sehr lebhafte Debatte. In der Hauptsache behandelten die Diskussionsredner die Grenzstreitigkeiten, die Anstellung von berufsfremden Personen, auch die Neuwahl des ersten Vorsitzenden zogen die Redner in den Kreis ihrer Betrachtungen. Der Antrag des Vorstandes und Ausschusses, an Stelle Mohs Wutzky als ersten Vorsitzenden zu wählen, wird vielfach zurückgewiesen. Mohs treffe nicht allein die Schuld, wenn nicht alles so ist, wie es sein sollte. Es müsse im Vorstand ein mehr kollegiales Zusamenarbeiten verlangt werden. Sebald-München begründet einen Antrag, der Vorstand solle mit der Generalkommission in Verbindung treten, daß die Arbeiter der Militärbetriebe dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband zugestanden würden. Scharlau-Berlin protestiert energisch dagegen, daß auf dem Verbandstag der Maschinisten und Heizer dem Gemeindearbeiterverband die Existenzberechtigung abgesprochen wurde. Die Generalkommission müßte hier Wandel schaffen. Der Gedanke der Berufsorganisation sei nur eine Machtfrage.

Die Verhandlungen werden vertagt.

Ein Kampf um die Hinterbliebenenrente.

Nach fast 1½jähriger Dauer ist ein für die Schwierigkeit der Verfolgung von Ansprüchen gegen Berufsgenossenschaften typischer Prozeß entschieden. Der Zinngießer Rosenkranz in Deuben bei Dresden starb am 7. Juli 1910 nach 36stündigem Krankenlager, nach Ansicht des behandelnden Arztes Dr. Kr., an Lungenentzündung, die auf Erkältung zurückgeführt wurde. Der Verstorbene hatte aber auf seinem Krankenlager geäußert, daß er infolge **Einatmung von Schwefelsäuredämpfen** erkrankt sei. Er war in der Glasfabrik von Siemens in Döhlen beschäftigt und hatte am 5. Juli Bänder von Zinndeckeln mit Säure abbeizen müssen. Während der Arbeit hatte er Hustenanfälle bekommen. Nach Beendigung der Arbeit mußte er das Bett aufsuchen, welches er lebend nicht wieder verlassen sollte.

Die **Witwe** führte den Tod auf das Einatmen der Dämpfe während der Betriebsarbeit zurück und stellte **Anspruch auf Hinterbliebenenrente.** Vom Arbeitersekretariat Plauenscher Grund wurde zunächst die Sezierung der bereits beerdigten Leiche veranlaßt. Das Ergebnis der Sektion faßte Prosektor Dr. Gl. in folgendem Schlußsatz seines Gutachtens zusammen:

„Die Stellung einer genauen Sektionsdiagnose ist durch die fortgeschrittene Fäulnis unmöglich gemacht. Immerhin ist als Todesursache eine Lungenentzündung im linken Unterlappen anzunehmen. Gestützt wird dieser Befund durch das Ergebnis der mikroskopischen Untersuchung, welche in dem erwähnten Lappen eine ausgedehnte Füllung der Lungenbläschen mit einer zelligen Ausscheidung ergab. Die mikroskopische Untersuchung der Luftwege ergab nirgends eine Verätzung oder Zerstörung der Schleimhaut, ein Anlaß für eine Vergiftung durch ätzende Säuren ist demnach nicht zu erbringen. Der Tod steht demnach **mit größter Wahrscheinlichkeit mit dem angegebenen Unfalle in keinem Zusammenhange.**"

Die **Glas-Berufsgenossenschaft** lehnte hierauf den Anspruch der Witwe und ihrer zwei kleinen Kinder ab. Gegen den Bescheid wurde Berufung mit sehr eingehender Begründung eingelegt.

Schon in der Beantwortung der Berufung wurde die Berufsgenossenschaft sehr anzüglich, indem sie von der Sucht der Klägerin sprach, die von ihr zunächst natürlich erklärte Krankheit nunmehr auf den „Unfall" zurückzuführen.

Das **Schiedsgericht** in Dresden kam am 8. Dezember 1910 zu einer **Verwerfung der Berufung,** ohne dem Antrage der Klägerin, ein Obergutachten einzuholen, entsprochen zu haben.

Gegen das Urteil des Schiedsgerichts wurde **Rekurs** eingelegt. Auf die Rekursschrift hatte die Berufsgenossenschaft weiter nichts zu erwidern als:

„Die weitschweifige Rekursbegründung enthalte nichts als offensichtlich unberechtigte Angriffe gegen den behandelnden Arzt, den Prosektor und das Schiedsgericht."

Es gelang aber, ein **weiteres Gutachten des Dr. Z.** einzuholen. Dieser Gutachter gelangte in eingehender Begründung zu dem Schlusse:

„daß die Lungenentzündung von Rosenkranz in einem zweifelsfreien zeitlichen und höchstwahrscheinlich ursächlichen Zusammenhange mit dem angeblichen Betriebsunfalle der Einatmung giftiger Dämpfe steht. Da die Lungenentzündung als Todesursache anzusehen ist, so folgert daraus, daß der Tod des Rosenkranz **mit einer an Gewißheit grenzenden Wahrscheinlichkeit** durch den Betriebsunfall verursacht worden ist."

Nunmehr wurde die Berufsgenossenschaft ungemütlich. Sie spricht von einer **„völlig aussichtslosen" Sache.** Im Schriftsatz vom 26. April 1911 heißt es wörtlich:

„In Deuben und Umgegend, wo eine von gesinnungstüchtigen Aerzten unterstützte Arbeitervertreterbewegung", so wird das dortige Arbeitersekretariat verklausuliert genannt, „sich in letzter Zeit niedergelassen hat, wird sonst nächstens überhaupt kein Arbeiter mehr sterben, für dessen Witwe eine Rente herauszuschlagen nicht wenigstens der Versuch gewagt wird. Zu solchen Versuchen reizen leider vielfache Entscheidungen, bei welchen bloßen Vermutungen tatsächliche Bedeutung beigelegt wird und die lediglich deshalb aus sogenanntem Wohlwollen heraus zuungunsten der Berufsgenossenschaft ausfallen."

Dabei nennt die Berufsgenossenschaft in einem Atem das Winkelkonsulententum im Zusammenhange mit den „geschäftsmäßigen Arbeitervertretern, die in ihrer Mehrheit dafür sorgen, daß die Arbeiter „nur noch durch Betriebsunfälle aus der Welt scheiden", und in ihrer Empörung läßt sich die Berufsgenossenschaft zu einem Ausfall gegen ein Gewerkschaftsorgan hinreißen. Es heißt da:

„Und der „Fachgenosse" das gewerkschaftliche Blatt der Glasarbeiter, welches den 1. Oktober 1911 mit einem Leitartikel „25 Jahre Blut und Leichen" feierte, wird neuen Stoff zu ihrem verhetzenden Artikel gegen das gewinnsüchtige Unternehmertum geliefert erhalten, welches zum Tragen der alljährlich auch ohne Erweiterung des Begriffs des Betriebsunfalles wachsenden Lasten, zu den sich immer mehr und mehr häufenden Beitragspfändungen, Abverlangung des Offenbarungseides u. a. m., noch den Hohn und den Spott gratis erhält."

Schließlich bekommt auch noch das Reichsversicherungsamt den Unmut der Berufsgenossenschaft zu fühlen. Sehr bezeichnend heißt es:

„Die . . . Rechtsprechung auch einzelner Senate des Reichsversicherungsamtes wird, **wie der Herr Präsident des Reichsversicherungsamts dem Verband der Berufsgenossenschaften hat mitteilen lassen,** keineswegs von der Gesamtheit des Reichsversicherungsamts geteilt; deshalb behalten wir uns schon jetzt vor, in der etwa noch erforderlich werdenden Gegenerklärung den Antrag auf Verweisung der Sache vor den erweiterten Senat zu stellen, falls der 3. Rekurssenat **nicht schon den Schutzwall bildet, der uns gegen unberechtigte Ansprüche der Versicherten von Rechts wegen schützt.**"

Das liest sich gerade so, als ob der Präsident den Verband der Berufsgenossenschaften habe um Entschuldigung gebeten, daß etliche Senate geurteilt haben, ohne den Beifall der Berufsgenossenschaften zu finden.

Nachdem sich Dr. Gl. und auch Dr. Z. nochmals über einige strittige Punkte geäußert und beide schroff auf dem von ihnen eingenommenen Standpunkte beharrten, nachdem über den Gesundheitszustand Rosenkranz' bis auf seine Schulzeit zurück Nachforschungen angestellt und über den Betrieb und die Betriebsweise der betreffenden Glasfabrik Bekundungen beigebracht worden waren, erstattete Professor Dr. Gr. unter Hinzuziehung von Professor Dr. L. L. ein 19 Seiten umfassendes **Obergutachten.** In diesem Gutachten wird nachgewiesen, daß Rosenkranz nicht nur mit großer Wahrscheinlichkeit, sondern **mit absoluter Sicherheit an den Folgen einer Vergiftung gestorben ist.** Es ist unmöglich, dieses umfangreiche Obergutachten auch nur im Auszuge wiederzugeben. Nur eine Stelle sei hier wiedergegeben, um darzutun, wie sich sogar erfahrene Aerzte, wie dies Prosektor Dr. Gl. zweifellos ist, selbst über die einfachsten Symptome einer Krankheit hinwegtäuschen können. In dem Obergutachten heißt es:

„Der vorliegende Erkrankungsfall ist von den bisherigen Gutachtern, der nächsten Ursache nach, verkannt worden. Es handelt sich um eine Vergiftung durch nitrose Gase, und zwar um einen Fall, der zustande kam und verlief, **daß man ihn in der Vorlesung als schulmäßig vortragen könnte,** sowohl bezüglich der chemisch-technischen, als auch der klinischen Verhältnisse. Keinerlei Möglichkeit besteht, chemisch-technisch eine andere Auffassung über die Bildung dieser gasigen Gifte unter den angegebenen Arbeitsbedingungen, nämlich dem Metallbeizen, zu haben."

Der Senat konnte demnach keinen „genügenden Schutzwall" gegen die „unberechtigten Ansprüche" der Hinterbliebenen abgeben und **verurteilte** die Berufsgenossenschaft **zur Zahlung der Hinterbliebenenrente** und der den Klägern erwachsenen Kosten.

Aus der Partei.

Zum Göppinger Parteistreit.

Von verschiedenen Parteigenossen und einigen Parteiblättern werden gegen den Parteivorstand schwere Vorwürfe wegen seiner Haltung in der Angelegenheit des Göppinger Parteiblattes öffentlich erhoben. Die Angaben, auf die sich diese Vorwürfe stützen, sind von Anfang bis zu Ende erfunden und müssen, da sie geeignet sind, die Parteigenossen irre zu führen, entschieden zurückgewiesen werden.

Der Parteivorstand hat in keinem Stadium der Verhandlungen den Druck der „Donauwacht" oder gar die Verschmelzung der beiden Parteiblätter zur Bedingung seiner Unterstützung gemacht. Wir haben lediglich, wie wir noch einmal mit Nachdruck betonen, die vom Göppinger Verlag selbst angeregte und von ihm bereits vor Anrufung des Parteivorstandes eingeleitete Verhandlung mit Ulm, die auch Genosse Thalheimer billigte, als wünschenswert bezeichnet, weil nach den von uns getroffenen Feststellungen das Göppinger Unternehmen auch nach durchgeführter Sanierung noch eine Reihe von Jahren einen Zuschuß von jährlich etwa 15 000 M. erfordert, der, sobald ihm der Druck des Ulmer Blattes in Göppingen übertragen wird, wesentlich ermäßigt werden kann.

Der Druck der „Donauwacht" in Göppingen braucht in keiner Weise die politische und parteitaktische Haltung des Göppinger Organs zu beeinflussen. Beide Redaktionen konnten sehr wohl getrennt geführt werden. Trotz der verschiedenen parteitaktischen Haltung konnte die Ulmer Redaktion in vielen Fällen den ganzen und stets den größten Teil des politischen Satzes des Göppinger Organs verwenden. Falls aber eine Verständigung darüber nicht zu erzielen war, so konnte noch erwogen werden, ob für den politischen Teil des Ulmer Blattes sich nicht die Matern von der „Tagwacht" in Stuttgart beziehen ließen.

Die Göppinger Genossen befanden sich, als sie mit den Ulmern verhandelten, keineswegs unter einem unausweichlichen Druck. Dem der Parteivorstand hat unbekümmert darum, wie schließlich die Regelung ausfallen möge, die fälligen Schulden bezahlt und so den Göppingern die volle Freiheit ihrer Entschließungen bei den Verhandlungen gewahrt.

Unverständlich ist es, daß die Göppinger, obwohl sie von uns ausdrücklich ersucht worden waren, uns über den Verlauf der Verhandlungen zu unterrichten, uns über die von ihnen mit den Ulmern getroffene Vereinbarung und die von ihnen geplante Versammlung nichts mitgeteilt haben. Dies ist um so auffallender, als sie wußten, daß ihre Vereinbarungen der Zustimmung des Parteivorstandes bedürfen. Erst durch den Bericht der Göppinger „Freien Volkszeitung" vom 1. Juni erfuhren wir von der beschlossenen Verschmelzung dieses Blattes mit der „Donauwacht", die von uns nicht empfohlen und bei den Verhandlungen mit uns nicht erörtert worden ist.

Der Genosse Thalheimer hatte keinen Anlaß, die Rolle in der Göppinger Versammlung zu spielen, die er nach seiner Darstellung gespielt hat. Wurde ihm wirklich eine Zumutung gemacht, die er als unzulässigen Druck empfand, so lag nichts näher, als uns telegraphisch oder telephonisch zuzuziehen. Kannte er doch ebenso wie die Vertreter der Göppinger Parteiorganisation unsere Auffassung.

Der Parteivorstand hat sich in dieser Angelegenheit nicht „einer Passivität schuldig" gemacht, sondern sie vom ersten Augenblick in wirksamster Weise gefördert. Hätte er sich von fiskalischen Rücksichten leiten lassen, so hätte er seine Unterstützung rundweg ablehnen müssen. Aber gerade weil er die Interessen der Gesamtpartei im Auge hielt, fühlte er sich zu einem Eingreifen verpflichtet, bei dem er nicht einen Augenblick die Selbständigkeit der Göppinger Redaktion angetastet hat, sondern von vornherein im Beisein Thalheimers und der Vertreter der Göppinger Genossen ausdrücklich erklärt hat, daß die finanzielle Verlegenheit der „Freien Volkszeitung" nicht zur Beeinflussung ihrer politischen und parteitaktischen Haltung ausgenutzt werden dürfe. Der Parteivorstand hat sich also nicht um eine ihm „unangenehme Sache zu drücken" versucht; er mußte vielmehr, da er sich nicht dauernd in Württemberg etablieren kann, das Resultat der von den Göppingern eingeleiteten Verhandlungen abwarten. Dann erst war für ihn die Zeit gekommen, seine Vertreter wieder nach Württemberg zu senden, um von neuem zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen.

Wir bedauern es im Parteiinteresse, daß einige Parteiblätter aus Württemberg falsch informiert worden sind; auf das schärfste verurteilen müssen wir es jedoch, daß einzelne von ihnen, trotz unserer sofort erfolgten Klarstellung, ihre Vorwürfe zum Teil noch aufrecht erhalten haben.

Der Parteivorstand.

Eine wuchtige Kundgebung gegen das Junkerregiment im Preußischen Abgeordnetenhause veranstaltete am Dienstagabend die Lübecker Arbeiterschaft. Abgeordneter Genosse Leinert-Hannover hatte das Referat. Zugleich protestierte die imposante Massenversammlung gegen das wahnsinnige Wettrüsten sowie die Verfassungszertrümmerungsgelüste Wilhelms II.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Das Ende einer liberalen Verleumdung.

Während des letzten Reichstagswahlkampfes erschien in der „Liberalen Korrespondenz" ein Artikel, den der Redakteur des freisinnigen „Geraischen Tageblattes", Erich Dombrowski, unterzeichnet hatte und der die schwersten Angriffe gegen die sozialdemokratischen Gemeinderatsmehrheiten von Gera und den Vororten Geras enthielt. Der Artikel machte die Runde durch die bürgerliche Presse und er wurde auch vom Reichsverbande aufgegriffen und ausgenützt. Unser Geraer Parteiblatt, die „Reußische Tribüne", wies die Angriffe sofort zurück und forderte den Verfasser des Artikels mehrfach auf, öffentlich mit Beweisen zu dienen, anderenfalls er als politischer Ehrabschneider gelten müsse. Dombrowski stellte gegen den verantwortlichen Redakteur der „Reußischen Tribüne", Genossen Drechsler, Strafantrag. Das Schöffengericht zu Gera verurteilte Drechsler zu 700 M. Strafe, während die Widerklage Drechslers als damaliger Vorsitzender des Gemeinderats zu Debschwitz vom Gericht abgelehnt wurde.

Gegen das Urteil legten beide Parteien Berufung ein, die jetzt vor dem Landgericht Gera zur Verhandlung kam. Die Strafkammer hob das Urteil der Vorinstanz auf und setzte die Strafe für Drechsler von 700 auf 300 M. herab. Der Widerbeklagte Dombrowski wurde ebenfalls der Beleidigung für schuldig, aber für straffrei erklärt; er hat jedoch ein Fünftel der Kosten der zweiten Instanz zu tragen.

In der Begründung des Urteils sprach das Gericht aus, die Beweisaufnahme habe ergeben, daß der Artikel Dombrowskis Verallgemeinerungen, Uebertreibungen und Unrichtigkeiten enthalte; es sei aber nicht erwiesen, daß Dombrowski wider besseres Wissen gehandelt habe. Für die Behauptung Dombrowskis, die Gemeinderäte in den Vororten genehmigten nur, was ihnen passe, und eliminierten alles, habe er den Wahrheitsbeweis nicht erbringen können; trotzdem habe das Gericht den Widerbeklagten für straffrei erklärt, da es annehme, Dombrowski sei sich über die Tragweite seiner Behauptung im Augenblick nicht klar gewesen.

Nach diesem Urteil wird den Gegnern wohl die Lust vergehen, das Material Dombrowskis als „Musterbeispiel sozialdemokratischer Mißwirtschaft" zu zitieren.

Jugendbewegung.

Staatliche Zwangsjugendpflege.

Der dem Jungdeutschlandbunde angeschlossene Deutsche Jugendverband, dessen Vorsitzender der politisch stark engagierte Generalmajor Keim ist, hat an „leitende Persönlichkeiten" im Reiche und den Einzelstaaten eine Bittschrift gerichtet, in der ein Gesetzentwurf verlangt wird, der enthalten soll:

1. das Verbot der Beteiligung Jugendlicher unter 18 Jahren (nicht 16 Jahre, wie einzelne bürgerliche Blätter berichteten) an öffentlichen Lustbarkeiten und des Besuches von Schankstätten;

2. die Verpflichtung der Jugendlichen unter 18 Jahren zur Teilnahme an den Veranstaltungen der Körperpflege an mindestens zwei Tagen in der Woche (in ländlichen Gemeinden können die Veranstaltungen im Sommer auf den Sonntagnachmittag verlegt werden, um den Herren Agrariern die Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskräfte nicht zu erschweren);

3. Verpflichtung der Gemeinden zur unentgeltlichen Hergabe von Plätzen und Hallen in genügender Zahl für derartige Veranstaltungen (in großen Städten in allen Stadtteilen, damit sie für die Jugendlichen leicht erreichbar sind).

In der Begründung dieser Forderungen wird auf den mangelhaften Einfluß hingewiesen, den unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen Eltern und Lehrherren auf die Jugendlichen auszuüben imstande seien. Die zwangsweise Heranziehung der Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren sei in hohem Maße erwünscht, um „die Lücke zwischen Schule und Heer auszufüllen". Die bürgerlichen Jugendvereine umfaßten, trotz eifriger Werbetätigkeit, nur einen kleinen Teil der Jugendlichen. „Ihre Zahl dürfte höchstens 20 Proz. betragen." „Gerade die Jugendlichen, die einer geordneten Körperpflege am nötigsten bedürfen", hätten sich bisher allen derartigen Veranstaltungen ferngehalten. Ein nettes Eingeständnis, daß die staatliche Jugendpflege die Scharen der arbeitenden Jugend nicht zu gewinnen vermochte!

So harmlos auch die erste Forderung erscheint, so würde ihre gesetzliche Durchführung einem Ausnahmegesetz gegen die proletarische Jugendbewegung gleichkommen, ohne sie natürlich, die mit dem Reichsvereinsgesetz fertig geworden ist, in ihrer Entwickelung aufhalten zu können.

Unter den „bewährten Organisationen", denen durch die gesetzliche Regelung der Körperpflege kein Abbruch bereitet werden dürfe, wie die Petition betont, verstehen jene Herrschaften selbstverständlich nur sogenannte „nationale" Vereine. Die Arbeiter-Turnvereine beispielsweise werden, auch wenn sie in einem noch so hohen Maße die körperliche Ausbildung der arbeitenden Jugend betreiben, nicht zu den „bewährten Organisationen" gerechnet werden.

So entpuppt sich diese Petition zum „Schutze der Jugendlichen" als ein Schrei nach einem Ausnahmegesetz schlimmster Art.

Orden für Jugendpfleger.

Im „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel" wird eine von Phil. Krug (Lehrer in Düren, Rheinland) verfaßte Schrift, betitelt: „Bürgerliche Jugendpflege und Mitarbeit der Lehrer", durch folgende interessante Mitteilung angepriesen:

„Dem Verfasser wurde soeben **von Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser** als Belohnung für hervorragende Tätigkeit und Mitarbeit auf dem Gebiete der Jugendpflege **der Hohenzollernsche Hausorden** verliehen" ...

Köln a. Rh., den 17. Mai 1912.

Friedr. Kratz u. Cie., Verlagsbuchhandlung.

Wer sich durch diese Reklame verleiten lassen sollte, das Buch zu kaufen, würde bitter enttäuscht werden. Die 78 Seiten starke Schrift, die 1,35 M. kostet, ist ein vollständig überflüssiges literarisches Produkt. Alles was die Schrift enthält: die Aufführung der vorhandenen bürgerlichen Jugendvereine und der ministeriellen Erlasse zur Jugendpflege und die paar Anregungen sind in bereits vorhandenen und noch dazu billigeren Schriften, für die praktische Arbeit weit übersichtlicher und besser geordnet, enthalten. Höchstens in der Beurteilung und Behandlung der proletarischen Jugendbewegung bietet die Schrift einiges Neue, nämlich neue Verdächtigungen und Verleumdungen der proletarischen Jugendbewegung. Ihre glänzenden Erfolge, die der Verfasser an der Hand von Berichten aus der „Arbeiter-Jugend" ziffernmäßig darstellt, müssen dazu herhalten, die Notwendigkeit der Jugendpflege zu beweisen. Der dekorierte Verfasser kennt nämlich nur eine Jugendpflege, die auf „christlich-nationaler Grundlage" betriebene — eine andere Jugendpflege gibt es für ihn nicht. Daher erklärt es sich, wenn er im Kapitel: „Schwierigkeiten der Jugendpflege" den kühnen Satz gelassen hineinschreibt: „Außerordentlich wird die Jugendpflege erschwert, durch die Art und Weise, wie die Sozialdemokratie ihre Jugendgewinnung betreibt". Es ärgert ihn nämlich, daß sie hohe Erfolge erzielt. Zitate aus der „Arbeiter-Jugend" sollen ihren antireligiösen, antimonarchischen und antimilitaristischen Charakter beweisen. Sehr entrüstet sich der Verfasser über den alles andere als polizeifrommen Geist der „Arbeiter-Jugend". „Spott und Hohn", so ereifert sich der Herr, „wird über die Polizei und ihre Maßnahmen gegen Uebertretungen (!) Jugendlicher ausgegossen. Mit hämischer Bosheit wird in der „Arbeiter-Jugend" über polizeiliche Auflösungen freier Jugendorganisationen berichtet und der Polizei offen ein Messen mit zweierlei Maß zum Vorwurf gemacht." Die Wahrheit zu sagen, ist für einen mit dem Hohenzollernschen Hausorden geschmückten treuen Untertan ein Verbrechen, das an Majestätsbeleidigung grenzt.

Der eigentliche Zweck der Schrift, die „Mitarbeit der Lehrer in der Jugendpflege" darzulegen, wird auf acht Seiten erledigt. In den Jugendlichen die christliche Weltanschauung festigen und auf der sicheren Grundlage der Religion die Treue zu Kaiser und Reich aufbauen, muß nach Ansicht des Verfassers der oberste Grundsatz der Jugendpflege sein. Das sagt genug. Eigene Gedanken finden sich auch in diesem Abschnitt nur wenige.

Die Schrift verrät nichts von der „hervorragenden Tätigkeit und Mitarbeit auf dem Gebiete der Jugendpflege" des Verfassers, die ihm den Orden eingebracht haben sollen. „Orden sind Wechselbriefe, gezogen auf die öffentliche Meinung: ihr Wert beruht auf dem Kredit des Ausstellers." Dies Urteil des alten Schopenhauers über die Bedeutung der Orden läßt auch diese Ordensverleihung erklärlich erscheinen.

Aus Industrie und Handel.

Der Kampf um die Vormacht in der drahtlosen Telegraphie.

Die Vertreter von 35 Nationen werden jetzt in London vier Wochen lang tagen, um als zweite internationale Konferenz zur Regelung des funkentelegraphischen Verkehrs Bestimmungen zu schaffen, welche vernünftiges Arbeiten gewährleisten. Seit dem Jahre 1906 ist es wieder das erstemal, daß vor einem amtlichen internationalen Forum über die skandalösen Verhältnisse in der drahtlosen Telegraphie gesprochen wird. Der Krieg der Systeme der verschiedenen großkapitalistischen Gruppen, die jede für sich den Anspruch erhebt die Weltherrschaft zu besitzen, hat nicht zum wenigsten mit die Ausbreitung des funkentelegraphischen Verkehrs gehindert.

In Deutschland war die drahtlose Telegraphie am Anfange ihrer Entwicklung nicht so absolut konzentriert, wie zurzeit und wohl für immer. Die A. E. G. hatte die Bauart Slaby-Arco aufgenommen und bereits 150 solcher Stationen gebaut. Siemens u. Halske dagegen hatte unter Benutzung ihrer eigenen Erfahrungen, sowie der wissenschaftlichen Ergebnisse Brauns eine besondere Gesellschaft für drahtlose Telegraphie gegründet. Es lag hier, wo sich nur zwei ernsthafte Konkurrenten gegenüberstanden, die dem Marconisystem durch gegenseitige Bekämpfung die Wege bahnten, die völlige Vereinigung außerordentlich nahe. Sie kam auch 1903. Die beiden Firmen schlossen sich zu einem gemeinsamen Unternehmen, der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie, G. m. b. H., zusammen, und arbeiteten seitdem ohne Konkurrenz in Deutschland. Ihr System Telefunken konnte seitdem endgültig in der deutschen, der schwedischen und der amerikanischen Kriegsmarine eingeführt werden.

Der schärfste Konkurrent ist Marconi, eine englisch-italienische Gesellschaft, die in den Telefunken ihren gefährlichsten Rivalen sieht. Zwischen diesen beiden Unternehmungen ist der Strich des Morsealphabets seit Jahren zur niederträchtigsten Waffe geworden. Dies aus sehr einfachen Gründen. Die beiden großen Systemkonkurrenten „Marconi" und „Telefunken" kämpfen um die Vorherrschaft auf dem Weltmeere, beide Systeme haben aber den gleichen Mangel, daß sie einander stören können. Ein funkentelegraphischer Aufnahmeapparat nimmt unterschiedslos jede Welle auf, ganz gleich ob sie vom Marconi- oder vom Telefunkengeber kommt. Der Krieg der beiden Gesellschaften wurde deswegen zum Kampfe der beiderseitigen Schiffstelegraphisten. Um das zu verstehen, muß beachtet werden, daß z. B. auch die Telefunkengesellschaft, die heute die Mehrzahl der deutschen Schiffe mit ihren Apparaten ausrüstet, nur eigenes Personal an Sendern und Gebern stationiert. Mit einem bestimmten Gehalt ist auch der letzte Telefunkenmann auf südamerikanischer Fahrt von der deutschen Telefunken A.-G. in Berlin angestellt. Die Schiffsgesellschaft hat nichts weiter mit ihm zu tun, als freie Verpflegung und Unterkunft zu gewähren. Ihr gehört auch nicht die Telegraphenanlage, sie ist der Reederei in jedem einzelnen Falle für einen Jahrespreis von 1000 bis 2000 Mark verpachtet. Da im allgemeinen eine funkentelegraphische Anlage 4 bis 5 Jahre im Gebrauch ist und der Gesellschaft drei- bis fünftausend Mark kostet, so verzinsen sich ihre Anlagen mit rund 100 Prozent. Ein feines Geschäft!

Die Titanic-Katastrophe hat jüngstens wieder bewiesen, daß die Marconi-Telegraphisten und die Telefunkenmänner sich auch heute noch nicht vertragen können. Hier wurde es einmal öffentlich; in der Regel werden die Striche, die in den Funkentelegrammen erscheinen ohne hineinzugehören, die groben Randbemerkungen „feindlicher Telegraphisten" nicht bekannt.

Hier hat die internationale Konferenz einzusetzen. Die drahtlose Telegraphie wird erst dann das darstellen was sie sein soll und muß, wenn sie im Kulturinteresse international verstaatlicht wird. Es ist lächerlich sich immer wieder hinzustellen, wie es im besonderen die deutsche bürgerliche Presse tut, und auf den rohen Großkapitalismus der Marconi A.-G. zu schimpfen. Das Profitinteresse ist überall gleicher Art. Das deutsche ist durchaus nicht sittlicher oder höflicher als irgendein anderes.

Komisch wirkt die Frage, ob die Kabeltelegraphie noch lange imstande sei, mit der drahtlosen zu konkurrieren. Telefunken- und Kabeltelegramme werden in ihrem minderen oder größeren Gebrauch nicht in erster Linie von der Höhe der technischen Kultur oder ähnlichen, dem Kapitalismus gleichgültigen Dingen beeinflußt. Dafür nur ein Beispiel. Die wegen aktuell ist, weil es im „B. T." erwähnt wird. Die deutsch-südamerikanische Telegraphengesellschaft, die in Buenos-Aires Telephon- und Telegraphen-Tochtergesellschaften besitzt, gehört mit einer Anzahl Kabelwerk-Aktiengesellschaften zum Konzern der Mühlhausener Felten u. Guillaume-Lahmeyer-Werke. Dieser Fabrikationskonzern wird durch die Frankfurter Elektrizitätsgesellschaft, vormals Lahmeyer u. Co., beherrscht. Und diese Aktiengesellschaft wurde vor einem Jahre durch die Bank für elektrische Unternehmungen in Zürich, einem Tochterkonzern der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, Berlin, verschluckt! Wie wir schon weiter oben ausführten, ist die Gesellschaft für drahtlose Telegraphie G. m. b. H. eine Gemeinschaftsgründung der A. E. G. und der Siemens u. Halske-Schuckert A.-G. Es ist deswegen lächerlich, zu glauben, daß es zwischen den Telefunken und dem Kabeltelegramm zu einer Idealkonkurrenz käme, das läßt das Profitinteresse der beiden Unternehmungen nicht zu, weil sie ja im wesentlichen in einer Hand vereinigt sind. Mit der drahtlosen Telegraphie wird es so ähnlich werden, wie mit der Aviatik. Das Staatsinteresse, hier als militärisches Interesse zu verstehen, wird die Erfindung mehr oder weniger usurpieren. Die Industrieunternehmen, welche Telefunkenstationen bauen, werden zu privatkapitalistischen Staatswerkstätten. Im übrigen werden die Elektromächte sich an das tägliche Brot der Kabeltelegramme zu halten verstehen.

Soziales.

Genossenschaftsausstellung.

Wie wir schon früher mitteilten, wird mit dem vom 15. bis zum 19. Juni hier tagenden neunten ordentlichen Genossenschaftstag eine genossenschaftliche Ausstellung verbunden sein. Die Ausstellung findet im „Clou" (Konzertlokal, früher Markthalle in der Mauer- und Zimmerstraße) statt. Es soll, wie wir der „Konsumgenossenschaftlichen Correspondenz" entnehmen, der Versuch gemacht werden, im Rahmen einer Ausstellung die Bedeutung des Genossenschaftswesens, soweit es sich im Zentralverbande deutscher Konsumvereine kristallisiert, darzutun. Die Einladung der Veranstalter der Ausstellung erging an alle dem Zentralverband angeschlossenen Genossenschaften. In hervorragender Weise sollen in der Ausstellung die Großeinkaufsgesellschaft und der Zentralverband deutscher Konsumvereine vertreten sein. Die Großeinkaufsgesellschaft wird die Gelegenheit der Ausstellung benutzen, um den weitverzweigten **Mechanismus einer zentralen Einkaufs- und Produktivgenossenschaft** im Objekt zu zeigen. Den Großhandel werden vornehmlich die vielen gesetzlich geschützten Eigenpackungen repräsentieren. Spezialausstellungen sollen den Beschauer über den **Werdegang wichtiger Genußmittel** unterrichten. Besonderes Interesse dürften neben den Modellen eigener Fabrik- und Verwaltungsgebäude die Erzeugnisse **der Eigenproduktion** beanspruchen. Die **Seifenfabrik** in Gröba-Riesa wird alle ihre Produkte dem Urteil der Ausstellungsbesucher unterbreiten. Die Fabrikate aus den drei **Tabakfabriken** der Großeinkaufsgesellschaft werden ebenfalls ausgestellt werden. Einen hohen praktischen Wert können die Nachweise des **chemischen Laboratoriums** der Großeinkaufsgesellschaft beanspruchen, die über die Zusammensetzung der wichtigsten Nahrungsmittel und über die in letzter Zeit gefundenen **Nahrungsmittelfälschungen** unterrichten.

Die Entwickelung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine werden eine Anzahl graphischer Darstellungen vor Augen führen. Die Eigenproduktivbetriebe der Verlagsanstalt des Zentralverbandes, die große Druckerei und die Papierwarenfabrik, steuern zur Ausstellung ebenfalls ihre Erzeugnisse bei. Was die Buchdruck- und die Buchbindekunst in ästhetischer, aber auch in praktischer Hinsicht zu leisten imstande sind, wird die Ausstellung zeigen. Die Papierwarenfabrik stellt ihre unter Ausmerzung unsozialer, heimindustrieller Produktionsweise hergestellten Tüten, Beutel usw. aus.

Die deutschen Konsumvereine werden, soweit sie Aussteller sind, durch Modelle ihrer baulichen Anlagen, durch graphische Tafeln, durch Photographien und Zeichnungen ihre Leistungsfähigkeit zu erweisen suchen. Die Konsumvereine werden durch Modelle ihrer Eigenproduktivbetriebe und deren Erzeugnisse den **Stand der konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion** zeigen.

Die genossenschaftliche Ausstellung soll ein abgerundetes Bild genossenschaftlichen Lebens im Zentralverbande deutscher Konsumvereine geben. Sie wird so ein Studienobjekt von eminenter Bedeutung für diejenigen sein, die sich vorurteilslos über die Konsumgenossenschaftsbewegung orientieren wollen. Den Konsumenten möge sie zugleich ein Zeichen genossenschaftlicher Leistungsfähigkeit und ein Ansporn sein, diese Leistungsfähigkeit immer mehr zu vervollkommen.

Zu spät.

Die „Segnungen" der Reichsversicherungsordnung, die mit Hilfe der Zentrumspartei unter Dach und Fach gebracht wurde, kommen jetzt schon den **katholischen Arbeitern zum Bewußtsein**, obwohl das Gesetz noch gar nicht einmal in Kraft getreten ist. Der letzte Delegiertentag des Bezirksverbandes Neiße der katholischen Arbeitervereine nahm auf seiner letzten Tagung in Neiße folgende Resolution einstimmig unter großem Beifall an:

„Der Delegiertentag der katholischen Arbeitervereine des Bezirksverbandes Neiße spricht sein **lebhaftes Bedauern** darüber aus, daß zahlreichen der **Invaliden- und Unfallversicherung unterstehenden Personen die Erlangung einer Rente außerordentlich erschwert wird.** Er gibt seiner **Verwunderung** darüber Ausdruck, daß die **unteren Verwaltungsbehörden gar keinen Einfluß** auf die Entscheidungen der Landesversicherungsanstalt und der Schiedsgerichte haben, daß sich insbesondere auch bei gutachtlichen Aeußerungen mancher Vertrauensärzte **Härten** zeigen, die nicht geeignet sind, das **Vertrauen zur Arbeiterversicherung zu stärken.**

Er beauftragt die Vereine, Material über besonders krasse Fälle zu sammeln und dem Arbeitersekretär zur zweckmäßigen Verwendung in der Presse, bei den Herren Abgeordneten usw. zu übersenden."

Die Erkenntnis der katholischen Arbeitervereine vom Bezirksverband Neiße kommt reichlich spät. Immerhin ist sie eine glatte **Bestätigung der Darlegungen, die die Sozialdemokraten bei Beratung der neuen Reichsversicherungsordnung machten.** Jetzt freilich läßt sich der Uebelstand nicht mehr abändern, da hilft auch das Sammeln und zweckmäßige Verwenden besonders krasser Fälle nichts mehr. Das Zentrum hat es so haben wollen. Jetzt kommt der Katzenjammer bei den katholischen Arbeitern.

Gerichts-Zeitung.

Unzucht in der „Wahrheit".

Das Landgericht I in Berlin hat am 30. Januar den Journalisten Paul **Stegemann** und den Stenographensekretär **Unterweger** wegen Verbreitung einer unzüchtigen Schrift zu Geldstrafe verurteilt. St. war bis zum 1. August v. J. Redakteur der wöchentlich erscheinenden **„Wahrheit"** gewesen, hatte aber, obwohl ein neuer Redakteur an seine Stelle trat, die Redaktionsarbeiten gegen das fürstliche Honorar von täglich 1,50 M. weitergeführt. Als er am 19. August die Nummer zusammenstellte, fehlten noch 1½ Seiten Text. Er ordnete deshalb selbständig den Abdruck des von seinem Freunde, dem Mitangeklagten Unterweger verfaßten Feuilletons **„Das Liebesexamen"** an, nachdem er unwesentliche Aenderungen daran vorgenommen hatte. Dieses Schriftwerk ist nach den Feststellungen des Gerichtes geeignet, das Scham- und Sittlichkeitsgefühl in geschlechtlicher Hinsicht aufs gröblichste zu verletzen. Zwei andere Zeitungen hatten wegen des höchst bedenklichen Inhaltes vorher den Abdruck abgelehnt. — Die nur von Stegemann eingelegte **Revision** wurde am Dienstag vom Reichsgericht **verworfen.**

Falscher Feuerwehralarm.

Gegen die böswilligen Alarmierungen der Feuerwehr wird von den Gerichten in letzter Zeit mit aller Schärfe vorgegangen, wie ein Fall zeigt, der gestern unter Vorsitz des Amtsrichters Götting das Schöffengericht Berlin-Mitte beschäftigte. Angeklagt wegen qualifizierter Sachbeschädigung (Beschädigung einer dem öffentlichen Nutzen dauernden Einrichtung) war der aus der Untersuchungshaft vorgeführte Kaufmann Ludwig Zielinsky. Der Angeklagte hatte am 8. August v. J. in mehreren Lokalen gekneipt. Als er dann durch die Kaiser-Wilhelm-Straße kam, schlug er aus Mutwillen die Scheibe des an der Ecke der Dirksenstraße stehenden Feuermelders ein und setzte diesen in Tätigkeit. Der dort Posten stehende Schutzmann, der von dem Angeklagten anscheinend nicht bemerkt worden war, hielt ihn an und fragte, wo es denn brenne. Der Angeklagte nannte mit aller Gemütsruhe die Nummer eines Hauses in der Dirksenstraße mit dem Zusatze, daß die Flammen dort schon aus den Fenstern des Hinterhauses hoch herausschlügen. Während der Schutzmann pflichtgemäß nach der vermeintlichen Brandstelle eilte, ergriff der Angeklagte die Flucht. Er wurde erst später als Täter ermittelt und, da er sich einige Zeit verborgen hielt, verhaftet. Vor Gericht beantragte der **Staatsanwalt** mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte schon einmal wegen des gleichen Vergehens mit 3 Monaten Gefängnis vorbestraft ist, eine **Gefängnisstrafe von 1 Jahr.** Das **Gericht** erkannte auf **3 Monate Gefängnis.**

Aus der Frauenbewegung.

Die Geplagtesten.

Nach der letzten Berufszählung gab es in Deutschland bereits 2 777 253 verheiratete und 978 827 verwittwete oder geschiedene Frauen, gegenüber 4 199 102 ledigen weiblichen Erwerbstätigen. Ist die Frau schon im allgemeinen das Stiefkind der Sozialpolitik, so in ganz besonderem Maße die durch Hauswirtschaft, Mutterschaft und Erwerbsarbeit dreifach beladene und belastete Proletarierin. In den letzten Jahren hat man angefangen, sich der Fürsorge der Säuglinge zuzuwenden, und die große Zahl der größeren und schulpflichtigen schwächlichen und unterernährten Kinder läßt auch hier mehr und mehr Forderungen nach Kinderfürsorge und Erholungsstätten laut werden. Für die abgerackerten Mütter, die jahrelang ein Lasttier-Dasein führen, die tagaus tagein sich abschuften in Arbeitsfron, Erwerbsarbeit, Hausarbeit und Kinderfürsorge, in der ständigen Sorge, mit den wenigen Groschen den nötigen Unterhalt täglich heranzuschaffen — für diese Wunde am Volkskörper hat die soziale Wohlfahrtsgeschäftigkeit noch kein Pflästerchen gefunden. Was die Sozialdemokratie an sozialen Reformen verlangt, Reformen, die den Vielgeplagtesten etwas Erleichterung und Lebensfreude bieten könnte, das versagte die bürgerliche Majorität. Erneute Stürme und Vorstöße müssen ein Loch in die reaktionären Wälle schlagen. Eine durchgreifende Besserung der dreifach mit Last Beladenen kann nur der zähe Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung bringen, der zugleich Kampf für die restlose Gleichberechtigung der Frauen bedeutet.

Hierzu müssen die Frauen, **all die geplagten und geknechteten,** in Reih und Glied mit den männlichen **Klassengenossen im Kampfe** stehen.

Leseabende.

Dritter Kreis. Heute abend 8½ Uhr: Leseabend im **Gewerkschaftshause.** Vortrag des Genossen Dr. Grumach über „Ziele des Sozialismus".

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Die Besichtigung der städtischen Güter Albrechtshof und Hobrechtsfelde muß besonderer Umstände halber am Montag unterbleiben, kann auch in den nächsten vier Wochen nicht stattfinden. Dafür Besichtigung des Wöchnerinnenheims „Heimstätte", Drontheimer Str. 39, Montag, den 10. Juni, nachmittags 3 Uhr. Treffpunkt vor der Heimstätte.

Eingegangene Druckschriften.

Wir zeugen vom lebendigen Gott! Predigten religiös-sozialer Pfarrer der Schweiz. 4 M., geb. 5,20 M. **Probleme des Arbeitsrechts** von H. Potthoff. 4 M., geb. 5 M. E. Diederichs, Jena.

Kunst und Künstler. Heft 9. Viertelj. 4 M. (Monatsschrift.) B. Cassirer, Berlin, Derfflingerstr. 15.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Am Montag, den 3. Juni, verstarb unser langjähriger Bezirksführer, der Goldarbeiter

Emil Wegehaupt

Ruppinerstr. 31.

Ein tragisches Schicksal hat dem Leben eines rastlos tätigen und aufopferungsvollen Mitkämpfers ein jähes Ziel gesetzt. 229/8

Während seiner beinahe zwanzigjährigen Tätigkeit als Funktionär hat er sich in hohem Maße die Liebe und Achtung aller erworben, mit denen er im Leben verkehrte.

Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, vom Schauhause, Hannoversche Str. aus nach dem Freireligiösen Friedhof in der Pappel-Allee statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Am 3. Juni schied freiwillig aus dem Leben unser Genosse, der Bezirksführer

Emil Wegehaupt.

Wir betrauern in ihm einen tüchtigen Parteigenossen und lieben Freund, der in seiner fast Zweijahrzehnten langen Tätigkeit seine Kraft in den Dienst der Partei gestellt hat. 229/6

Sein Andenken wird uns unvergeßlich bleiben.

Die Funktionäre der 9. Abt. des 6. Berliner Reichstagswahlkreises.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, vom Schauhause, Hannoversche Straße aus nach dem Freireligiösen Friedhof in der Pappel-Allee statt.

Sozialdemokrat. Wahlverein Kreis Niederbarnim. Bezirk Rummelsburg.

Am 4. Juni verstarb unser Mitglied, der Töpfer

Johann Fobke

Lückstr. 25 (7. Bezirk)

im Alter von 29 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. Juni, nachmittags ½6 Uhr, von der Halle des Rummelsburger Gemeinde-Friedhofes, Lückstraße, aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

8/8 **Die Bezirksleitung.**

Zentralverband der Töpfer u. Berufsgenossen Deutschl. Filiale Groß-Berlin.

Den Kollegen zur Kenntnis, daß am Dienstag, den 4. Juni 1912 der Kollege

Johann Fopke

(Bezirk Rummelsburg)

im Alter von 29 Jahren an Lungenentzündung verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 7. Juni, nachmittags 5¼ Uhr, auf dem Rummelsburger Gemeindefriedhof, Lückstraße, statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

192/15 **Der Vorstand.**

Sozialdemokrat. Wahlverein Spandau.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Arbeiter

Otto Runge

Lynarstraße 86

gestorben ist.

Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 6. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Friedhofes, in den Kisseln, aus statt.

293/1 **Der Vorstand.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Vater, der Maurer

Karl Schneckenhaus

am 2. Juni gestorben ist. 458

Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. Juni, nachmittags 5½ Uhr, von der Leichenhalle des St. Philippus-Apostel-Kirchhofes, Müllerstr. 44/45, aus statt.

Die trauernden Kinder nebst Schwiegersöhnen u. Töchter (Bahnstr. 28).

Allen Freunden und Genossen die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau

Berta Sternbeck geb. Kluge

am 4. Juni verstorben ist.

Der trauernde Gatte

Gustav Sternbeck.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, d. 8. Juni, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofs in Friedrichsfelde aus statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Werkzeugschlosser

Oskar Dürr

am 2. d. M. an Herzleiden gestorben ist.

Die Einäscherung der Leiche findet am Donnerstag, den 6. d. M., in Hamburg statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Bickler

Richard Schimmel

am 3. d. M. an Lungenleiden.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Nazareth-Kirchhofes in Reinickendorf-Ost aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Ferner den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Goldarbeiter

Emil Wegehaupt

freiwillig aus dem Leben geschieden ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. d. M., nachm. 5 Uhr, vom Leichenschauhause, Hannoversche Str. 6, aus nach dem Freireligiösen Friedhofe in der Pappelallee statt.

Ehre ihrem Andenken!

Rege Beteiligung erwartet

118/15 **Die Ortsverwaltung.**

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres treusorgenden Vaters 411

Wilhelm Schröder

(Beusselstr. 58) sagen wir allen Verwandten und Bekannten, sowie den Mitgliedern des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes (Zweigverein Berlin), dem Wahlverein des 6. Kreises, und der Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer unseren herzlichsten Dank.

Die trauernde Witwe nebst Kindern.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt

für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz

10—2, 5—7, Sonntags 10—12. 2—4

Verband der Kupferschmiede Deutschlands. Filiale Berlin.

Am 3. Juni verstarb nach kurzem Krankenlager unser Mitglied, der Kollege

Paul Schrader

im Alter von 61 Jahren an Nierenentzündung.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Die Sänger treffen sich im „Sängerheim".

Rege Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden beim Hinscheiden meines unvergeßlichen Mannes, unseres guten Vaters, sagen wir allen Beteiligten, insbesondere dem Gesangverein „Immergrün", den Kollegen der Argus-Werke, dem Deutschen Metallarbeiterverband sowie der Hamburger Krankenkasse unseren herzlichsten Dank.

Amalie Hackbarth

19955 **nebst Sohn.**

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters sagen wir allen Beteiligten unseren herzlichsten Dank.

Frau Wwe. **Grieger** geb. Lehmann und Kinder. 309

Von der Reise zurück

Dr. Leopold Lilienthal,

Arzt für Haut- und Harnleiden,

Gr. Frankfurter Str. 107.

Buchhandlung Vorwärts

Lindenstr. 69 (Laden).

Soeben erschien: 246/20

Die Wertzuwachssteuer.

Reichsgesetz vom 14. Februar 1911.

Von **Albert Südekum.**

(Heft 12 der Sozialdemokratischen Gemeindepolitik.)

Preis 1 M.

Vereinsausgabe 40 Pf.

Den „Vorwärts"-Lesern gewähre Rabatt.

Gardinen-Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin, Oranienstr. 158

Abgepaßte Fenster,

weiß und crême

p. Fenster 2.35, 3, 4–60 M.

Imit. Point-lace-Künstler-Gardinen, p. Fenster M.	6.75
Elegante Sezessions-Tüll-Stores M.	1.85
Gestickte echte Spachtel-Stores M.	7.75
Goldfarbige reichgestickte Band-Stores M.	3.85
Tüllbettdecken, Größe 160/220 cm M.	2.50
Reichgest. Erbstüll-Bettdecken M.	6.75
Elegante Tüll-Bettrückwände M.	6.75

Brise-Bise (Scheibenschleier) 25, 35, 40, 50 Pfennig.

Nach auswärts p. Nachnahme.

Spezial-Katalog

mit zirka 650 Abbildungen **gratis und franko.**

Gardinen und Teppiche

Erstklassige Bezugsquelle

Gardinenhaus Bernhard Schwartz

Wallstr. 18 (dreizehn).

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt Norden, Nr. 1239.

Verwaltungsstelle Berlin Chariteestraße 3.

Hauptbureau: Hof III. Amt Norden, Nr. 1987.

Sonnabend, den 8. Juni, abends 7 Uhr, im Lokal von Gustav Rau, Tempelhof, Ringbahnstraße 6/7:

Versammlung der Zaun-Aufsteller.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Auch Nichtorganisierte sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Montag, den 10. Juni:

Bezirks-Versammlungen

für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin

in folgenden Lokalen:

Norden: Pharussäle, Müllerstr. 142, abends 8½ Uhr.

Norden: Obiglos Festsäle, Schwedter Straße 23, abends 8½ Uhr.

Norden: Frankes Festsäle, Badstr. 19, abends 8½ Uhr.

Tegel: Wohlfahrts Festsäle, Reinickendorf-West, Eichbornstraße 60, abends 6 Uhr.

Moabit: Patzenhofer-Brauerei, Turmstraße 25/26, abends 8½ Uhr.

Westen und Schöneberg: Oells Festsäle, Schöneberg, Hauptstr. 5, abends 8½ Uhr.

Osten: Comeniussäle, Memeler Straße 67, abends 8½ Uhr

Lichtenberg: Restaurant J. Ertelt, Pfarrstraße 74, abends 8½ Uhr.

Stralau und Rummelsburg: Café Bellevue, Hauptstraße 5, abends 8½ Uhr.

Südenbezirke: Gewerkschaftshaus, Engel 15, Saal 4, abends 8½ Uhr.

Weißensee: Peukerts Festsäle, Berliner Allee 251, abends 8½ Uhr.

Neukölln: Passage-Festsäle, Bergstr. 150, abends 8½ Uhr.

Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstr. 3, abends 8½ Uhr.

Steglitz: Schellhases Festsäle, Ahornstraße 15, abends 8½ Uhr.

Köpenick u. Friedrichshagen: Schulz, „Zum goldenen Hirsch" in Köpenick, Friedrichshagener Str. 1, abends 8½ Uhr.

Ober-Schöneweide: Wilhelminenhof, Prochowski, „Vereinshaus", Schillerpromenade 13, abends 6 Uhr.

Spandau: Emil Schuberts Festsäle, Kurstr. 21, abends 8½ Uhr.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Bericht von der außerordentlichen Generalversammlung und Stellungnahme zur ordentlichen Generalversammlung.

Mitgliedsbuch legitimiert. 118/14

Die Versammlungen werden pünktlich eröffnet.

Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Hausarzt-Vereine.

Vorsitzender und Geschäftsstelle: G. Jacob, NW. 21, Emdener Str. 45. Tel. Amt Moabit 1134.

Sonnabend, 8. Juni, abends 8 Uhr, in den „Germania-Prachtsälen", Chausseestraße:

Funktionär-Konferenz.

Tagesordnung: **Wie gestalten wir unsere fernere Agitation.**

Referent: Genosse **Dr. Moses.**

Pünktliches Erscheinen eines jeden einzelnen erwartet

291/20 **Der Zentralvorstand.**

NB. Familien, deren Ernährer nicht krankenversicherungspflichtig sind werden nicht aufgenommen.

Qualitäts-raucher

× fordern ×

und rauchen nur

Garbáty

Blendax

Mit dem Scheuermännchen

Scheuert · Reinigt · Putzt Alles

Blitzblank

Pakete zu 10 u. 20 Pfg.

Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Berliner Nachrichten.

Winke für Ausflügler.

Schlimme Feinde der Ausflügler sind gewisse Insekten, die sich im Sommer unheimlich vermehren und mitunter die Annehmlichkeit der Landpartie stark beeinträchtigen. Mücken gehören zu den unausrottbaren Lebewesen. Sie dringen in unzähligen Massen bis in die Weltstadtwohnungen vor, machen sich im Schlafgemach noch zur Nachtzeit breitspurig bemerkbar. Man hat den Versuch unternommen, die in Kellern gern überwinternden Mücken durch Spiritusdämpfe und ähnliche Mittel zu dezimieren. Allzuviel wird das auch nicht helfen. Es ist einfach unmöglich, an alle Unterschlupforte beizeiten heranzukommen. Am besten nützt immer noch die Natur. Große Dürre vermindert die überaus zähen geflügelten Plagegeister, weil ihr Lebenselement in der Entwickelungsperiode das Wasser bildet. Bei einem Gewitterregen gehen Milliarden zugrunde, neue Milliarden kommen zum Leben. Darum sehen wir die größten Mückenschwärme ja stets in der Nähe des Wassers. Nicht minder unangenehm sind Wespen, die im vorigen Sommer, wohl infolge der anhaltenden Trockenheit in erstaunlichen Mengen auftraten. Im Gegensatz zum Mückenweibchen gehen sie nicht auf die Jagd nach Menschen- und Tierblut, sind aber um so aufdringlicher und naschhafter. Sie haben feine Witterung für Süßigkeiten und überfallen die Ausflügler bei den Mahlzeiten in ganzen Schwärmen, stechen aber nur, wenn sie gereizt werden, und können dann schwere Vergiftungen hervorrufen. In ihrer Naschhaftigkeit sind die gelbgefleckten, seltener roten Schmarotzer so gefräßig und hartnäckig, daß sie sich oft eher die schlanke Wespentaille zerdrücken als vertreiben lassen. Das ätzende, in Ameisensäure bestehende Gift des Wespenstichs bringt sehr starke Entzündungen und kann am Gaumen oder im Schlunde, wenn das Tier mit der Nahrung in den Mund gelangt, zu Erstickungen führen. Läßt man die Frechlinge ruhig naschen, so sind sie ziemlich harmlos. Größere Schwärme zu beunruhigen oder sich an Wespennester heranzumachen, ist stets gefährlich. Die aufgescheuchten Tiere verfolgen, besorgt um ihren Raub, den Störenfried auf weite Strecken. Man geht ihnen also am besten aus dem Wege. Gute Dienste gegen Stiche leisten kalte Umschläge, feuchte Erde, Schmierseife, Salmiakgeist, auch Aussaugen ist von Vorteil.

Die Kreuzotter kommt in den Wäldern um Berlin häufiger vor, als man wohl glaubt. Auch sie geht erst gereizt zum Angriff über. Mit Vorliebe hält sie sich in der Sonne an Waldschneisen und Steinen auf, ist aber auch im Unterholz und Gras zu finden, besonders im Laubwald. Zum Glück sind die meisten Waldgebiete bei Berlin von Kreuzottern völlig frei, während sie an bestimmten Orten recht häufig bemerkt werden. Solche Stellen sind beispielsweise Finkenkrug bei Spandau, die Wege von Tegel nach Heiligensee und nach Hermsdorf, der Wald bei Tegelort und Eichkamp sowie vor allem die Waldgebiete bei Potsdam. Man soll sich hier nicht eher auf Waldboden niederlassen, als bis derselbe in weiterem Umkreise geprüft worden ist. Hunderte von Kreuzottern, für die die Regierung eine Prämie zahlt, werden alljährlich bloß an diesen Stellen getötet oder lebend gefangen, trotzdem nimmt das Gezücht nicht sonderlich ab.

Auch die märkische Pflanzenwelt ist reich an Giftstoffen. Abgesehen von den zahlreichen giftigen Pilzarten, vor denen alljährlich die Behörden in sehr beachtenswerten öffentlichen Bekanntmachungen warnen, ist der unscheinbare, massenhaft verbreitete Wasserschierling ungemein gefährlich. Die glänzend schwarzen — nicht roten! — Beeren der Tollkirsche fordern ebenfalls reiche Opfer. Der Samen des Stechapfels bringt Nervenlähmungen hervor, in mehr oder weniger hohem Grade giftig sind ferner sämtliche Wickenarten, Kirschlorbeer, Schneeball, Nachtschatten, Bilsenkraut, Fingerhut, Goldregen, Wolfsmilch. Von allen diesen Pflanzenarten soll man nie irgend welche Bestandteile in den Mund nehmen.

Bei Gewittern werden die einfachsten Vorsichtsmaßregeln nicht beachtet. Daß man mitten auf der Waldchaussee sicherer ist, als unter den Bäumen, wissen noch sehr viele Leute nicht. Sich unter Laubbäumen, besonders Buchen, zu stellen, ist beinahe Selbstmord. Wer mitten im Walde vom Gewitter überrascht wird, suche eine Lichtung auf und suche sich hier oder in einer Vertiefung mit überhängendem Strauchwerk zu schützen.

Berliner Asylverein für Obdachlose. Im Monat Mai nächtigten im Männerasyl 15 341 Personen, wovon 6749 badeten; im Frauenasyl 2426 Personen, wovon 780 badeten. Arbeitsnachweis wird erbeten für Männer: Wiesenstraße 55/59; für Frauen: Kolberger Straße 30.

Aus der Kanalverwaltung. Die Deputation der Kanalisationswerke erklärte sich in der letzten Sitzung mit dem vorgelegten Projekt für den Um- und Erweiterungsbau der Pumpstation IV durch drei Zentrifugalpumpen von je 500—600 Sekundenliter Leistung mit Dieselmotorantrieb, eine elektrisch betriebene Nachtpumpmaschine von rund 250 Sekundenliter Leistung, einen Laufkran, einen Dampfkessel, mechanische Beschickungseinrichtung für sämtliche Kessel, eine mechanische Abwasseraufbereitungsanlage usw. zum Gesamtkostenbetrage von 939 000 M. einverstanden. In derselben Sitzung wurde auch das Projekt für den Erweiterungsbau der Pumpstation VIII durch zwei Zentrifugalpumpen von je rund 450 Sekundenliter Leistung und einer Nachtpumpmaschine von rund 200 Sekundenliter Leistung mit elektrischem Antrieb, mechanische Beschickungseinrichtung der Kessel, ein Wirtschaftsgebäude usw. mit dem Kostenbetrage von 843 000 M. genehmigt. Das im Jahre 1906 von der Stadtverordnetenversammlung genehmigte Projekt für das Radialsystem XI der Kanalisation von Berlin sah den Anschluß der Schmutz- und Regenwasser eines großen Teils von Weißensee mit vor. Nachdem die Gemeinde Weißensee sich aber entschlossen hatte, eine eigene Kanalisation einzurichten und lediglich einen Teil seiner Regenwasser in den Notauslaß des 11. Radialsystems einzuleiten, war die Umänderung des ursprünglichen Projekts erforderlich. Die ursprünglich auf 19 200 000 M. veranschlagten Gesamtkosten ermäßigten sich dadurch auf 15 595 000 M. Die Kanalisationsdeputation erklärte sich mit der Vorlage dieses abgeänderten Entwurfs und Kostenanschlages an die Stadtverordnetenversammlung einverstanden.

Polizeiliche Maßnahmen gegen den Handel vor Schulen. Den Handel mit einer Reihe von Gegenständen vor den Schulgebäuden oder Spielplätzen will der Unterrichtsminister mit Hilfe von Polizeiverordnungen oder Polizeiverfügungen unterdrücken. Gelegentlich halten Händler Speiseeis, Bier, Limonaden, Mineralwässer und Zigaretten in der Nähe von Schulgrundstücken oder Spielplätzen feil. Die Schulkinder werden so zum Ankauf dieser Genußmittel verleitet. Der Minister hält es nach Lage der Gesetzgebung für sehr wohl zulässig, hiergegen im Wege einer Polizeiverordnung oder durch Polizeiverfügungen einzuschreiten. Der Aufenthalt der Händler könne in der Nähe der Schulgrundstücke verboten werden. Die Unterrichtsbehörden sind nach der „Urzeitung" veranlaßt worden, bei der zuständigen Polizeibehörde anzuregen, daß gegen solche Händler vorgegangen wird.

Wermuth bestätigt. Die Wahl des Staatssekretärs a. D. Wermuth zum Oberbürgermeister von Berlin ist vom Kaiser bereits bestätigt worden. Die Bestätigungsurkunde ist, wie verlautet, gestern vom Oberpräsidium in Potsdam abgegangen.

Der schon früher zum Stadtrat gewählte Beigeordnete Berndt aus Mainz ist bis jetzt noch nicht bestätigt.

Justizrat Friedrich Munckel ist in der Charité, in der er als Untersuchungsgefangener untergebracht war, in der vergangenen Nacht im Alter von 48 Jahren einem schweren Nierenleiden erlegen. M. war der Sohn des vor einigen Jahren verstorbenen bekannten Parlamentariers Geh. Justizrats Munckel. Mitte März dieses Jahres wurde der körperlich schwer leidende Mann, der wenige Wochen vorher einen Schlaganfall erlitten hatte, unter dem Verdacht, von seinen Klienten ihm übergebene Gelder angeblich in Höhe von 30 000 Mark veruntreut zu haben, auf Veranlassung der Berliner Staatsanwaltschaft am Landgericht II in seiner in Charlottenburg, Bismarckstraße 69, belegenen Wohnung verhaftet. Bald nach seiner Einlieferung in das Untersuchungsgefängnis mußte M. in das Lazarett aufgenommen werden. Auf Antrag seines Rechtsbeistandes erfolgte seine Ueberführung nach der Charité, wo M. auf seinen Geisteszustand untersucht wurde. Nach Ablauf der zu diesem Zweck vorgeschriebenen Frist von sechs Wochen wurde der körperlich und wohl auch geistig kranke Mann, der sich einer strafbaren Handlung kaum bewußt gewesen sein mag, in das Untersuchungsgefängnis zurückgebracht. Schon nach wenigen Tagen mußte man ihn wieder in die Charité einliefern, weil sich sein Leiden derart verschlimmert hatte, daß Lebensgefahr eintrat. Jetzt ist der bedauernswerte Mann, der sich in Anwaltskreisen großer Beliebtheit erfreute, gestorben, bevor das ärztliche Gutachten über seinen Geisteszustand fertiggestellt war.

Schwer verunglückt ist gestern vormittag der Arbeiter Erich Fisch aus der Fennstr. 45, der in der Kohlenstiftenfabrik von Gebrüder Siemens u. Ko. in der Herzbergstr. 128/137 zu Lichtenberg beschäftigt war. Als Fisch von einer Maschine den Treibriemen lösen wollte, wurde er von diesem erfaßt und im Bogen fortgeschleudert. Außer schweren inneren Verletzungen zog er sich bei dem Aufschlagen seines Körpers auf den Fußboden Brüche beider Arme und Beine zu. Mit einem Rünzelschen Krankenwagen wurde der Schwerverletzte nach der Charité gebracht.

Hinter die Kulissen kleiner Auskunfteien konnte man durch die Verhaftung des 24 Jahre alten früheren Handlungsgehilfen Hellmut Krach blicken. Obwohl dieser schon wiederholt vorbestraft ist, fand er bei einer kleinen Auskunftei Anstellung als Recherchеur. Er erhielt einen Tagelohn von drei Mark und hatte die Aufgabe, über Personen und Geschäfte, über die Auskunft gewünscht wurde, Erkundigungen einzuziehen. Da der junge Mann mit dem Verdienst von nur drei Mark täglich nicht auskam, so suchte er sich auf andere Weise Geld zu verschaffen. Wenn er irgendwo als Vertreter der Auskunftei vorsprach, so steckte er in einem unbewachten Augenblick was gerade zur Hand lag in die Tasche und verschwand damit. In vielen Fällen ließ er auch beim Hinausgehen Kleidungsstücke vom Flur mitgehen. Auf zahlreiche Anzeigen hin nahm ihn die Kriminalpolizei gestern im Bureau fest. Wie sich bei seiner Vernehmung herausstellte, hat er die gestohlenen Sachen immer zuerst versetzt und ist dann zum Geschäft gefahren, um hier seine „Auskunft" niederzuschreiben. Welchen Wert von solchen Personen eingezogene Erkundigungen über Familien- und Vermögensverhältnisse haben, erübrigt sich wohl anzuführen.

Ein Schutzmann gestochen. In der letzten Nacht spielte sich auf dem Gesundbrunnen ein Roheitsakt ab. Als die beiden Schutzleute Haack und Hinkelmann vom 9. Polizeirevier auf einem Patrouillengang durch die Bellermannstraße kamen, fanden sie gegen 2 Uhr morgens auf dem Bürgersteige vor dem Hause Nr. 9 einen älteren Mann in angetrunkenem Zustande liegen. Haack rüttelte den Mann auf, konnte ihn aber nicht bewegen, aufzustehen und weiterzugehen. Plötzlich bekam der Angetrunkene eine Art Tobsuchtsanfall. Er schlug mit den Händen und Füßen um sich und zog sein Taschenmesser, das er mit blinder Wut dem Schutzmann Haack in den Unterleib stach. Die Stichwunde war so tief, daß die Eingeweide hervortraten. Der Gestochene brach sofort zusammen. Unmittelbar darauf stürzte sich der Messerheld noch auf ihn und zerriß ihm den Waffenrock. Der Schutzmann Hinkelmann kam seinen Kollegen zuhilfe, zog seinen Säbel und versetzte dem Messerstecher zwei wuchtige Schläge über den Kopf. Erst dann konnte er überwältigt werden. Mit einer Automobildroschke wurden dann die Verletzten nach der Unfallstation in der Badstraße gebracht, wo sie die ersten Verbände erhielten. Der Schutzmann Haack mußte dann mit einem Krankenwagen nach dem Virchow-Krankenhaus transportiert werden. Sein Zustand ist bedenklich. Der Messerstecher wurde festgestellt als der 67 Jahre alte Kranzbinder Friedrich Voigt aus der Grünthaler Straße 71. Er fand als Polizeigefangener in der Charité Aufnahme. Sein Messer konnte am Tatort nicht mehr gefunden werden. Es ist wahrscheinlich von Straßenpassanten mitgenommen worden. Der schwerverletzte Schutzmann Haack steht im 36. Lebensjahre, ist verheiratet und Vater von zwei Kindern im Alter von 7 und 9 Jahren. Bei der Ueberführung der Verletzten nach der Unfallstation sammelte sich am Tatort eine größere Menschenmenge an, die die Partei des Angetrunkenen nahm und erst durch andere Beamte zerstreut wurde.

Verzweiflungstat eines Liebespaares. In einer Waldung nahe der Kolonie Hermsdorf versuchte gestern vormittag der 22jährige Baugewerksschüler Ernst Cramer aus Stettin seine Braut, das ebenfalls aus Stettin stammende 20jährige Hausmädchen Alma Voigt, zu erschießen; dann legte er Hand an sich selbst. Der Mann hatte eine Schußwunde hinter dem rechten Ohr, das Mädchen eine solche oberhalb der rechten Schläfe. Beide gaben nur noch schwache Lebenszeichen von sich. Bald erschienen auf Alarm Gendarmen mit einem Arzt an der Stelle; nachdem den Bewußtlosen Notverbände angelegt worden waren, schaffte man sie in das Reinickendorfer Krankenhaus. Zurzeit besteht wenig Hoffnung, sie am Leben zu erhalten. Cramer besuchte zuletzt in Greifswald die Baugewerkschule. Ueber Pfingsten reiste er nach seiner Heimat Stettin, um seine dort wohnende Braut zu besuchen. Mit ihr zusammen unternahm er dann eine Reise nach Berlin. Anscheinend haben beide ihr letztes Geld hier ausgegeben, denn man fand keinen Pfennig mehr in ihren Taschen. Cramer hat seine Braut anscheinend mit deren Einverständnis zu töten versucht. Darauf weist ein Zettel hin, der in der Handtasche der Voigt gefunden wurde und an die Mutter gerichtet war. „Verzeih mir," so schreibt das Mädchen, „daß ich Dir Kummer bereite. Ich konnte nicht anders handeln. Eine Bitte habe ich noch: daß ich zusammen in einem Grabe mit Ernst beerdigt werde." Es scheint, daß einer ehelichen Verbindung der beiden unübersteigliche Hindernisse im Wege standen. Cramer wird zurzeit im Krankenhause als Polizeigefangener gehalten. Sollte er wieder genesen, so wird er sich wegen versuchter Tötung verantworten müssen.

Empfindlich bestohlen wurde eine Kaufmannsfrau aus der Stromstraße 49. Während deren Wohnung nachmittags von 8 bis 9 Uhr unbeaufsichtigt gestanden hatte, wurde diese von Klingelfahrern heimgesucht. Die Einbrecher kantelten die Flurtür mit einem Nachschlüssel auf und erbrachen dann Schränke und Schubladen. Sie stahlen für über 1000 Mark Schmucksachen, wie Armbänder, Halsketten, Uhren, Kleider usw. und verschwanden damit unbemerkt. Entdeckt wurde der Einbruch erst, als die Frau abends von ihrem Ausgange zurückkehrte.

Wegen einer Gasvergiftung wurde am Mittwoch der 12. Zug nach der Lützowstr. 80 gerufen. Dort schwebte ein Kassenbeamter in höchster Lebensgefahr. Es gelang den Samaritern der Wehr durch Einflößen von Sauerstoff und andere Mitteln den Mann zu retten.

Arbeiter-Bildungsschule, Grenadierstraße 37. Der Unterricht im Gewerkschaftswesen fällt an diesem Freitag aus. Wann derselbe nachgeholt wird, soll später bekanntgegeben werden.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln.

Ueber die Gültigkeit der Stadtverordnetenwahlen wird die heute nachmittag 5 Uhr im Sitzungssaale des Rathauses stattfindende Stadtverordnetenversammlung Beschluß fassen. Hierauf soll die Einführung der Neugewählten erfolgen. Bekanntlich konnte die vor acht Tagen tagende Versammlung nicht in die Beratung der Materie eintreten, weil die Beschlußunfähigkeit festgestellt wurde. Die heutige Versammlung kann, auch wenn die gleiche oder eine noch geringere Anzahl Stadtverordneten anwesend sind wie vor acht Tagen, die Tagesordnung der aufgehobenen Sitzung erledigen.

Eine Vereinigung zum Schutze der städtischen Park- und Gartenanlagen hat sich in Neukölln gebildet. Am Montagabend hatten sich einer Anregung des Magistrats zufolge zirka 200 Bürger im Stadtverordnetensitzungssaal unter Vorsitz des Dezernenten der städtischen Gartendeputation zu einer Besprechung zusammengefunden. Der Dezernent erörterte den Zweck und die Ziele der eingeleiteten Bestrebungen und hob insbesondere hervor, daß die Mitglieder einen erziehlichen Einfluß auf die Bürgerschaft ausüben sollten. Trotzdem das Wächterpersonal in der Regel durch unmittelbare Verbote eine Beschädigung der Park- und Gartenanlagen zu verhindern sucht, sei es doch häufig zu beobachten, daß Personen, und zwar Erwachsene und Kinder, rücksichtslos Rasenstreifen und dergleichen betreten, wenn das Wächterpersonal den Rücken gewendet hat. In der Regel nehme die Bürgerschaft von solchen Handlungen keine Notiz, und so können Personen, welche nicht die erforderliche Selbsterziehung für das Allgemeingut in sich tragen, ihr Zerstörungswerk ungehindert betreiben. Aufgabe der Mitglieder dieser Vereinigung soll es nun sein, diese Lücke zu ergänzen. Es sei dies eine dankbare Aufgabe, die nicht nur zur Erhaltung der Anlagen beiträgt, sondern auch auf die Personen, welche bisher achtlos die Beschädigungen herbeigeführt haben, die erzieherische Wirkung nicht verfehlen werde. Später soll die Vereinigung noch ihr Augenmerk auf die Ausgestaltung der im Privateigentum befindlichen Vorgärten und Balkons richten und auch dort ihren Einfluß auf zweckmäßige und schöne Ausgestaltung geltend machen.

Charlottenburg.

Ueber „Religion und Sozialdemokratie" referierte am Dienstag vor einer gutbesuchten Versammlung im großen Saale des Volkshauses Genosse Emil Unger. An den mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine Diskussion, an der sich mehrere Genossen beteiligten. Genosse von Schock konnte sich mit der jetzigen Fassung des Paragraphen unseres Parteistatuts, der die Religion als Privatsache ansieht, nicht einverstanden erklären. Nachdem Genosse Unger diese Auffassung in seinem Schlußwort widerlegt und die Versammlung aufgefordert hatte, für die Aufklärung der Masse zu wirken, schloß Genosse Bade die Versammlung mit einem dreifachen begeisterten Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

Elternverein für freie Erziehung. Sonntag, den 9. d. M., findet ein großer Familienausflug nach Pichelswerder statt. Treffpunkt vormittags 9½ Uhr auf dem Reichskanzlerplatz. Abmarsch pünktlich 9¾ Uhr. Für Nachzügler zur Mittags- und Kaffeepause beim Alten Freund. Auch Nichtmitglieder und deren Kinder können an den Ausflügen teilnehmen.

Klein-Schönebeck—Fichtenau.

Einen unerwarteten Ausgang nahm in der letzten Sitzung ein Antrag des Schul- und Gemeindevorstandes, der auch als „Regierungsantrag" bezeichnet wurde, betreffend Erweiterung des Schulhauses in Fichtenau. Durch einen Beschluß der früheren Gemeindevertretung, der allerdings durch einen Druck „von oben" zustande gekommen sein soll, ist das Schulwesen in unserer Gemeinde vollständig zerrissen. Die Schaffung einer großen, den Anforderungen einigermaßen genügenden Volksschule für die ganze Gemeinde wurde damals abgelehnt und statt dessen in dem Ortsteil Klein-Schönebeck ein Schulbau für vier Klassen mit drei Lehrern, in Fichtenau eine solche für drei Klassen mit zwei Lehrern errichtet. Die Zersplitterung der Lehrkräfte mußte natürlich in kurzer Zeit zu einem unhaltbaren Zustand führen, wie man ihn vor den Toren Berlins eigentlich nicht antreffen sollte. Die Schule bildete deshalb beständig eine Quelle der Unzufriedenheit der Einwohnerschaft; in den meisten Fällen war sie sogar die Ursache des Abzugs von Arbeiterfamilien. Durch die Notwendigkeit der Errichtung einer vierten Klasse und Anstellung eines dritten Lehrers machte sich eine Erweiterung des Schulhauses in Fichtenau notwendig. Ein solcher Antrag lag nun vor, trotzdem vorauszusehen war, daß die Erweiterung des Schulhauses an dem unerträglichen Zustand nichts ändert. Dazu kommt, daß auch andere Ortsteile der Gemeinde (Gräzwalde, Hofenberge) sich in kürzester Zeit rapide entwickeln werden, so daß die Gefahr besteht, daß das jetzige Schulsystem auch auf diese Ortsteile verpflanzt werden muß und die Gemeinde dann drei oder vier Schulen besitzt, von denen nicht eine den an eine gute Volksschule gestellten Ansprüchen genügt. Das veranlaßte unseren Genossen Tobias, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen, dagegen die Errichtung einer in der Mitte der Gemeinde belegenen großen, mindestens siebenklassigen Schule zu fordern und die Verwendung der bisherigen Schulhäuser zu anderen Zwecken zu beantragen. Gegen diesen Antrag, der auch von dem Vertreter der Bürgerlichen, Herrn Schramm, unterstützt wurde, wandte sich der Gemeindevorsteher. Mit Händen und Füßen sträubte er sich gegen die vollständige Umwälzung des bisherigen Schulsystems. Der Antrag entziehe nicht nur zwei neue Schulhäuser ihrer Bestimmung und verursache der Gemeinde große Kosten, sondern sei auch geeignet, den notwendigen Ausbau der Schule in Fichtenau zu verzögern, ohne auf Genehmigung rechnen zu können. Genosse Tobias erwiderte, daß es besser sei, die zwei Schulbauten ihrer Bestimmung zu entziehen, als die Verantwortung für das Fortbestehen eines Schulsystems zu tragen, das den Kindern der arbeitenden Bevölkerung unabsehbaren Schaden zufüge. Hierauf schlossen sich auch die bürgerlichen Vertreter bis auf einen und den Schöffen Funke dem Antrage unserer Genossen an. Das Resultat war die Ablehnung des „Regierungsantrages" gegen drei Stimmen. Es soll nunmehr — wegen der Tragweite des Antrages unserer Genossen — die Einwohnerschaft befragt werden. Die Antwort der aufgeklärten Arbeiterschaft kann nur lauten: Schaffung einer guten Volksschule! Diese Forderung darf auch nicht an den Kosten scheitern. Sonst ist aus der reichhaltigen Tagesordnung noch zu erwähnen, daß zur Verlängerung der Kaiser-Wilhelm-Straße in der Seestraße Grunderwerb und die Einleitung des Enteignungsverfahrens wegen zweier Grundstücke in der Parkstraße beschlossen wurde.

Adlershof.

Das Gewerkschaftsfest findet am 7. Juli in Wöllsteins Lustgarten statt. Durch Mitwirkung des Berliner Sinfonie-Orchesters unter

Leitung von Maximilian Fischer sowie durch Darbietungen des Gesangvereins „Frohsinn" und des Arbeiter-Turnvereins stehen den Teilnehmern einige genußreiche Stunden bevor.

Billetts sind bei den Funktionären der Gewerkschaft und der Partei zu haben.

Spandau.

Die Ermittelungen wegen des Diebstahls an Konstruktionszeichnungen aus dem Artilleriedepot in der Breiten Straße haben zu einem greifbaren Ergebnis noch nicht geführt. Gestern versuchte man den Tätern mit Zuhilfenahme von Fingerabdrücken auf die Spur zu kommen, die auf Aktenmappen in dem Schrank vorgefunden wurden und die vermutlich von dem oder den Spitzbuben herrührten. Sie waren aber schon erheblich verwischt und nutzten nichts mehr für die Untersuchung. Auch ist versucht worden, durch Besichtigung der Schlösser von Sachverständigen festzustellen, mit welchen Instrumenten die Türen geöffnet worden sind; auch hierbei wurde kein sicheres Ergebnis erzielt. Die Zeichnungen waren erst vor 14 Tagen von außerhalb eingetroffen.

Beide Beine abgefahren. Auf dem Verschiebebahnhof in Wustermark verunglückte gestern der 26jährige Rangierer Wegener dadurch, daß er zu Fall kam und ihm beide Beine abgefahren wurden. Wegener, der verheiratet und in der vergangenen Woche Vater von Zwillingen geworden ist, wurde in das hiesige Krankenhaus geschafft.

Notawes.

Die Babelsberger Straße, die wegen des miserablen Pflasters sowohl bei den Fuhrwerksbesitzern wie Radfahrern bisher im schlechtesten Rufe stand, wird jetzt auf Kosten der Gemeinde neu reguliert. Der Bürgersteig, der eine breitere Mosaikbahn erhalten hat, ist bereits bis zur Gemeindegrenze in der Nähe der Mühlenhäuser fertiggestellt. Der Fahrdamm erhält Reihenpflaster aus Granitsteinen und längs des Bürgersteiges eine etwa 45 Zentimeter breite, aus Kupferschlackensteinen bestehende Fahrbahn für Radfahrer. Hoffentlich läßt der Eisenbahnfiskus die Neupflasterung des übrigen Teils der Straße auch bald in Angriff nehmen, damit die seit Jahren erhobenen Klagen endlich einmal verstummen.

Vermißt wird seit Freitag, den 31. Mai, der 37 Jahre alte verheiratete Jalousiearbeiter Gustav Stemmer aus der Wilhelmstraße. Er war bekleidet mit schwarzem steifen Hut, grünem Radfahrerjackett, dunkelgestreifter Hose und schwarzen Schnürstiefeln. Besonderes Kennzeichen: Fehlen des Zeigefingers an der rechten Hand. St., der bis vor kurzem Mitinhaber einer Jalousiewerkstatt in der Grenzstraße war, erhielt wegen Verlustes des Zeigefingers eine einmalige Unfallentschädigung von 700 M. ausgezahlt, mit denen er sich eine andere Existenz gründen wollte. Infolge Arbeitslosigkeit schrumpfte die Summe auf 600 M. zusammen. Das Geld hatte der Vermißte bei sich. Mitteilungen über den Verbleib des Vermißten nimmt die hiesige Polizeibehörde, sowie die Ehefrau, Wilhelmstr. 66, entgegen.

Aus aller Welt.

Die Turner und die olympischen Spiele.

Die olympischen Spiele, die in Stockholm stattfinden, und deren Arrangement wir bereits in Nr. 93 des „Vorwärts" kritisierten, werden jetzt sogar von denen einer herben Kritik unterzogen, die anfangs sich an diesem internationalen Rummel zur Vergnügung der sensationslüsternen Lebewelt beteiligen wollten. Die Deutsche Turnerschaft, die erst einen hohen Lobgesang auf die Spiele angestimmt hat, speit jetzt Gift und Galle über die Veranstaltung. Ursache? Ihren Mannen, die sie nach Stockholm schicken wollte, hat die Leitung der olympischen Spiele angeblich nicht das Entgegenkommen bewiesen, das nach Meinung der teutschen Turner zur Rettung des Ansehens der teutschen Turnerei nötig gewesen wäre. Nur 45 Minuten hat man ihnen zur Verfügung gestellt, „die zur vollen Entwickelung des Charakters unseres deutschen Turnens nicht genügen konnten und uns, da wir doch nur unsere besten Mannschaften entsenden konnten, wahrscheinlich wieder dem schwedischen Turnen gegenüber den Vorwurf der Gipfelturnerei und des Kunststückemachens eingetragen hätte." So begründete der Vorsitzende der Deutschen Turnerschaft Dr. Goetz-Leipzig den Beschluß, die olympischen Spiele nicht zu beschicken.

Diese ablehnende Stellungnahme des Vorstandes der Deutschen Turnerschaft fand aber nicht die Billigung aller ihrer Mitglieder. Einige Kreise zeigten Lust, auf eigene Faust ihre Mannen nach Stockholm zu senden. Das wäre natürlich eine schöne Blamage für die Deutsche Turnerschaft. Die „Deutsche Turn-Zeitung" gibt sich darum redlich Mühe, die oppositionellen Geister zu beschwichtigen. Dr. Goetz nennt die Spiele internationale Unternehmungen mit „sehr zweifelhaftem Nutzen" und „großen Schattenseiten". Und einer seiner Getreuen namens Thumm, erinnert an die kühle Aufnahme, die die deutschen Turner bei den olympischen Spielen in London (1908) durch das Publikum gefunden haben. Obgleich sie den ersten Preis erlangten, waren während der Vorführung der deutschen Turner in dem für 7000 Personen berechneten Zuschauerraum kaum 150 Zuschauer. Und als die Wettkämpfer an der königlichen Loge vorüberzogen, wurden die unseren Turnern voraufmarschierenden Franzosen von der Tribüne stürmisch begrüßt, die nachfolgenden deutschen Turner aber, die in straffem, elastischem Schritt, gleichmäßig und schmuck gekleidet, einhermarschierten, mit eisigem Schweigen betrachtet."

So mußten die deutschen Turner für die Dummheiten der deutschen Regierung büßen. Verdient hatten sie die Strafe zwar denn die Turner der Deutschen Turnerschaft zählen sich bekanntlich zu jenen politischen Kreisen, die mit der deutschen Regierung durch dick und dünn gehen. Und da diese auch gegenwärtig im internationalen Konzert der Mächte keine rühmliche Rolle spielt, so graut's den Vertretern der „deutsch-völkischen Eigenart" schon jetzt vor dem Empfang, den ihnen die internationale Welt in Stockholm bereiten dürfte.

Selbst so scheinbar unpolitische und harmlose internationale Zusammenkünfte des Bürgertums, wie diese olympischen Spiele es sind, müssen dazu beitragen, die weltpolitische Situation zu verschärfen!

Neu-Byzanz.

Der Hurrapatriotismus hat ein neues Betätigungsfeld gefunden. Jeder nationale Mann und dito Weiblein muß mindestens seinen Silbergroschen für die Nationalflugspende geleistet haben. Deutschland steht vor seiner Zerschmetterung, wenn nicht binnen kurzem eine Fliegerbrigade geschaffen wird. In der Luft liegt des Vaterlandes Zukunft! Und wo Flugapparate sind, müssen natürlich auch Flugfelder errichtet werden. Wie Pilze schießen sie denn auch allerorten empor. Jede Stadt in Neu-Byzanz muß seinen eigenen Flugplatz haben, und wozu besser könnten denn auch kommunale Mittel verwendet werden, als zur Unterstützung der Flugzeugindustrie. Dem Zuge der Zeit folgend, haben auch die Nachbargemeinden Herne und Wanne einen Flugplatz errichtet. An den Eröffnungsfeierlichkeiten die rechte Weihe zu geben, war die Erbprinzessin von Meiningen, eine geborene Hohenzollern, eingeladen und erschienen. Manch braves Patriotenherz schlug schneller, als es die Einladung zu dem anschließenden Festessen erhielt. War man doch gewissermaßen hoffähig geworden. Mit ganz besonderer Sorgfalt wurde der schwarze Gehrock, das Attribut deutschen Bürgersinnes, gebürstet und die Ofenesse aufgebügelt. Doch schwarze Gehröcke scheinen Prinzessinnen ein Greuel zu sein. So nahe dem Lande der Erfüllung wurden alle die abgewiesen, die es wagten, im Gehrock zu erscheinen. Nur Befrackte fanden Gnade vor den Augen der Arrangeure. Und weil nun einmal der Bratenrock verpönt ist, wurde auch sonst alles getan, um die leibhaftige Prinzessin vor dem Anblick eines solchen zu bewahren. Bei dem Feste wirkte eine Sängerschar mit, deren Angehörige zum Teil im Gehrock erschienen. Doch der Kluge hilft sich immer! Man ließ einfach den Vorhang der Bühne herab und die Sänger schmetterten ihr Gott grüße Dich! hinter dem Vorhang. Und schön war's doch!

Automobilistenlyrik.

Im „Hamburger Fremdenblatt" schildert ein Herr Kurt Küchler mit lyrischem Schwung den Verlauf einer Automobilraserei, die dieser Tage durch Nordwestdeutschland stattfand. In seiner Sportbegeisterung versteigt sich der Herr zu folgendem wundervollen Bilde:

„Beim Start auf dem Marstallhof in Schwerin war der Großherzog anwesend. Als leidenschaftlicher Automobilist — man weiß, daß er das Automobil am Gmundener Welfenhof eingeführt hat — musterte er mit durchdringendem Fürstenblick die 33 Maschinen, die von 38 noch in der Konkurrenz sind und verweilte auch ein paar Minuten lang vor unserem Wagen in lebhaftem Gespräch mit unserem Fahrer, der von Staub und Wind so heiser ist, daß seine Stimme dem Großherzog ins Gesicht fauchte, wie brüchiges Motorgeräusch."

Großartig! Man merkt förmlich den Benzingeruch!

Spitzelfonds.

Ein vom Auswärtigen Amt in London eben veröffentlichtes „Weißbuch" gibt einige interessante Angaben über die jährlichen Ausgaben, die die Großstaaten von Europa für geheime Dienste und Detektivarbeiten im In- und Auslande in ihren Budgets aussetzen. Oesterreich-Ungarn hat in den letzten drei Jahren je 1 250 000 M. verausgabt. Frankreich 800 000 M., Deutschland 1 164 500 M., England 1 000 000 M., Italien 2 416 000 M. Zuzüglich der 1 164 500 M., die in Deutschland jährlich für diese Zwecke reserviert sind, wurden in den letzten drei Jahren noch je 443 240 M. in Preußen, Sachsen und Württemberg für Geheimzwecke verwendet. Italien hat außer der angegebenen Riesensumme noch 696 000 M. für Polizeibelohnungen und 920 000 M. für Zwecke, die nicht näher angegeben sind, verausgabt. Rußland zahlte im Jahre 1900 7 600 000 M. „auf direkten Auftrag des Zaren"; außerdem aber noch die Kleinigkeit von 6 700 000 M. für nicht näher bezeichnete Polizeizwecke.

Die in allen Kulturstaaten in ein festes System gebrachte Geheimschnüffelei sichert so manchem Judas ein recht behagliches Leben. Das originellste ist dabei die doppelte Moral: was im eigenen Lande als Landesverrat gilt, ist anderen Staaten gegenüber eine verdienstvolle Tat.

Kleine Notizen.

Selbstmord einer Siebzehnjährigen. Auf der Bahnstrecke Neustadt-Dürkheim wurde die zerstückelte Leiche eines jungen Mädchens aufgefunden, die als die 17 Jahre alte Tochter des Maurermeisters Schaßner in Neustadt ermittelt worden ist. Das Mädchen hatte gegen den Willen der Eltern ein Tanzvergnügen besucht und war deshalb ausgescholten worden. Das scheint der Grund zum Selbstmord gewesen zu sein.

Verdorbenes Fleisch. In dem Orte Hay in Galizien sind 70 Personen nach dem Genuß des Fleisches einer Kuh unter schweren Vergiftungserscheinungen erkrankt. Zwei Kinder sind bereits gestorben. Der Fleischer, der das verdorbene Fleisch verkauft hat, wurde verhaftet. — In den böhmischen Gemeinden Reichenstein und Rehberg sind infolge Genusses verdorbener Fleischwaren 35 Personen, darunter eine lebensgefährlich, erkrankt.

Familientragödie. In einem Anfall von Delirium erschoß gestern in Marseille der Maurer Canepa mit seinem Revolver seine Frau und brachte darauf seiner älteren Tochter mit einem Dolchmesser so schwere Verletzungen bei, daß sie nach wenigen Minuten starb. Darauf versuchte sich der Mörder durch einen Revolverschuß selbst zu töten. Er wurde in hoffnungslosem Zustande ins Hospital gebracht.

Verband der Friseurgehilfen Deutschlands. Heute, Donnerstag, den 6. d. M., abends 9 Uhr, Rosenthaler Str. 11/12: Versammlung.

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde". Wanderfahrten am Sonntag, den 9. Juni 1912: I. Lehnitz—Dammsmühle—Gorinsee—Buch. Abf.: Stett. Vorortbahnh. Sonnabend 11.09 Uhr nachm. II. Birkenwerder—Gorinsee—Buch. Abf.: Stett. Vorortbahnh. 6.45 Uhr vorm. III. Frohnau—Hennigsdorf—Finkenkrug. Abf.: Stett. Vorortbahnh. 7.15 Uhr vorm. IV. Velten—Briesetang—Finkenkrug. Abf: Stett. Vorortbahnh. 5,58 Uhr vorm. V. Melchow—Samithsee—Melchow. Abf.: Stett. Vorortbahnhof 5.59 Uhr vorm. VI. Kaulsdorf—Pferdebucht—Köpenick. Abf.: Schles. Bahnh. 1.34 Uhr nachm. Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

M. 1. Die Zentrale für private Fürsorge in der Flottwellstr. 4 wird Ihnen gern Rat erteilen. — **F. B. 100.** Jawohl, wenden Sie sich an den Genossen Hinz, Prinzenstr. 66. — **R. R. 25.** Uns ist die Liste und auch deren Quelle nicht bekannt. — **E. R. 38.** Durch die Buchhandlung Vorwärts oder Ihren Zeitungsspediteur. — **E. 22.** Uns nicht bekannt. Sie erfahren es aber gewiß in der Botschaft, Unter den Linden 7. — **Glück auf.** Da die Reklamation verspätet, läßt sich nichts mehr tun. — **F. 150** und **F. 151.** Ja. — **Robert Klos.** Ihre Frau ist zahlungspflichtig. — **J. S. 49.** 1. 20 bis 80 M., je nach Einwohnerzahl der Heimatgemeinde. 2. Nein. — **Richard.** 1. Ihre Verurteilung wäre zu erwarten. 2. Nein. 3. 15 bis 25 M. — **H. M. 12.** Ja. — **G. Z. 34.** Für die Krankheitsdauer bis zu 14 Tagen steht Ihnen die Lohnforderung, nach Kürzung des Krankengeldes, zu. — **Neukölln 11.** Ihre Frau ist zur Zahlung der Kirchensteuer verpflichtet; Sie persönlich haften nicht. — **46 Z.** Ja, falls Sie dadurch ein Fünftel Ihres Jahreseinkommens eingebüßt haben. Sie müssen an den Vorsitzenden der Veranlagungskommission einen Antrag richten. — **E. B. Nkn.** 1. Nein. 2 Erst nach dem Ableben des Schwiegervaters. — **A. Z. 29.** An den Zwangsverwalter. — **A. W. 1878.** Ja, falls im Tarif nichts anderes bestimmt ist. — **A. M. 13.** Nein. — **R. L. 18.** Nein. — **Rudow 36.** Sie können Schadenersatz fordern. — **95 O. T.** Ja. — **R. 2.** Falls Ihr Schwiegersohn und die Schwägerin ihre Behauptungen beweisen können, sind Sie zur Herausgabe verpflichtet. — **F. R. 12.** An das Amtsgericht, in dessen Bezirk der Onkel seinen letzten Wohnsitz gehabt hat. — **G. 25.** Ein Anspruch besteht nicht, falls Ihre Schwiegermutter nicht selbst versichert ist. Der Antrag ist beim Magistrat anzubringen. — **A. D. 100.** Ja. — **Stargard, Pomm.** 1. Nein. 2. Möglich.

J. W. 50. 1. Falls Arbeitsunfähigkeit vorlag, ja, auf Krankengeld bei der betreffenden Kasse. 2. Bei dem Magistrat unter Ueberreichung der Aufrechnungsbescheinigungen und der letzten Karte. — **100. West-Reinickendorf.** Oktober 1874. — **E. W. 500.** Als gesetzliche Empfängniszeit gilt die Zeit von dem 181. bis zum 302. Tage vor dem Tage der Geburt des Kindes, mit Einschluß sowohl des 181. als des 302. Tages. — **E. M. 100.** 1. Abhängig vom Inhalt der Versicherungsbedingungen und von der Versicherungsart. 2. Nur für ein Versicherungsjahr. — **R. W. 4718.** Nein. — **M. K. 11.** 1. Ja. 2. Zur Doppelzahlung sind Sie nur dann verpflichtet, wenn Sie am 1. April in Berlin angemeldet sind. — **„Tombady" X.** 1. Kann nicht empfohlen werden. 2. Vorladung zur Auskunftserteilung ist zu erwarten. 3. Ja. — **F. F. 5.** Ja. — **H. L. 25.** Ja, sofern Sie spätestens am 1. November vorigen Jahres in Arbeit getreten sind. — **E. L.** Ja. — **R. L. 13.** Nein. — **Hermsdorf 10.** Das Strafmandat ist an sich begründet; es ist jedoch möglich, daß auf Einspruch hin eine Ermäßigung stattfindet, die aber durch die Gerichtskosten aufgehoben würde. — **M. B. 20.** 1. Etwa 10 M. 2. So lange die Mutter bedürftig ist und Sie zahlungsfähig sind. — **Badeort 897.** Unseres Erachtens ja. Das ist nicht ausdrücklich im Gesetz festgelegt; die Rechtsprechung nimmt aber in neuerer Zeit mit Recht den Standpunkt ein, daß das einen Teil des vereinbarten Lohnes darstellt. — **H. S. 58.** Dagegen läßt sich nichts tun. — **H. R. 14.** Ja, sobald die Mutter im Sinne des Gesetzes erwerbsunfähig wird. — **W. H. 25.** Ja, sofern das Kind lebend geboren ist.

Eingegangene Druckschriften.

Die Prostatahypertrophie von Dr. med. W. Karo. 1,60 M. O. Coblentz, Berlin W. 30.

Marktbericht von Berlin am 4. Juni 1912. nach Ermittelung des königl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 30,00—56,00. Linsen 40,00—80,00. Kartoffeln (Kleinhdl.) 8,00—13,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,60. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,50—2,60. Hammelfleisch 1,80—2,80. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,00—4,80. 1 Kilogramm Karpfen 1,20—2,20. Aale 1,60—3,20. Zander 1,60—4,00. Hechte 1,60—3,20. Barsche 1,00—2,00. Schleie 1,40—4,00. Bleie 0,80—1,60. 60 Stück Krebse 4,00—40,00.

Witterungsübersicht vom 5. Juni 1912.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	758	SO	4	bedeckt	16	Haparanda	761	N	4	heiter	9
Hamburg	755	SSO	3	Regen	15	Petersburg	758	WSW	1	bedeckt	11
Berlin	759	S	1	bedeckt	14	Scilly	750	Still		wolkig	12
Frankf. a. M.	757	SW	6	wolkig	14	Aberdeen	754	NNO	4	bedeckt	11
München	760	SO	2	bedeckt	16	Paris	756	SW	4	heiter	23?
Wien	759	SO	1	wolkenl.	16						

Wetterprognose für Donnerstag, den 6. Juni 1912.

Ziemlich warm und zeitweise heiter, aber sehr veränderlich bei lebhaften südwestlichen Winden, etwas Regen und Gewitterneigung.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 4. 6. cm	seit 3. 6. cm¹)	Wasserstand	am 4. 6. cm	seit 3. 6. cm¹)
Memel, Tilsit	137	+1	Saale, Grochlitz	64	+6
Pregel, Insterburg	−37	−6	Havel, Spandau²)	32	−4
Weichsel, Thorn	336²)	+2	„ Rathenow²)	12	−4
Oder, Ratibor	154	−10	Spree, Spremberg²)	68	−2
„ Krossen	296	−7	„ Beeskow	83	−1
„ Frankfurt	224	+9	Weser, Münden	130	+15
Warthe, Schrimm	34	+2	„ Minden	196	−2
„ Landsberg	−12	−1	Rhein, Maximiliansau	506	−6
Netze, Vordamm	1	+1	„ Kaub	272	−6
Elbe, Leitmeritz	−38	−4	„ Köln	259	−4
„ Dresden	−152	−7	Neckar, Heilbronn	45	−15
„ Barby	98	−10	Main, Hanau	119	0
„ Magdeburg	90	−8	Mosel, Trier	34	+3

¹) + bedeutet Wuchs, — Fall. — ²) Unterpegel, ³) höchster Wasserstand: 346 cm am 3. zwischen 4 Uhr nachm. und Mitternacht.

Große Fernsicht

hat man mit unserem **Fernrohr „Planet".** Planet ist kein Spielzeug, sondern ein wirklich brauchb. Instrument m. 4 scharf. Linsen mit ca. 10× Vergrößerg. und 3 Auszügen. Planet leistet auch auf weite Entfernungen vorzügliche Dienste, daher für Reise, Jagd, Ausflüge bestens zu empfehlen. Preis per Stück ℳ 3.25, Porto 50 ₰ extra, bei Vorhereinsend., auch Briefm. od. Nachnahme

Ein Versuch ist für Sie völlig kostenlos. Sofort nach Eingang Ihrer Bestellung erhalten Sie unser Fernrohr auf 14 Tage Probezeit zugesandt. Bei Nichtgefallen senden Betrag zurück.

Preiskatalog

über Optik, Stahlwaren und Waffen gratis an jedermann.

Kirberg & Cie., Foche 6 b. Solingen

Spezialversandhaus in Optik usw. (Gegr. 1889.)

Kavon-Seife

ganz ohne Soda!!

eine neuartige Haushaltseife von fabelhafter Waschkraft.

Stück 20 Pf.

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, den 6. Juni.

Anfang 7½ Uhr.

Kgl. Opernhaus. Königskinder.
Kgl. Schauspielhaus. Kolberg.
Prater. O diese Berliner.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Durch Dänemark und Südschweden.
Deutsches. Daha.
Kammerspiele. Mein Freund Teddy.
Lessing. Die Fledermaus.
Komische Oper. Heiligenwald.
Westen. Die schöne Helena.
Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Kurfürstenoper. Der Tanzanwalt.
Neues Schauspielhaus. Parkettsitz Nr. 10.
Neues. Der liebe Augustin.
Residenz. Alles für die Firma.
Lustspielhaus. So'n Windhund.
Berliner. Große Rosinen.
Schiller O. Nachruhm.
Schiller-Charlottenburg. Die Lokalbahn. Die Medaille.
Neues Operetten. Der Kongreß von Sevilla.
Rose. Der Pfarrer von Kirchfeld.
Thalia. Autoliebchen.
Kleines. Der Unverschämte. Der Arzt seiner Ehre. Der Herr mit der grünen Krawatte.
Metropol. Schwindelmeier u. Co.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Sanatorium Sonnenstich.

Anfang 8¼ Uhr.

Friedr.-Wilh. Schauspielhaus. Die keusche Susanne.
Folies Caprice. Der Polizeihund.
Walhalla. Um eine Krone.

Anfang 8.20 Uhr.

Luisen. Schwester Carmen.

Anfang 8½ Uhr.

Neues Volkstheater. Der Königsleutnant.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.
Sternwarte. Invalidenstr. 57—62.

Berliner Theater.

Abends 8 Uhr:
Große Rosinen.

Theater in der Königgrätzer Straße

Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.

Theater des Westens

Abends 8 Uhr:
Die schöne Helena.

Schiller-Theater O.

Wallner-Theater.

Donnerstag, abends 8 Uhr:
Nachruhm.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Gefährtin — Paracelsus. Der grüne Kakadu.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Nachruhm.

Schiller-Theater

Charlottenburg.

Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Lokalbahn.
Hierauf: **Die Medaille.**
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Probepfeil.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Gräfin Lea.

Neues Theater.

Abends 8 Uhr:
Der liebe Augustin.
Operette von Leo Fall.

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander.

8 Uhr:
Alles für die Firma.
Schwank in 3 Akten von M. Hennequin und G. Mitchell.
Morgen u. folgende Tage: **Alles für die Firma.**

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Anfang 8 Uhr.
Auf der Gartenbühne: Die große Jahresrevue: **Juhu! Es ist erreicht.**

LUNA PARK

Die Zentrale der Attraktionen Berlins.
U. a.:
Kongo, kolossale Völkerschau.
Entree 50 Pf.
Bis 6 Uhr Zwergstadt frei!

Königstadt-Kasino.

Herrliches Sommer-Theater.
Täglich abends ½8 Uhr, Sonntags ½5 Uhr: Vorstellung **(Theater und Varieté).** Vom 1. bis 16. Juni **8 Spezialglanznummern u. Paulas Beichte.** Gr. Operettenburl. v. W. Gericke.

Apollo Theater

Ab 8 Uhr
Vollständig neues Programm!
10 große Attraktionen.
Raffagettes, Wunderhunde.
Paul Beckers.

Voigt-Theater.

Gesundbrunnen Badstraße 58.
Heute sowie täglich:
Die Tochter der Hexe
Gr. rom. Ausstattungsstück m. Tanz und Gesang in 5 Bildern.
Neue Beleuchtungseffekte usw. usw. u. d. große Spezialitäten-Programm.
Kassenöffnung 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.

IKLA

Intern. Kongreß Lebender Abnormitäten.
Die größte Ausstellung
lebender Naturwunder
von 10 bis 10 Uhr
in den Gesamträumen des
Passage-Panoptikums.
Eintritt, alles inkl. Kinder, Solo. 25 Pf. **50 Pf.**

Hagenbeck's INDIEN BERLIN

Tempelhofer · Feld.
Täglich:
Gr. Vorstellungen
von 11 Uhr vorm. bis 10 Uhr abends geöffnet.
Entree 50 Pf.
Res. Sitzplätze: Loge 2 M.
I. Tribüne 1,50 M.
II. Tribüne 1,— M.

Haus- und Wohnungsbau-Ausstellung
von Bedarfsartikeln für den städtischen Hausbesitz, vom 4. Mai bis 12. Juni 1912, Berlin
Ausstellungshallen am Zoo
Täglich Konzert der Elitekapelle unter Leitung des kgl. Musikdirektors **Mahlmann.**
Entree 1 M.

Union-Theater

Nur noch heute und morgen!

„Russische Rache"
Licht-Kunst-Spiel in 3 Akten mit Charlotte Wiehé in d. Hauptrolle.

An Dalmatiens herrlichen Gestaden.
Das Panorama an der Adria.

Wer ist der Schuldige
Schauspiel in 2 Akten.

Der Besuch d. Berliner Stadtväter in Wien.
usw. usw.

O., KOPPENSTRASSE 29.
AM FRANKFURTER TOR
Der Boxkampf
um die
Meisterschaft von Europa
zwischen
Charpentier und Sullivan.
Jeden Freitag:
Großer Volkstag!
Jeden Sonnabend:
Vollständig neues Programm.

Neue Welt

Amerikanischer Vergnügungspark.
Heute: Elite-Tag
mit großem Gala-Parade-Höhen- u. Fronten-Feuerwerk.
Konzerte und Spezialitätenvorstellung
erstklassiger Künstler.
Hochinteress. Attraktionen u. großart. Illumination.
Eintritt 50 Pf. Saisonkartenhefte a 30 Bl. 1,50 M.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab 4 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M., von abends 6 Uhr ab 50 Pf.; Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Jahres-Abonnements an allen drei Schalterkassen.

Metropol-Theater.

Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet.
Schwindelmeier & Comp.
Phantastisch musikalische Komödie in 3 Akten aus dem Englischen völlig frei bearbeitet von F. Freund. Musik von R. Nelson. U. a. Tänze v. W. Bishop. In Szene gesetzt vom Dir. R. Schultz.

Admiralspalast

am Bahnhof Friedrichstraße,
z. Zeit einziger Eispalast Deutschlands
Allabendlich das sensationelle Eisballett **„Yvonne".**
Weltmeister **Bror Meyer.**
Bis 6 Uhr und nach 10½ Uhr abends halbe Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges
Wein- und Bier-Abteilung.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger
Zum Schluß neu:
Sanatorium Sonnenstich.
Burleske von Meysel.
Anfang Wochent. 8, Sonntags 7½ Uhr.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

---

21. Ziehung 5. Kl. 226. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 5. Juni 1912 vormittags.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

17 52 77 341 449 655 721 61 [1000] 93 867 964 **1**211 41 397 488 535 774 963 [500] **2**109 241 505 51 631 799 858 77 949 [1000] **3**027 64 75 [500] 425 503 700 19 [3000] 78 806 86 88 949 [1000] **4**012 199 686 [500] 775 [1000] 901 22 41 87 **5**073 [500] 269 316 413 [500] 47 [500] 94 793 [500] 876 **6**022 30 65 137 236 363 519 69 896 **7**037 40 62 174 [500] 75 310 11 484 620 796 850 901 97 **8**250 519 62 66 603 6 57 713 79 937 **9**090 121 466 525 697 704 [500] 30 79 [1000]
10046 497 545 90 670 74 710 889 **11**195 386 658 701 26 948 [1000] 89 [500] **12**014 67 117 **13**158 [500] 227 676 86 811 986 **14**123 39 267 326 422 661 [500] 728 829 80 903 86 **15**039 174 479 971 **16**136 58 300 84 428 [500] 55 666 94 773 831 65 76 **17**123 224 415 548 759 872 **18**046 127 203 619 26 90 761 800 2 19 **19**042 132 [3000] 606 51 904
20057 162 63 348 61 491 624 793 814 **21**281 312 41 85 631 757 833 978 **22**130 209 26 335 619 812 **23**035 62 332 583 614 18 79 705 859 **24**132 240 52 97 660 72 794 860 **25**007 228 96 [500] 391 531 86 611 724 808 93 **26**043 61 74 93 133 338 78 653 736 904 32 **27**030 31 79 129 [3000] 266 482 714 [1000] **28**222 504 74 635 790 834 **29**136 93 276 328 62 622 716 854 94 972
30387 [500] 581 949 **31**066 103 43 73 255 670 73 80 800 19 35 928 **32**005 168 205 16 373 425 95 593 [3000] 615 33 38 42 846 974 **33**027 86 215 324 445 60 [500] 858 70 [500] 695 743 [500] 893 **34**192 [1000] 237 633 850 967 **35**225 [500] 442 87 613 48 728 84 980 **36**072 143 360 [500] 444 656 72 948 **37**028 105 417 [500] 729 893 964 **38**446 765 894 **39**196 245 50 87 382 [500] 651 696 906
40061 [500] 113 306 [500] 477 530 610 616 39 [3000] 974 **41**225 338 505 40 797 905 [500] **42**116 20 239 380 521 22 41 609 827 50 944 **43**016 186 [1000] 204 6 35 [500] 340 514 44 45 683 793 880 **44**116 39 610 704 [1000] 46 663 911 **45**096 409 864 96 913 70 [500] **46**182 307 77 482 623 859 **47**096 450 [3000] 72 [1000] 510 699 701 50 **48**123 66 217 20 37 53 419 24 549 613 774 837 954 92 **49**023 68 112 48 82 341 48 673 795 821 41 918 91
50006 168 240 58 329 44 61 410 [500] 57 519 619 81 721 [500] 51 850 80 [3000] **51**041 292 401 72 851 81 90 [500] 667 754 848 987 **52**008 13 54 228 328 543 56 726 937 **53**047 136 296 331 51 496 578 607 31 708 **54**153 399 639 99 885 [1000] 965 **55**015 197 388 538 [1000] 854 78 [1000] 933 64 **56**162 466 537 [500] 61 642 709 51 884 98 [3000] **57**088 121 301 19 408 572 800 972 **58**035 [500] 184 273 85 310 407 508 97 684 89 [500] 821 37 60 912 **59**346 [3000] 512 643 [500] 83 98 880 932 37
60014 18 35 46 60 108 421 603 8 42 89 680 720 43 900 [500] 56 75 **61**104 43 58 70 [1000] 336 [10000] 401 579 99 [3000] **62**038 302 70 [3000] 556 711 895 930 48 [500] 58 **63**327 45 61 445 [500] 82 681 810 921 **64**105 68 74 213 354 76 88 93 954 91 **65**008 22 282 412 52 612 60 713 **66**025 463 656 704 22 **67**101 385 439 591 752 906 52 **68**183 [500] 274 319 [500] 56 653 756 72 95 **69**073 387 [500] 620 837 948
70031 101 44 224 49 61 305 49 67 87 537 639 843 71 908 **71**086 115 283 329 [500] 58 78 434 528 680 [500] 752 994 **72**088 97 394 425 620 26 757 91 **73**029 50 124 205 353 524 57 633 709 817 88 901 **74**064 107 220 30 302 7 421 37 70 92 956 [500] **75**121 305 [1000] 553 60 91 760 **76**462 551 89 692 716 870 94 **77**023 [500] 310 [3000] 407 95 633 66 72 [3000] 708 964 **78**231 682 921 47 85 90 **79**112 26 56 213 303 22 [500] 472 78 509 29 720 32 70 858 84
80111 296 330 [1000] 405 97 [500] 609 49 [500] 783 891 **81**011 40 [3000] 244 50 613 58 885 99 **82**113 65 348 488 941 **83**182 232 55 429 99 617 718 19 98 849 70 **84**011 19 218 420 43 529 730 895 [500] 962 **85**001 193 [500] 222 45 393 564 851 [1000] 86 92 [500] **86**062 230 42 312 682 93 873 **87**038 272 305 44 548 613 873 947 **88**014 [1000] 254 342 405 [1000] 84 53 [1000] 664 70 71 86 704 33 803 **89**201 320 [1000] 473 [3000] 819
90314 35 [1000] 66 92 493 601 12 35 61 99 769 981 **91**149 61 84 351 72 405 29 563 649 784 924 41 70 **92**260 306 33 417 66 857 **93**089 114 352 402 658 68 700 **94**201 366 [500] 425 [500] 59 98 [1000] 783 815 997 **95**244 60 370 466 652 [3000] 767 [500] 819 60 966 **96**032 133 230 372 536 [1000] 610 **97**038 60 98 112 233 307 43 610 767 868 931 **98**008 77 262 318 589 [3000] 629 792 [500] 839 **99**094 101 50 62 362 57 769 866 89 964
100006 15 97 251 351 523 34 64 630 947 **101**040 43 64 133 269 352 725 29 804 906 90 **102**063 96 129 717 912 [500] **103**060 100 68 234 56 467 [500] 755 877 **104**093 106 28 632 47 914 **105**033 77 [3000] 139 287 337 422 645 727 **106**059 194 298 395 504 605 89 90 [1000] 745 59 **107**062 344 62 77 551 742 879 [1000] **108**109 224 55 841 97 410 559 919 **109**024 145 67 91 214 31 563 625 90 713 807 30 92 935 [3000] 37
110014 276 [500] 538 56 713 909 77 **111**412 81 93 582 730 66 804 942 **112**250 67 97 517 35 682 787 825 944 90 **113**115 59 83 200 61 333 75 467 561 [500] 986 **114**047 52 57 66 130 239 71 318 443 530 637 713 **115**083 291 343 567 832 42 57 **116**033 102 509 665 919 [500] **117**135 86 203 67 [1000] 95 539 47 756 **118**110 200 301 421 759 814 **119**543 66 99 755 853
120186 231 346 433 583 761 [500] **121**183 204 80 308 561 688 754 87 830 916 **122**230 35 96 407 12 593 723 94 **123**092 219 [3000] 46 307 24 59 627 29 944 86 **124**189 254 87 332 [500] 496 596 733 939 **125**231 66 354 [500] 405 511 907 12 **126**110 [1000] 200 346 85 506 734 62 902 40 [3000] **127**019 [500] 250 539 616 769 963 **128**031 357 428 [1000] 534 974 85 **129**029 50 134 235 370 486 527 745 974
130096 322 [500] 610 35 504 64 907 **131**007 14 66 250 388 413 630 840 927 35 88 **132**088 149 [500] 283 379 405 866 908 **133**001 56 59 170 256 [500] 424 95 616 832 43 69 95 [500] **134**006 104 [3000] 303 28 475 [500] 513 99 685 710 62 343 63 89 992 **135**137 241 48 465 601 822 69 929 83 **136**225 436 770 91 867 96 927 **137**035 136 [500] 349 53 69 432 506 603 729 30 807 963 **138**038 78 238 337 74 413 618 80 [1000] 62 764 903 **139**155 207 26 324 561 [1000] 89 610 74 [500] 91
140200 367 423 52 586 616 80 **141**223 68 394 [1000] 552 662 98 814 87 98 [500] 907 **142**036 42 50 [3000] 120 270 322 479 576 [500] 97 603 33 45 86 87 788 92 **143**315 56 693 **144**158 81 306 29 62 [3000] 448 852 [1000] 943 50 **145**169 83 329 95 506 16 99 605 828 [3000] 935 93 **146**188 96 216 612 949 **147**110 59 66 218 343 [500] 416 660 66 **148**011 115 [1000] 38 319 [500] 63 524 51 674 840 52 [1000] 72 86 91 949 [500] **149**029 66 110 218 85 [500] 419 516 679 878 [3000]
150042 381 498 516 812 19 906 **151**043 [1000] 56 [1000] 152 63 327 460 577 610 [1000] 878 **152**087 255 400 66 529 772 880 **153**040 64 329 408 53 535 92 629 709 11 885 907 **154**001 99 [500] 229 371 618 745 58 71 87 867 928 71 **155**251 329 476 93 [500] 694 713 23 699 **156**002 [500] 134 359 81 548 87 621 33 708 [3000] 810 27 **157**065 67 176 80 229 382 469 751 864 964 90 95 **158**037 189 229 570 80 766 822 967 **159**111 48 69 285 94 652 761 [1000] 76 889 911 41 72 78 [1000]
160034 40 54 212 75 545 [1000] 806 908 19 **161**064 186 [500] 260 354 [500] 90 [500] 609 76 739 48 81 88 910 **162**066 148 553 605 50 720 72 91 861 [3000] 64 959 **163**076 175 406 16 35 726 909 69 **164**284 351 406 11 [3000] 40 639 889 **165**005 19 131 36 92 [500] 292 362 [3000] 71 437 64 [500] 618 940 **166**013 44 87 430 95 509 72 742 75 886 974 **167**021 116 71 396 649 83 726 **168**082 259 441 611 48 91 [500] 700 10 93 883 **169**074 125 204 79 291 621 838 971 93
170052 119 29 226 95 339 68 401 [3000] 25 [500] 566 722 50 846 987 92 **171**101 76 202 67 92 808 668 83 733 [1000] 49 660 72 **172**011 15 24 226 [500] 372 601 963 **173**025 230 45 304 [1000] 86 421 526 28 611 [500] 821 27 935 **174**467 528 32 36 658 715 883 **175**010 60 315 729 845 925 **176**038 57 100 70 264 71 78 [500] 347 [500] 412 504 866 83 946 90 **177**021 49 [500] 395 425 48 537 715 961 78 **178**011 20 35 432 83 99 528 62 643 756 826 84 95 [1000] 922 **179**127 265 395 461 514 30 783 90 933
180027 110 302 417 65 637 61 728 57 [500] 92 901 37 59 **181**066 [1000] 136 224 57 84 320 573 678 [1000] 830 **182**016 118 36 [1000] 261 [1000] 84 502 591 748 873 999 **183**323 412 83 650 65 [500] **184**112 47 282 626 832 **185**088 94 [500] 139 308 409 80 578 659 876 **186**187 234 511 692 722 46 74 [1000] **187**009 71 74 253 322 446 [1000] 528 805 70 907 15 99 **188**260 612 38 805 48 92 [500] 93 **189**078 139 361 467 [500] 574 799 971 93

---

21. Ziehung 5. Kl. 226. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 5. Juni 1912 nachmittags.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

65 104 68 97 207 501 62 **1**332 816 22 **2**068 134 312 64 405 12 535 898 **3**042 115 67 214 609 **4**010 82 138 81 553 832 **5**006 112 488 528 43 74 838 **6**002 8 142 670 75 893 982 **7**155 350 519 29 57 857 69 **8**106 224 361 453 510 784 810 **9**103 214 692 [500] 709 866 962
10524 667 54 878 85 [1000] **11**145 62 211 353 441 777 [1000] 82 [500] **12**024 348 58 65 952 **13**248 301 440 524 602 93 736 56 **14**058 524 519 **15**138 788 **16**095 313 470 623 85 813 **17**037 54 354 534 [1000] 723 863 **18**061 262 320 411 37 865 97 [500] **19**014 40 67 230 66 573 670 87 777 951
20109 93 540 65 88 675 709 16 976 **21**199 [600] 424 684 817 24 908 41 **22**029 104 380 582 709 922 76 **23**072 106 [500] 242 [3000] 317 432 90 606 29 [3000] 722 30 35 83 806 938 **24**045 125 34 462 588 95 661 731 820 **25**041 314 424 89 720 88 955 **26**065 71 72 96 179 85 333 627 917 57 71 **27**259 91 616 52 805 14 92 956 **28**003 18 215 469 77 547 684 954 74 [1000] **29**027 [500] 384 671 652 879 99
30016 [500] 287 378 774 **31**038 283 307 451 88 **32**232 468 [3000] 661 840 **33**088 164 61 [1000] 290 [500] 318 728 60 75 907 **34**166 687 981 **35**017 27 61 [500] 823 **36**134 80 573 85 799 838 [3000] **37**097 104 [3000] 84 224 553 94 667 750 905 **38**007 114 213 32 99 579 612 766 817 44 969 74 **39**061 [500] 200 572 [3000]
40165 465 845 99 **41**102 15 49 56 207 74 [500] 706 878 930 **42**008 113 19 88 204 20 [500] 61 303 60 586 659 832 [3000] **43**125 625 901 **44**018 416 773 894 984 **45**054 80 105 27 38 61 214 96 445 60 512 847 56 **46**016 136 84 293 [3000] 534 58 767 [500] 672 949 **47**519 714 843 949 **48**357 572 [500] 720 876 **49**079 125 293 342 70 466 604 43 695 767 [500] 882 [500]
50089 290 310 [500] 61 506 748 93 818 **51**100 86 419 89 633 **52**604 610 [1000] 809 **53**008 48 183 302 [3000] 8 420 81 559 783 855 914 32 **54**223 415 637 56 807 37 80 916 **55**413 [1000] 541 90 948 99 **56**028 117 502 22 885 **57**269 421 **58**133 [1000] 263 359 722 44 814 948 **59**265 339 771 943 48 973
60010 34 241 476 534 **61**054 107 333 459 616 957 **62**091 118 32 203 350 87 624 777 85 **63**403 843 914 **64**505 606 720 34 43 859 **65**287 436 511 642 44 966 **66**017 239 [1000] 354 [1000] 70 545 58 [500] 603 802 979 **67**006 330 407 69 532 670 794 932 50 **68**120 468 531 680 **69**021 223 416 522 59 764 84 991
70140 247 430 511 734 79 834 **71**093 [500] 226 611 12 17 755 **72**397 478 81 578 777 814 71 948 93 **73**264 431 586 632 759 950 66 **74**007 271 874 942 **75**125 67 477 684 797 873 940 59 85 90 **76**442 96 731 833 **77**173 203 526 683 898 942 **78**193 393 679 765 846 97 905 60 **79**009 438 530 694 738 806 [3000]
80152 329 498 [1000] 562 66 345 63 **81**299 497 523 691 **82**045 96 354 917 **83**051 [5000] 124 [3000] 54 83 539 803 27 937 70 **84**004 222 357 80 491 668 753 **85**215 379 448 [500] 709 **86**365 78 90 413 569 731 891 918 51 **87**197 [1000] 314 [500] 575 754 42 **88**306 72 521 33 686 749 848 **89**138 484 513 46 671 764 871
90000 53 555 58 68 717 939 **91**071 159 223 96 345 59 587 96 **92**110 299 [500] 689 744 [500] 862 975 **93**064 [500] 837 73 516 66 692 98 **94**026 155 350 418 589 [500] 90 776 **95**249 69 405 12 61 73 981 **96**027 41 50 98 [500] 620 23 929 **97**055 161 242 394 450 91 607 713 75 **98**204 22 372 759 827 76 912 [1000] **99**159 307 566 739 907
100190 206 378 [3000] [**300000**] 96 585 704 10 14 961 **101**000 208 22 **102**014 21 178 86 341 544 618 80 923 25 **103**237 396 472 607 782 [1000] 339 **104**364 60 316 91 465 714 801 22 27 30 **105**190 359 80 424 [5000] 679 708 65 **106**316 55 490 543 640 729 885 **107**072 323 **108**077 89 133 388 62 [500] 55 **109**238 46 340 83 768 [500] 864 96 980 71
110351 [3000] 432 510 943 **111**404 685 923 **112**558 68 **113**215 31 458 **114**112 449 830 59 961 **115**006 101 22 49 298 655 743 909 37 83 **116**273 519 889 **117**213 92 580 [1000] 896 919 **118**013 67 103 283 303 842 954 **119**141 240 315 51 [500] 601 709 800 [1000]
120053 700 838 912 85 **121**037 114 63 257 [1000] 85 415 65 773 **122**023 [1000] 31 99 244 325 42 853 **123**162 91 224 339 604 720 875 **124**298 339 [500] 67 469 513 665 729 838 961 **125**073 164 [1000] 418 34 513 713 [3000] 15 71 820 26 **126**445 561 647 826 92 84 **127**082 143 262 328 [1000] 641 42 51 760 805 90 953 **128**033 40 90 306 402 731 821 **129**184 302 65 484 741 831 53 956
130007 137 81 215 580 632 82 **131**132 48 243 383 427 31 [1000] 509 [1000] 815 **132**340 575 [1000] 699 **133**047 99 153 288 332 56 68 447 [1000] 96 977 **134**151 86 205 467 [500] 618 73 676 **135**543 797 [500] **136**2 3 314 61 585 604 23 [500] 818 955 **137**096 305 44 713 46 **138**019 [500] 357 366 [598] 450 528 870 **139**103 233 31 524 773 74 85
140049 [500] 86 289 [500] 624 64 733 902 **141**205 56 455 [1000] 543 **142**224 309 23 447 602 19 63 589 925 **143**039 [500] 215 21 383 616 731 53 85 846 922 **144**392 466 [500] 94 761 884 924 56 **145**000 211 60 319 63 617 [500] 802 941 83 **146**000 4 78 139 204 12 315 480 550 869 76 792 **147**062 188 437 625 [600] 90 824 **148**094 183 232 619 **149**014 54 174 581 88 [3000] 794
150168 385 92 562 716 897 918 **151**367 630 66 733 921 48 56 **152**157 365 430 627 [500] **153**228 30 52 88 **154**075 188 200 52 697 711 806 918 **155**123 44 213 302 468 620 37 [500] 83 762 [1000] 990 [1000] **156**287 307 74 511 649 56 744 880 92 [500] **157**378 404 612 735 870 **158**033 [3000] 120 [500] 28 317 71 [1000] 86 828 [500] **159**207 406 508 846 92
160079 208 309 660 **161**007 175 210 [1000] 94 95 322 520 99 667 **162**027 [500] 42 78 140 56 543 993 **163**107 81 223 709 52 62 921 **164**073 83 107 288 334 [500] 455 601 [500] 76 **165**386 471 609 872 907 58 **166**028 105 32 38 625 708 90 803 28 89 904 21 54 **167**221 460 560 657 743 58 887 931 **168**025 57 188 360 507 612 748 880 **169**270 715 917
170161 [500] 256 342 84 494 [500] 525 94 879 980 77 **171**121 281 534 61 763 **172**054 183 72 491 552 912 **173**132 53 74 85 396 442 [500] 706 65 874 910 46 **174**103 92 248 [500] 527 619 992 [3000] **175**085 96 215 [3000] 52 415 [500] 561 71 670 91 929 **176**283 317 94 629 718 936 **177**101 65 431 39 654 761 834 [500] 68 [500] 97 [1000] 984 85 [1000] **178**029 178 541 78 94 613 [1000] 18 [500] 853 **179**113 307 67 401 35 515 716 28 869
180163 339 [3000] 68 517 40 60 668 825 37 [1000] 40 74 **181**672 [500] 83 98 [1000] 704 91 883 919 22 **182**241 43 [500] 462 682 739 822 989 **183**008 137 292 [1000] 456 72 521 741 823 38 **184**065 85 139 239 77 493 **185**031 93 488 541 956 62 **186**455 **187**118 98 277 457 518 85 625 39 963 **188**075 [500] 169 215 74 305 44 64 65 402 532 763 862 945 **189**087 105 [3000] 804 427 [500] 609 685 829 94

Die 1. Klasse der 1. Preuss.-Süddeutschen (237. Kgl. Preuss.) Klassen-Lotterie findet statt am 10. u. 11. Juli 1912.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (E. H. str. 2 Hamburg).
Oertliche Verwaltung Berlin.
Freitag, den 7. Juni, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 3:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal. 2. Verschiedene Kassenangelegenheiten.
258/3* Der Vorstand.
J. A.: Richard Schröder, Berlin O., Tilsiter Str. 7, vorn IV.

Zähne 1,50 M. 10 Jahre Garantie.
Zahnarzt Wolf, Potsdamer Straße 55 (Hochbahnstation).

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.
Original Singer Nähmaschinen
Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Drei Tropfen Kaol
Kaol
putzen das schmutzigste Metall spiegelblank
In Flaschen von 10 bis 50 Pf. Ueberall zu haben.
Fabrik: Lubszynski & Co., G. m. b. H. Berlin-Lichtenberg.

Ziehung am 20. u. 27. Juni unwiderruflich
Grosse Frankfurter Lotterie
zu Gunsten des Frankfurter Vereins für Luftschiffahrt
4492 Gewinne im Werte von Mark
100000
Hauptgew. Mark 50000
10000
u. s. w.
Frankfurter Lose à 3 Mk.
Porto und Liste 20 Pfg. extra.
in allen Lotteriegeschäften, Loseverkaufsstellen und durch
Lud. Müller & Co.
in Berlin C., Breitestr. 5

Manoli
Cigarettes
Specialmarken
Abbas Dandy
Gibson Girl

Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69
(Laden)
Wir empfehlen:
Franz Mehring
Deutsche Geschichte
Vom Ausgange des Mittelalters
Ein Leitfaden für Lehrende und Lernende
Teil I und II je 1,25 Mark. — Beide Teile zu einem Bande vereinigt, gebunden 2,50 Mark

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1288R*

Vorwärtsleser erhalten fünf Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Rosenthalerstraße 54 und Oranienstraße 126. 1569R*

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet. *

Hermannplatz 6. Pfandleihhaus. Extrabillige Jackettanzüge. Gehrockanzüge. Sammetpaletots. Herrenhosen. Damenmäntel. Allerbilligster Bettenverkauf. Vermietungsbett. Aussteuerbetten. Aussteuerwäsche. Reichhaltige Gardinenauswahl. Teppichauswahl. Wachstischdecken. Steppdecken. Goldsachen. Taschenuhren. Wanduhren. Landschaftsbilder. Warenverkauf ebenfalls Sonntags. *

Teppiche: (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Gebrauchte Nähmaschinen billig Bellmann, Gollnowstraße 26. 2068R*

Betten, Stand 9,—. Brunnenstraße 70, im Keller. 1900R*

Leihhaus Moritzplatz 58a! Moritzplatz 58a im Leihhaus kaufen Sie enorm billig, als: von Kavalieren wenig getragene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide, 9—18 Mark. Gelegenheitskäufe in Damen-Kostümen, Kleidern, Tuchmänteln, auf Seide. Herstellungspreis bis Mark 150, jetzt bis 35 Mark. Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäsche, Aussteuerwäsche, Betten, enorm billig, nur Moritzplatz 58a.

Zinkwaschfässer, Zober, Sitzwannen, Badewannen. Spezialfabrik Reichenbergerstraße 47. Lesern 5 Proz.

Kinderwagen-Schulz, Ramlerstraße 38, Ecke Brunnenstraße, Bahnhof Gesundbrunnen. Kinderwagen, Klappwagen, Metallbettstellen. Reparatur-Werkstatt im Hause. 1570R*

Teppiche (Farbenfehler), Steppdecken, Gardinen, Inventurverkauf, 10 Prozent Rabatt. Mauerhof, Große Frankfurterstraße 9, parterre.

Monats-Garderoben-Haus verkauft spottbillig wenig getragene Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Smokinganzüge, Beinkleider, Prinzenstraße 28, eine Treppe. Bitte auf Hausnummer zu achten. 1580R*

Sozialistische Bilder, Büsten, Fahnen, Stocklaternen usw. Max Richter, Berlin O., Friedrichsfelderstraße 20. 1966R*

Singerbobbin verkauft billig May, Pübbenerstraße 20. †63

Littauer Nähmaschinen ohne Anzahlung, gebrauchte spottbillig, Skalitzerstraße 99, Warschauerstr. 67. *

Klappsportwagen, Kinderdrahtbett verkauft Zigarrengeschäft Rostockerstraße 17. †6

Radfahrerkarten. Wir empfehlen Rad- und Auto-Fahrern Strandes Karte 1200 Quadrat-Meilen um Berlin. 2 Teile a 1,50 Mark. Nördliche Hälfte der Provinz Brandenburg reicht bis Stettin-Ueckermünde, südliche Hälfte bis Halle-Leipzig-Dresden-Görlitz. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden). *

Im Freien Stunden. Wochenschrift für das arbeitende Volk. Romane und Erzählungen. Abonnements wöchentlich 10 Pf. nehmen alle Ausgabestellen des „Vorwärts" entgegen. Probehefte gratis.

Plüschtischdecken mit wundervollen Pressung- oder Stickereimustern 5,75, 6,85 bis 18,—, Filztischdecken 1,50, 2,25 usw. Echtfarbige Kaffeedecken 0,95. Wolfs Teppichhaus, Dresdenerstraße 8 (Kottbuserthor). Abonnenten 10 Prozent Rabatt. *

Geschäftsverkäufe.

Zigarren. Wollen Sie ein Zigarrengeschäft errichten und reell bedient werden, so wenden Sie sich in Ihrem eigenen Interesse an Georg Rokahr, Klosterstraße 63, Spezialgeschäft für Neueinrichtungen. 1513R*

Eckrestauration, wegen Krankheit der Frau, jeden annehmbaren Preis verkäuflich. Brauereihilfe. Oberschöneweide, Rathenaustraße 18. *

Zigarrengeschäft mit anschließender Wohnung wegen Versetzung preiswert zu verkaufen, Jasmunderstraße 11. †19

Eckrestaurant, gutgehend, wegen Todesfall zu verkaufen. Händler verbeten. Lausitzer Platz 12a. †63

Kohlen-, Gemüse-, Materialwarengeschäft zu verkaufen. Anzahlung 800. Neukölln, Fontanestraße 17. †26

Restaurant, großes Vereinszimmer, wegen Krankheit der Frau, billig zu verkaufen. Neukölln, Hermannstraße 27. †26

Seifengeschäft, anschließend zwei Stuben, 650, Schulstraße 15. †32

Möbel.

Möbeltausch. Aeltere, unmoderne Möbel werden in Zahlung genommen und moderne dafür geliefert, die Differenz in bequemen Raten. Anfragen unter Postlagerkarte 18, Postamt 22. 1486R*

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Ofen kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) *

Möbel (diskret). Reelle, alte, gut renommierte Firma liefert Möbel unter Diskretion auf Teilzahlung. Anfragen: Postlagerkarte 12, Postamt 22. 1487R*

Möbel-Lechner, Brunnenstr. 7, am Rosenthaler Tor, Spezial-Möbelhaus auf Kredit und gegen bar. Anzahlungen auf Stuben und Küchen 20,—, 35,—, 50,—, 75,—, 100,— Mark usw. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Bequeme Abzahlung. Kunden, die ihr Konto beglichen haben, eventuell ohne Anzahlung. Ferner Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, bunte Küchen in großer Auswahl. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf von 50 Mark an 5 Mark gutgeschrieben. Auf Wunsch Vertreter. Sonntags von 8—10 geöffnet. 1550R*

Kaufen Sie direkt beim Tischlermeister. Komplette Wohnungs-Einrichtungen in allen Preislagen. Besichtigen Sie meine Ausstellung. Harnack, Stallschreiberstr. 57 (Moritzplatz). Verkauf nur im Fabrikgebäude. Zahlungserleichterung. *

Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gehe schon Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Uebervorteilung daher ausgeschlossen. Bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rücksicht. Möbelgeschäft M. Goldstaub, Jessnerstraße 38, Ecke Gneisenaustraße. 2901R*

Moebel-Boebel, Oranienstraße (Moritzplatz) 58, Fabrikgebäude, liefert als Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. Größte Auswahl. 9 Etagen in 2 Fabrikgebäuden. Billigste Preise. Ein Zimmer und Küche 231,—, 336,—, 409,—, 496,—, 566,—, 655,— bis 1000,—. 2 Zimmer und Küche 448, 501,—, 571,—, 660,—, 773,—, 867,—, 991,— bis 2000,—. Schlafzimmer 194,—, 270,—, echt Eiche 299,—, 350,—, 401,—, Wohnzimmer, modern, 266,—, 318,—, 343,—, 403,—, Speisezimmer, echt Eiche, 343,—, 373,—, 462,—, 571,—, Herrenzimmer, englische Bettstelle mit Matratze 42,—, Trumeau, geschliffen 36,—, Plüschsofa 58,—, Umbau 50,—. Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. 5 Jahre Garantie. Eventuell Zahlungserleichterungen. Geöffnet 8—8. Kein Laden. Verkauf im Fabrikgebäude. 952R*

Nach Schluß der Saison finden Sie in meinen drei Spezialgeschäften für bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen reiche Auswahl in Musterzimmern jeder Art zu enorm herabgesetzten Preisen. Sehenswert für Brautleute und Pensionsinhaber. Herrenzimmer, Eiche, schwer, Chaiselongue, Lederstühle 231,—, Schlafzimmer 246,—, moderne Wohnzimmer, echt Nußbaum furniert 192,—, moderne Küchen, achtteilig 55,—, Bettstelle mit Patentboden 27,—, Kleiderschrank 24,—. Keine sogenannten Gelegenheitskäufe, nur streng reguläre Ware in erstklassiger Verarbeitung. Langjährige Garantie. Möbelhaus Ostrowski, Schöneberg, Hauptstraße 50, Moabit, Turmstraße 73, Große Frankfurterstraße 1, am Frankfurter Tor. 1506R*

Möbel-Gelegenheitskäufe, gut gearbeitet, viele Gelegenheitsmöbel, welche bedeutend unterm Preis sind. Bücherspind 68,—, Schreibtisch 48,—, Bettstelle 33,—, Trumeau mit Stufe 34,—, Garnitur, Sofa, 2 Sessel, Sofa 45,—, Kleiderspind 46,—, Kücheneinrichtung 68,—, Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, wundervolle Sachen, sehr billig. Kommen Sie erst vor Ihrem Einkauf zu mir, Sie sollen die Möbel nur besichtigen. Ehrlich, Alte Schönhauserstraße 32. 1626R*

Möbel-Gelegenheits-Käufe spottbillig, neue gediegene Einzelmöbel und ganze Einrichtungen, Schlafzimmer (eiche) 288,—, komplette Wohnzimmer 132,— bis 240,—, Chaiselongue 24,—, Sofa 38,—, Trumeau 33,—, Schreibtische 40,—, Bettstellen 25,—, Riesenauswahl. Möbelspeicher Neue Königstraße 5/6, 4 Etagen. Teilzahlung gestattet. Auch Sonntags. 249/1*

Schlafzimmer 135,—, Eiche 288,—, Satin, Birken, Mahagoni, große Gelegenheit. Möbelspeicher Neue Königstraße 5—6. 249/2*

Die in unseren Speicherräumen in Massen lagernden Möbel, Spiegel, Polsterwaren, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Wohnzimmer, Kücheneinrichtungen gelangen in beiden Geschäften zum spottbilligen Verkauf. Keiner darf solche günstige Kaufgelegenheit versäumen. Kamerling, Kastanien-Allee 56, Ecke Weinbergsweg und Brückenstraße 6 (Zannowitzbrücke), Laden. 1950R*

Schlafzimmer, mahagoni, Chaiselongue, Singernähmaschine, Nußbaum-Schreibtisch, Bücherschrank, Zweizugtisch, Stühle, Axminsterteppich, Blumenkrippen, guterhalten, billigst, Gottfeld, Kopernikusstraße 29, I.

Plüschsofa, Schlafsofa 18,00, Chaiselongue 18,00, englische Bettstellen 20,00, gebrauchte 5,00. Wolter, Stargarderstraße 18. †119*

Passend für junge Leute, zwei Zimmer Möbel, auch einzeln, billig. Steinmetzstraße 15, Korbgeschäft.

Musikinstrumente.

Pianinos, Harmoniums, Flügel jeder Preislage, gebrauchte 120,00 an. Teilzahlung. Scherer, Chausseestraße 105. 534R*.

Pianinos, neue, gebrauchte, große Auswahl, solide Arbeit, bestes Material. Kulante Teilzahlungen. F. Manthey u. Co., Potsdamerstraße 31.

Pianinos modernster Konstruktion, jeder Holz- und Stilart, in jeder Preislage, große Auswahl, Zahlung nach Wunsch. Ferdinand Manthey, Potsdamerstraße 27B, vorn I. 1631R

Bilder.

Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bilder-Bogdan, Weinmeisterstraße 2. 1006R*

Die künstlerisch ausgeführten Singer—Liebknecht—Bebel-Bilder bekommen Sie nur Kunstverlag „Veritas", Stralauer Brücke 3, 1 Treppe. 1993b*

Fahrräder.

Fahrradindustrie, Charlottenburg, Bismarckstraße 62. Billigste Bezugsquelle. Arbeiter-Radfahrer 10 Prozent Rabatt. 1520R

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 35,—. Holz, Blumenstraße 44. 1093R*

Fahrräder, Teilzahlungen, größte Auswahl, billigste Preise. Lothringerstraße 40. Filialen: Steglitz, Schloßstraße 116. Wilmersdorf, Uhlandstraße 100. Charlottenburg, Kantstraße 57. 1203R*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil 50,00 an. Holz, Blumenstraße 44. *

Teilzahlungen, eventuell ohne Anzahlung. Heyke, Danzigerstraße 95.

Kaufgesuche.

Platinabfälle. Gramm 5,75, Gold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Quecksilber kauft Blümel, Auguststraße 19.

Zahngebisse, Zahn bis 1,25, Platinabfälle 5,80, Goldsachen, Silbersachen, Stanniolpapier, Quecksilber, Zinn, Kupfer, Blattgold, Goldwatten, Gummiabfälle höchstzahlend Edelmetall-Einkaufsbureau Beberstr. 31.

Kaufe Frauenhaare, ausgekämmte. Zahle höchste Preise. Kalka, Zöpfefabrik, Rixdorf, Erkstraße 3. *

Zahngebisse, Zahn bis 1,25 Mark, Goldsachen, Stanniol, höchstzahlend. Kohn, Neue Königstraße 76. 223/14*

Zahngebisse in Kautschuk, Gold, Silber und Platina kauft pro Zahn bis 50 Pfennig und für Platin zahlt (den höchsten Preis Blumenreich Brunnenstraße 3, am Rosenthaler Tor. (Telephon.) 763R*

Zahngebisse, Goldsachen, Silberabfälle, Platina, Stanniol, Quecksilber höchstzahlend Edelschmelze Dresdenerstraße 132, nahe Oranienplatz. 92/16*

Zahngebisse, Goldsachen, Silber, Platina, Stanniol, Quecksilber höchstzahlend Edelschmelzerei Friedrichstraße 139 (Weidendammbrücke). *

Zahngebisse, Zahn bis 1,00, Platinabfälle, Goldankauf, höchstzahlend, „Geldkontor", Hollmannstraße 30. *

Zahngebisse, Platina, allerhöchste Preise. Schneller, Linienstraße 80a.

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swientz-Liebknecht Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 443R*

Verschiedenes.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 2432R*

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a.

Kunststopferei von Frau Kokosky Schlachtensee, Kurstraße 8 III.

Jede Uhr zu reparieren 1,25 (außer Bruch), kleinere Reparaturen billiger. Kariel, Uhrmacher und Juwelier, Brunnenstraße 118, Ecke Usedomstraße. 1026R*

Pfandleihe Heinersdorferstraße 13, Ecke Greifswalderstraße. 89/13*

Kunststopferei Große Frankfurterstraße 67. 2399R*

Setzereifaktor

energisch, umsichtig und erfahren, als Vorsteher einer Setzereiabteilung mit ca. 20—25 Setzern von einer ersten Akzidenz- und Reklamedruckerei in Breslau gesucht.

Derselbe muß schon ähnliche Stellungen bekleidet haben, Dispositionstalent besitzen, kalkulieren können und Verständnis für Zeichnen, Entwerfen und Schneiden haben.

Es wird nur auf eine energische, tüchtige Persönlichkeit reflektiert, die prima Zeugnisse aufweisen kann.

Offerten mit Gehaltsansprüchen erbeten unter Chiffre B. A. 4574 an Rudolf Mosse, Breslau.

Zum **Verkauf von Lebensmitteln** in Fabriken usw. werden von erst. Hdg. Fa. **Vertrauensmänner gesucht gegen hohe Provision.**
Zu melden Zentralhotel 11—1 Uhr. 204/8

Schreibmaschinen-Farbbandfabrik

sucht wenn möglich per sofort einen als **Werkmeister** geeigneten, möglichst im ganzen Betriebe tüchtigen, erfahrenen Mann. **Gute Zahlung. Dauernde Anstellung. Reisevergütung.**

Anmeldungen mit Photographie, Zeugnisabschriften, ausführlichen Mitteilungen der bisherigen Tätigkeit, Gehaltsansprüchen und Eintrittstermin an 93/12

Steiger-Dieziker & Cie.,
Schweiz. Farbbandfabrik, Zürich IV (Schweiz).

Vermietungen.

Wohnungen.

Zweizimmerige Balkonwohnung mit Vergütung. Wedermann, Provinzstraße 128, Reinickendorf. †134

Schlafstellen.

Schlafstelle, separat, Schildzig, Hochmeisterstraße 5. †14

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Portierstelle mit Hausarbeit sucht Invalide, rüstig auch Frau, Beruf Schlosser, zum 1. Juli. Brünler, Prenzlauer Allee 172. †119

Suche Stellung als Kassenbote oder sonst eine Beschäftigung. Kaution vorhanden. Lieske, Pfalzburgerstr. 15.

Stellenangebote.

Steinmetz, perfekt und tüchtig für die Grabsteinbranche, auch im Bereisen der Kundschaft. Stellung selbständig und dauernd. Kautionsfähige Bewerber (auch als Teilhaber) wollen Offerten unter H. 1 in der Hauptexpedition des „Vorwärts" niederlegen. 1988b

Zuschneider für Bautischlereifabrik nach außerhalb, nur erste Kraft, mit Angabe bisheriger Tätigkeit gesucht. Reflektanten Postamt 5 Charlottenburg Nr. 149. †75

Zeitungsfrauen sofort verlangt Schiffbauerdamm 4. 93/1*

Herrenhemden-Näherin verlangt L. Becker, Große Frankfurterstr. 110.

Achtung, Wagenbauer!

In den nachfolgenden **Wagen- und Karosseriefabriken** befinden sich die **Arbeiter im Streik** und sind alle **Arbeitsangebote** dieser Firmen **strikte zurückzuweisen.**

Gesperrt sind:
Erdmann u. Rossi, Linienstraße 139/140.
Rudolf Franke, Inselstr. 11 und Cuvrybrestr. 14.
Lange u. Gutzeit, Frankfurter Allee 22/23.

In Frage kommen: Stellmacher, Schmiede, Schlosser, Lackierer und Sattler.

Zuzug ist streng fernzuhalten.
176/8* **Die Streikleitung.**

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streik oder Lohndifferenzen sind gesperrt:
Jalousiefabrik Samson & Strodthoff, Charlottenburg, Nehringstr. 19.

In Betracht kommen folgende Bauten: **Müller,** Nonnendammallee, **Meckowitzstr., Schulstr., Fischer,** Wattstraße, Ecke Siemens- und Herzstraße.

Berufsverein der Berliner Parkettgeschäfte, Charlottenburg, Uhlandstraße.

Für Hartgummi-Arbeiter die Firma Matthaey, Schlesische Straße 32.

Erzgebirgische Holzindustrie in Brand, Filiale Dessauer Str. 36

Das Berliner Arbeitswilligenvermittelungsbureau d. geben. „Handwerkerschutzverbandes".

Arbeitsnachweis d. Stellmacherinnung und der Wagenfabrikanten, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz.

Zuzug ist streng fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.